PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 19. Oktober 1976, fertiggestellt.

21. Oktober 1976 Jg. 4 Nr. 42 50 Pf.

Regierungsprogramm:

„Nächstenliebe“ à la Schmidt

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat ein neues Stichwort gegeben: Nächstenliebe. Wenn sich der Klassenkampf verschärft, dann greift die Bourgeoisie nicht nur zu Polizeiknüppel und Maschinengewehr, dann drischt sie auch mit wachsender Inbrunst Phrasen. Hitler zum Beispiel hat stets von Volksgemeinschaft geschrien, während er den Massen an die Gurgel ging. Schmidt redet jetzt von Nächstenliebe, die man stärken müsse.

Als der „Spiegel“ ihn fragte, was denn eine Bundesregierung gegen die Krise des Imperialismus und die Verschärfung des Klassenkampfes machen könne, hat Schmidt geantwortet, die Bundesregierung müsse „das Bewußtsein der Notwendigkeit von Solidarität, von Fraternité oder Nächstenliebe stärken“. „Nächstenliebe“ hat er der Jugend des Volkes und der Arbeiterklasse angedroht, indem er sich mehr um die Bildungspolitik kümmern wolle, „Nächstenliebe“ hat er den Arbeitslosen angedroht, um deren „Mobilität“ er sich kümmern will, „Nächstenliebe“ hat er auch den europäischen Völkern angedroht, in deren Ländern er für Ordnung sorgen will. „Nächstenliebe“ will die Bourgeoisie vor allem und als erstes den Rentnern zukommen lassen. Sie tut es bereits. In Westberlin werden kranke Rentner, jetzt in „Pflegestätten“ eingeliefert. Dort gibt es keine Ärzte, sondern nur Krankenträger. Die Bourgeoisie läßt die Rentner nicht nur sterben, sie bringt sie um. Jede Krankenschwester und jeder Krankenpfleger weiß zahlreiche Beispiele, wie das bürgerliche Gesundheitswesen immer mehr darauf eingestellt wird, durch Tötung der Rentner das angebliche „Renten“defizit zu lösen. Die KVZ hat solche Berichte bereits mehrmals abgedruckt. Die Mittel dazu sind ganz normal im Kapitalismus: Es sind einfach Rationalisierung und Entlassung von Pflegepersonal. 1975 und die sechs ersten Monate von 1976 hat sich das in einer Erhöhung der Sterberate niedergeschlagen. Die Lohnabhängigen sterben früher. Das ist eine Auswirkung der Verschärfung der Ausbeutung in der Krise und der bürgerlichen Politik. Die Rentner sterben früher. Sie sterben am Kapitalismus. Der Streit über die Rentenanpassung läuft bloß darauf hinaus, wie man diese Methode der Lösung des Rentendefizits beschleunigen kann. Auf jeden Fall sollen die Renten nicht im notwendigen Umfang erhöht werden. Gleichzeitig sollen die Arbeiter und die Lohnabhängigen, die später von der Rente leben müssen, mehr Beiträge zahlen. Strauß hat in der Fernsehdebatte vor den Wahlen festgestellt, die Rentenversicherungen seien stets Kapitalgeber gewesen. Schmidt hat geantwortet, das solle auch so bleiben. Die Kapitalisten sollen mit den Versicherungsgeldern „arbeiten“ können. Das ist die Absicht der gegenwärtig geplanten Maßnahmen. Das Rezept lautet: Die Lohnabhängigen mehr ausplündern und die Rentenempfänger dezimieren. Das Rezept ist einfach und infam. Zugrunde liegt ihm der immer raschere Verschleiß der Arbeitskraft durch die Ausbeutung in der kapitalistischen Produktion. Der bürgerliche Staat vollstreckt durch seine Ausplünderungs- und Dezimierungsmaßnahmen bloß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise. Der Angriff auf die Renten ist geplant und nicht etwa Ausdruck einer akuten Notlage. Otto Wolff von Amerongen hat vor den Wahlen in einem ausgewählten Kreis von Kapitalisten festgestellt: „Natürlich will keine Partei in den Geruch geraten, soziale Demontage betreiben zu wollen. Aber nach dem Wahltag muß sich die CDU genauso wie die Koalitionsparteien die Fragen der Sozialkosten vornehmen – einfach, weil die Staatskasse es nicht mehr bringt. Aber auch weil die Belastbarkeit für die Wirtschaft nicht beliebig ausgedehnt werden kann. Wir sind in unserer Wettbewerbsfähigkeit international einfach gefährdet, wenn wir den rasch fahrenden Zug zunehmender Sozialbelastungen nicht verlangsamen und anhalten.“ Den Präsidenten des Industrie- und Handelstages reut das gute Bare, das den Lohnabhängigen abgenommen worden ist, und das für Versicherungszwecke weggezahlt wird,

(Fortsetzung Seite 2)



Schwere Katastrophen und Unfälle in der kapitalistischen Produktion werden zu einer alltäglichen Erscheinung. Am Morgen des 12. Oktober 1976 explodierte auf der Klöcknerhütte Bremen am Hochofen 2 ein Winderhitzer. Drei Arbeiter wurden verletzt. Fast wäre eine giftige Gichtgasleitung zerstört worden und die Hauptergasleitung. Direktor Habig meinte, er könne sich den Unfall nicht erklären. Die Erklärung für die Häufung solcher Unfälle ist jedoch leicht: Die Produktivkräfte rebellieren gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, in denen nicht die produzierende Klasse, sondern die aneignende Klasse herrscht.

„Wehrwissenschaftliche Rundschau“:

Bundeswehr soll ins südliche Afrika

Gegenwärtig führen die beiden Supermächte und andere imperialistische Mächte im südlichen Afrika ihr zweites Entspannungsmanöver durch. Während sie von Verhandlungen schwärmen, bereiten sie in Wirklichkeit die militärische Intervention vor. Dies tun auch die BRD-Imperialisten. Unter dem Titel „Die Bedeutung der weißen Länder Südafrikas und der Kap-Route für die westliche Verteidigung“ ist in der Militärzeitschrift „Wehrwissenschaftliche Rundschau Nr. 5/76“ ein Artikel zu den Interventionsvorbereitungen des BRD-Imperialismus veröffentlicht. „Der Westen muß alles unternehmen, um Südafrika und zumindestens auch Namibia die Unterstützung zu gewähren, damit dieses ‚Kraftwerk Afrikas‘ dem Westen erhalten bleibt.“

Das ist deutliche imperialistische Sprache. Der siegreiche Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika soll unterdrückt werden und dieses Gebiet als imperialistische Bastion erhalten bleiben. Das ist der eigentliche Zweck ihrer ganzen Manöver.

„Kraftwerk Afrika“, schreibt der imperialistische Schreiberling entzückt, „infolge des Reichtums der Bodenschätze nimmt Südafrika einen führenden Platz im Weltbergbau ein“. Gold, Platin, Diamanten, alles ist in großer Menge vorhanden. „Uran wird beim Goldabbau so mitgenommen und ist daher besonders kostenbillig“. Kupfer, Eisen, Mangan, Chrom und Antimonerze – „eine Vielzahl der Lagerstätten bedürfen noch ihrer Erschließung“. Jahrzehnte schon plündern die USA-Imperialisten und die europäischen Imperialisten die Naturschätze des Landes aus. Große Investitionen sind in diesem Teil Afrikas gemacht worden, um die schwarze Bevölkerung bis aufs Blut auszubeuten und das Land auszuplündern. Die Gier der Imperialisten nach Profiten soll befriedigt werden. Diese Bastion wollen die USA-Imperialisten nicht aufgeben.

Genau wie Azania beschreibt der Artikel Namibia und Zimbabwe als wichtige Rohstofflieferanten für die Fabriken der Imperialisten in Europa und den USA. Die Reichtümer dieser Länder sind für die USA-Imperialisten und ihre Verbündeten ein wichtiges Faustpfand im Kampf gegen die sozialimperialistische Supermacht, mit der die USA um die Weltherrschaft ringt. Durch die Herrschaft über das südliche Afrika sichern die westlichen Imperialisten ihre Transportwege zwischen dem Atlantik und dem Indischen Ozean. Diese werden durch die sozialimperialistische Flotte bedroht.

Vom Kap aus ist die Kontrolle wichtiger Meeresteile aus möglich. „Allein die Bundesrepublik kann ohne weitreichende Einbußen auf uneingeschränkte Nutzung der Kap-Route nicht verzichten. Bei Zinn, Mangan und Kautschuk ist sie zu 100 %, bei Stahlveredlern zu über 70 % vom Transport um das Kap abhängig.“ „Der Weg um das Kap hat sich zu einer der Hauptstraßen des Handels entwikkelt. Täglich passieren Frachter von insgesamt einer Million Tonnen – etwa zur Hälfte Tanker – die Spitze Südafrikas.“ „Rund 200 Supertanker transportieren jährlich an die 400 Millionen Tonnen Öl von den Staaten des Persischen Golfs nach Europa.“ „Im Durchschnitt werden Waren von 35 von Hundert des Bruttosozialprodukts Westeuropas auf der Kap-Route transportiert gegenüber einem Anteil von 36 von Hundert der USA und 3 von Hundert des Bruttosozialprodukts der UdSSR.“ (Wehrwissenschaftliche Rundschau)

(Fortsetzung Seite 2)

Welle von Ausschlüssen

In Westberlin wurden am Klinikum Steglitz Vertrauensleute der ÖTV gleich schubweise ausgeschlossen. In Göttingen an den Universitätskliniken vor einigen Wochen das gleiche. In Stuttgart soll der Vorsitzende der Kreisverwaltung der ÖTV durch den Hauptvorstand suspendiert worden sein. Der Ausschluß der ganzen GEW Westberlin aus der GEW ist bekannt. Überhaupt werden in den letzten Wochen vornehmlich Sozialdemokraten ausgeschlossen. Hauptsächlich SPD-Wähler, meist aber sogar Mitglieder.

Sticht die führenden SPD-ler der Hafer, daß sie ihren ideologischen Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung ebenso leichtfertig gefährden wie ihren organisatorischen Einfluß infolge Zersetzung ihrer Fraktion?

Zum Ausgang des letzten Jahrzehnts mußten die Häupter der Sozialdemokratie vermerken: Der Aufschwung der Klassenkämpfe war kein Strohfeuer, sondern bildete den Ausgangspunkt einer neuen revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse. Da waren sie dagegen. Die Waffe des KPD-Verbots war in den Klassenkämpfen schartig geworden. Sie wurde nicht eingesetzt, aus der Befürchtung, sie möchte ganz zerbrechen. Was sollte getan werden? Sie machten einen großen Rummel um die RGO-Ideen einiger bürgerlicher Kräfte, die in die revolutionäre Bewegung hineingerissen wurden.

Die Sozialdemokraten ließen überall „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ von ihren Fraktionen fassen und spielten sich als die Beschützer der Arbeiterbewegung vor Spaltung auf.

Diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurden als Mittel angewendet, die Revolutionäre aus den Gewerkschaften herauszufischen und von der Gewerkschaftsbewegung zu isolieren. Es wurde eine Pleite. Zwar gelang es, relativ viele Revolutionäre auszuschließen, es wurden aber nicht weniger, sondern mehr Gewerkschaftsmitglieder Kommunisten. Die Zusammenarbeit von Ausgeschlossenen und Gewerkschaftsmitgliedern festigte sich außerdem zusehends.

Das war die Lage etwa zu Beginn dieses Jahres. Wer daraus geschlossen hat, die Sozialdemokratie würde vorsichtiger werden, befand sich im Irrtum. Zugegeben, bei genauer statistischer F.fassung stellt man fest, zu Beginn des Jahres geriet die Ausschlußtätigkeit etwas ins Stocken.

Das muß auch der Führungskader der SPD in den Gewerkschaften bemerkt haben. Jetzt haben wir eine ganze Welle von Ausschlüssen wegen mangelnden Betreibens von Ausschlüssen. Jetzt erwischt es jeden, der nicht jagt. Das sind die Vorbereitungen der Sozialdemokratie für die kommenden Klassenkämpfe. Unsere Meinung dazu ist: In diesem Aufschwung kann die revolutionäre Bewegung endgültig die schlechten Kinderschuhe des Zirkelwesens abstreifen und die Kommunistische Partei geschaffen werden. Das macht die SPD nervös.

Die Revolutionäre werden an ihrer eingeschlagenen Taktik festhalten und nicht nervös werden. Die KPD hat in der Weimarer Republik auf die Spaltungsbestrebungen der SPD mit der RGO-Politik geantwortet. Der „Vorwärts“ konnte 1930 angesichts der Beschlüsse der KPD feststellen:

„Die Linie, die zur Säuberung der Gewerkschaften von kommunistischen Pläneschmieden geführt hat, wird streng eingehalten. Das ist alles, was wir wünschen.“ Bürgerliche Kräfte in der revolutionären Bewegung mögen einen Fehler der Kommunisten zur Linie erheben. Marxisten-Leninisten machen keinen Fehler zweimal.

„Nächstenliebe“ à la Schmidt

(Fortsetzung von Seite 1)

wo es doch als „Risikokapital“ in den Händen der Kapitalisten zum Ankauf von Arbeitskraft dienen soll.

Sohl fordert „Aktion“

Als Risikokapital bezeichnen die Kapitalisten Kapital, das sie über den Staat aus den Lohnabhängigen herausgepreßt haben und mit dessen Hilfe sie sich in jedes Abenteuer stürzen können: Eroberung neuer Märkte durch neue Produkte, Eroberung von neuen Rohstoffquellen, Eroberungen, die letztlich stets mit Waffengewalt ausgetragen werden. Dazu brauchen die Kapitalisten die Gelder aus den Versicherungen. BDI-Präsident Sohl hatte ebenfalls vor den Wahlen auf der Deutschen Industrieausstellung in Berlin festgestellt: „Die politische Diskussion in den letzten Wochen über die finanzielle Zukunft der Renten- und Krankenversicherung hat deutlich gemacht, daß hier nach dem 3. Oktober weitreichende Entscheidungen nicht zu vermeiden sind.“ Die Bundesregierung ist jetzt dabei, diese Entscheidungen in die Tat umzusetzen, damit die Quellen für die Kapitalisten wieder sprudeln.

Nichts anderes als „Risikokapital“ haben die Kapitalisten im Sinn, wenn sie die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ betreiben. Ausgerechnet diesen großangelegten Raubzug gegen die Löhne wollen die Kapitalisten nutzen zur Rechtfertigung der Angriffe auf die Gelder und das Leben der Lohnabhängigen in der Versicherungsfrage. Um seine „weitreichenden Entscheidungen“ durchzusetzen, will Sohl die Gewerkschaften dadurch kaufen, daß er sich mit den Sozialdemokraten in der Gewerkschaft über vermögenswirksame Leistungen einigt: „Dieser Konsens sollte eigentlich das Ziel der Konzertierten Aktion oder eines aus ihr zu bildenden kleineren Gremiums sein. Sie könnte sich den Namen ‚Aktion‘ damit endlich verdienen. Ansätze in dieser Richtung sind bereits seit Jahren immer wieder gemacht worden, aber blieben in den Anfängen stecken. Inzwischen hat sich wohl bei vielen Einsichtigen die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Weg zu diesem Konsens über die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gehen kann.“

Wie recht die Gewerkschafter haben, die beharrlich den Kampf führen für den Austritt der Gewerkschaften aus der Konzertierten Aktion! Sie ist eine kapitalistische Giftküche, in der die Interessen der Arbeiter über den Tisch geschoben werden und die eine Ausplünderungsaktion mit der anderen Ausplünderungsaktion als gerechter Ausgleich aufgerechnet wird. Die Vermögensbildung ist das Kernstück in den Plänen der Kapitalisten: darüber wollen sie Lohngelder in die Hand bekommen, die sie gegenwärtig nur begrenzt aus den Versicherungen ziehen können, und gleichzeitig wollen sie mit ihr begründen, warum die Ausplünderung durch die Versicherungen verstärkt werden kann, damit auch diese Quelle wieder sprudelt.

Gespräch mit den Kirchen gesucht

Die Regierung treibt all dies voran. Vor den Wahlen hat Friederichs seinen Vorschlag zur Vermögensbildung bekanntgegeben. Nach den Wahlen geht die Regierung daran, die „fälligen Entscheidungen“ in der Versicherungsfrage in die Tat umzusetzen. Mit den der Arbeiterklasse abgepressten Geldern schwingt sich die westdeutsche Kapitalistenklasse zum Gläubiger Europas und zahlreicher anderer Länder auf. Diese Kredite dienen der westdeutschen Finanzbourgeoisie dazu, ihren Herrschaftsbereich auszudehnen.

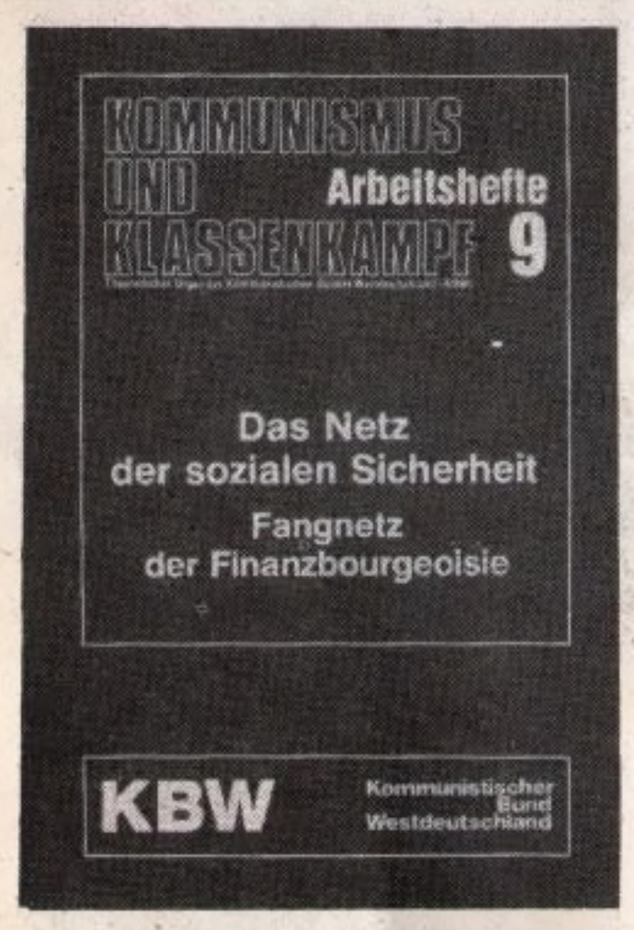
Auch das ist Nächstenliebe, wie Schmidt sagt. Er weiß allerdings, daß sie von den Betroffenen nicht allzu sehr geschätzt wird: „Es ist ja nicht so angenehm, sich Geld zu leihen. Man entwickelt keine unbedingt freundlichen Gefühle gegenüber dem Geldgeber, und es ist infolgedessen auch nicht so angenehm, Geld zu geben.“ Schmidt fährt fort: „Das werden wir in Kauf nehmen.“ Es ist glaubhaft. Die italienische und die englische Finanzbourgeoisie suchen gegenwärtig wieder Kredite beim BRD-Imperialismus. Der BRD-Imperialismus wird die Gelegenheit nutzen, um darüber verstärkt an der Ausplünderung fremder Völker teilzunehmen, denen die Zinsen abgepreßt werden. Als Gläubiger Europas kann dem BRD-Imperialismus auch die jetzige Aufwertung der DM nur recht sein.

Aber bei allen Plänen des BRD-Imperialismus und bei aller Nächstenliebe: Weder die westdeutsche Arbeiterklasse noch die Arbeiterklasse der anderen Länder findet sich mit der Ausbeutung ab und duldet die Ausplünderung. Es ist ein Kartenhaus, das sich die Imperialisten aufbauen. Die Arbeiterklasse produziert den Reichtum, den die Geldscheine repräsentieren. Es gibt keine Macht des Geldes, sobald die Arbeiterklasse die Herrschaft der Kapitalistenklasse stürzt und die Produktionsmittel in ihren gemeinsamen Besitz nimmt. Die Produzenten herrschen dann. Die Diktatur des Proletariats wird mit der Fäulnis und dem Parasitentum der Kapitalistenklasse Schluß machen, indem sie sie enteignet, zur Arbeit zwingt, vertreibt und teilweise ihnen die Nächstenliebe am nächsten Laternenpfahl vergilt.

Um diese Zukunft weiß auch Helmut Schmidt, und wie alle Reaktionäre greift er gegenüber der Zukunft auf die Vergangenheit zurück. Er will sich bei seinen Raubzügen im Interesse des Finanzkapitals auf die Kirchen stützen.

Auf die Frage des „Spiegel“, wen Schmidt denn für kompetent halte, um mit ihm Diskussionen über die Probleme des Klassenkampfes zu führen, antwortet er prompt: „Ich denke dabei insbesondere auch an die beiden Kirchen.“

Es ist klar, daß der Imperialismus, der die Verelendung der arbeitenden Massen vorantreibt, das Bündnis mit der Kirche sucht, die das Glück im Jenseits verspricht. Es wird aber nichts nützen. Die Massen werden ihre Probleme im irdischen Höllental zu lösen wissen.



Preis: DM 1,20
Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim

Volksrepublik Albanien: Die Reparationsforderungen an den BRD-Imperialismus sind gerecht

In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung hat der stellvertretende Außenminister der Volksrepublik Albanien, Reis Malile, die imperialistische Politik der BRD angeprangert und die beharrliche Weigerung des westdeutschen Imperialismus, dem albanischen Volk Reparationen für die Verwüstungen des Hitler-Faschismus in Albanien zu zahlen:

„Die Haltung der Volksrepublik Albanien zur Frage der europäischen Sicherheit ist wohlbekannt. Die albanische Delegation möchte erneut betonen, daß der Friede und die wirkliche Sicherheit in Europa nicht verwirklicht werden können, ohne wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Gefahren zu beseitigen, die den europäischen Völkern durch die aggressive Politik der beiden Supermächte drohen, und um die bestehende Situation auf diesem Kontinent zu verändern. (...)

Den Rummel um die sogenannte „Entspannung“, die Dokumente und den Geist der „Europäischen Sicherheitskonferenz“ versuchen die beiden Supermächte und einige andere reaktionäre Kräfte auch als Mittel auszunutzen, um eine Reihe seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges ungelöst gebliebener Fragen vergessen zu machen und den europäischen Völkern das Recht abzustreiten, daß sie die Lösung dieser Fragen verlangen.

Aus dieser Situation will auch die Deutsche Bundesrepublik ihre Vorteile herausschlagen.

Im Windschatten der Rivalität der USA und der Sowjetunion versucht sie (die Bundesrepublik, d. Red.) sich als erstrangige Macht in Europa durchzusetzen. Von Jahr zu Jahr haben die Regierungen dieses Landes ihre Anstrengungen vergrößert, die Deutsche Bundesrepublik auf die Bühne der Geschichte zu bringen, ohne den Verpflichtungen nachzukommen, die ihr auferlegt sind, da Deutschland nach der Zerschlagung des Hitler-Nazismus durch die Völker der antifaschistischen Koalition aus dem Zweiten Weltkrieg als besiegter Staat hervorging.

Die albanische Regierung hat seit langem und in vielen Fällen und Dokumenten ihre Ansicht zu dieser Frage klargemacht, die sie auch in dieser Versammlung vor drei Jahren unterbreitet hat, als es um die Aufnahme der beiden deutschen Staaten als UNO-Mitgliedsländer ging. Die albanische Delegation hält es für notwendig, erneut hervorzuheben, daß die Deutsche Bundesrepublik große Verpflichtungen und Schulden gegenüber dem albanischen Volk auf Grund der zahlreichen barbarischen Verbrechen und der ungeheuren Schäden und Verwüstungen hat, die die deutschen Nazibesatzer im Zweiten Weltkrieg in Albanien begangen und angerichtet haben.

Die Regierung der Volksrepublik Albanien hat unlängst der Deutschen Bundesrepublik abermals die Forderung nach Zahlung der Kriegsreparationen unterbreitet. Die Regierung der Deutschen Bundesrepublik hat bis heute nicht nur keinerlei Maßnahmen ergriffen, um die Rechte der Volksrepublik Albanien im Zusammenhang mit den Kriegsreparationen anzuerkennen, sondern sich auf völlig haltlose Ausflüchte berufend, versuchte sie ihr diese Rechte abzustreiten. Das ist eine weitere feindselige Haltung, die sie gegenüber dem albanischen Volk einnimmt, das unweigerlich die Grausamkeiten und Massaker in Erinnerung behält, die die deutschen Nazis während des Zweiten Weltkriegs in Albanien begangen haben. Auf diesem Weg gehend, tut die Regierung der Deutschen Bundesrepublik nichts anderes, als sich selbst die größte Verantwortung aufzuladen. Die Volksrepublik Albanien wird niemals auf ihre unwiderlegbaren und unverjährbaren legitimen Forderungen verzichten. Unter keinerlei Umständen und unter keinerlei Vorwand kann die Deutsche Bundesrepublik der Verantwortung ausweichen und sich den Verpflichtungen entziehen, die ihr auferlegt sind. Die albanische Delegation erklärt erneut, daß es keinen anderen richtigen und annehmbaren Weg gibt, um dieses Problem zu lösen, als daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik ihre Haltung überprüft und möglichst schnell beginnt, der Volksrepublik Albanien die Kriegsreparationen zurückzuzahlen.“ (Aus dem Pressekommuniqué der Botschaft der Volksrepublik Albanien in Wien/Österreich)

Bundeswehr soll ins südliche Afrika

(Fortsetzung von Seite 1)

Ausführlich untersucht der imperialistische Schreiberling die geographischen Bedingungen, welche für die Vorbereitung der Intervention und die Niederschlagung der Befreiungsbewegungen durch große Truppenmassen günstig oder weniger günstig sind.

Über Namibia schreibt er: „Die zwischen 1000 und 2000 m hoch liegenden zentralen Hochländer, die ein vielfältiges Relief mit Bergländern, mit weiten flachwelligen Ebenen und mit sandgefüllten Tälern besitzen und rund 50 % des Landes einnehmen, sind als militärische Aufmarsch- und Kampfräume für Großverbände anzusehen, während die Küstenzone der Namib (15 % der Landfläche), die im einzelnen von den Formen der Vollwüste, wie Dünenfelder, Deflationswannen und z.T. canonartigen Wadis geprägt ist, für militärische Großoperationen ausscheidet. Die extrem aride (d.h. dürre) südliche Namib, auch als ‚Wannen-Namib‘ wegen ihrer durch den Wind bis zu 100 m tief ausgehöhlten Becken bezeichnet, dürfte wahrscheinlich für jegliche Form militärischen Handelns ausscheiden.“ „Das gleiche gilt für die ebenfalls extrem aride Düne Namib, die nördlich der Lüderitzbucht einsetzt.“

„Die Kalahariwüste ist dagegen im militärischen geographischen Sinn durchaus als Kampfraum zu nutzen.“ In Zimbabwe schätzen die Imperialisten ihre Möglichkeiten zur Niederschlagung der Befreiungsstreitkräfte so ein: „Rund 57 % des Landes sind bewaldet. Rhodesien kann aufgrund der natürlichen Gegebenheiten als geradezu klassisches Guerilla-Gelände bezeichnet werden.“

In Südafrika wollen die USA-Imperialisten im Bündnis mit den europäischen Mächten einen Flottenstützpunkt errichten. Das Fregattenbauprogramm der Bundesmarine bekommt umfassend Gesicht. „Für die freie Welt des Westens bietet sich in Südafrika die große strategische Chance des Engagements, um ein Kräftegleichgewicht, von dem im Westen leider nur geredet wird, wieder in die Tat umzusetzen. Denn Pretoria gäbe dem Westen mit Simonstown Werftkapazitäten und Marinedepots, die zusammen einen maritimen Stützpunkt von überragendem Wert darstellen. (Dieser Stützpunkt wurde von 1974 nach und nach ausgebaut und vergrößert.) Mit der Kommandozentrale Silvermine (ganz in der Nähe des Marinestützpunktes, große Radar- und Funkanlagen unterirdisch) zur Kontrolle der Bewegungen auf und unter Wasser rings um die 3000 km lange Küstenlinie würde die Basis ihre Ergänzung finden.“ Die Imperialisten „müssen der Südafrikanischen Union jede nur mögliche Unterstützung gewähren“, schreibt die Militärzeitschrift in ihren Schlußsätzen.

Jede „Unterstützung“ der Rassistenregimes, das heißt Nutzung der Rassistenregimes und Vorbereitung der direkten militärischen Intervention zur Niederschlagung der Befreiungskämpfe der Völker in diesem Teil Afrikas, Aufrechterhaltung einer Imperialisten-Bastion der USA und ihrer Verbündeten zwecks Ausbeutung gewaltiger Bodenschätze und billiger Arbeitskräfte, Beherrschung von Seewegen nach und von Europa, Aufrechterhaltung einer wichtigen Position gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus, der ebenso um die Weltherrschaft kämpft. Die Befreiungsbewegungen und ihr siegreiches Voranschreiten, ebenso die Kämpfe der Volksmassen von Azania, gefährden die Aufrechterhaltung der Imperialisten-Bastion im südlichen Afrika außerordentlich und somit auch das Streben der beiden Supermächte nach Weltherrschaft.

Der BRD-Imperialismus will als Partner der USA an diesem Kampf teilnehmen. Zur Weltherrschaft gehört die Seeherrschaft. „Zum Begriff der Seeherrschaft gehört auch die Dauer der Herrschaft, d.h. der eigene Seeverkehr läuft ungestört ab und die Flagge der Gegenseite ist vom Meer verschwunden.“ „Der Zustand der Seeherrschaft ist nur zu erreichen durch die Seemacht, d.h. man benötigt eine Flotte und eine günstige seestrategische Position. Diese seestrategische Position muß gegen Angriffe zur See, über Land und aus der Luft gesichert sein. Mit dem eigenen Wehrraum muß sie über Land oder durch unter eigener Seeherrschaft stehende See verbunden sein.“

Zu See, zu Land und zur Luft gesichert sein. Das ist deutlich. So fürchtet der Autor des Aufsatzes nichts mehr als einen „zermürbenden Guerillakrieg“ im südlichen Afrika. Diesen haben die Imperialisten schon. Und er wird damit enden, daß die Völker als ihre eigenen Befreier Imperialismus, Kolonialismus und die Rassistenregimes zertrümmern.

Niedrige Erzeugerpreise – hohe Kosten für Dünger und Maschinen

Uelzen (Niedersachsen). In unserem Raum sind für uns Bauern die Erzeugerpreise für die verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte seit 1957 nur schwach angestiegen. Zum Beispiel beim Zucker: Für die Zuckerrüben haben wir 1957 6,80 DM pro Doppelzentner bekommen, 1972 7,50 DM und 1976 8,50 DM.

Der Getreidepreis ist zwischen 1957 und 1972 von 42 DM pro Doppelzentner auf 32 DM gefallen; inzwischen ist er gerade wieder so hoch wie 1957. Die Preise für Brot und Backwaren haben sich jedoch in der gleichen Zeit verdoppelt und verdreifacht. Der Erzeugerpreis für Milch ist seit 1957 kontinuierlich langsam gestiegen von 34 Pfennig (1957) pro Liter auf 50 Pfennig heute. Eine Ausnahme ist die Entwicklung der Kartoffelpreise, weil die meisten Bauern in den letzten Jahren die Kartoffelanbauflächen drastisch verkleinern mußten wegen der kaum kostendeckenden Erzeugerpreise. 1956 haben sie 10 DM pro Doppelzentner gekostet und heute ca. 70 DM, d.h. pro Kilo etwa 70 Pfennig. Die Arbeiterfamilie muß dagegen in der Großstadt über 2,50 DM dafür zahlen.

So sehen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise aus. Demgegenüber müssen wir immer mehr bezahlen für die Industrieprodukte. Die Preise für Düngemittel, die von den großen Chemiemonopolen hergestellt werden, sind in den letzten 4 Jahren um mehr als 20 % gestiegen, bei einzelnen Düngemitteln sogar über 70 %. Ähnlich bei den Landmaschinen. Insgesamt haben sich für die Bauern die Produktionskosten zwischen 57 und 72 fast verdoppelt, während die Erzeugerpreise im Durchschnitt 20 % gestiegen sind.

Die Schere zwischen den niedrigen Erzeugerpreisen, die die kleinen und mittleren Bauern bekommen, und den immer höheren Kosten für Dünger, Maschinen usw., konnte nur durch eine ungeheure Steigerung der Produktivität und der Intensität der Arbeit aufgefangen werden. Die Bauern, die nicht das Geld hatten für neue Maschinen und von den Banken nichts geliehen bekamen, deren Betriebe zu klein waren, wurden dabei ruiniert. Über eine Million landwirtschaftliche Betriebe sind in diesem Zeitraum kaputtgegangen.

Unser Betrieb hat heute einen Umsatz vom 300000 DM jährlich pro Vollarbeitskraft, 1957 dagegen waren es noch ca. 20000 DM. Daran kann man gut sehen, wie die Produktion ausgeweitet wurde und wie sich die Arbeitshetze für uns gesteigert hat. Unsere wöchentliche Arbeitszeit beträgt mehr als 60 Stunden.

Das Wolfsgesetz der kapitalistischen Konkurrenz hat unter den Bauern scharf gewütet. In unserem Dorf haben allein sechs seit 1957 ihren Hof aufgegeben. Die Verschuldung bei den Banken hat diesen Vorgang noch beschleunigt: Ein Betrieb von unserer Größe (20 ha) ist heute durchschnittlich etwa mit 4000 DM pro Hektar verschuldet. Unsere Schulden sind sogar noch höher. Aber der Kredithahn ist uns noch nicht zugedreht, weil bei uns eine „Entwicklungstendenz“ da ist und die Hoffnung, sich an unserer Arbeit weiter zu bereichern, die das Vertrauen der Banken in die Zukunft unseres Betriebes nährt. Es gibt die landwirtschaftlichen Beratungsstellen, die das regelmäßig in Autrag des Finanzkapitals überprüfen.

An dieser Entwicklung kann man sehen, daß die Herrschaft des Finanzkapitals für die kleinen und mittleren Bauern auf die Dauer den Ruin bedeutet und den Übergang ins Proletariat. Daß es das Finanzkapital ist – miteinander verfilzte Banken, Genossenschaftsverbände, die Chemiemonopole, die Lebensmittelmonopole und Maschinenfabriken –, das den Profit zieht aus der Verteuerung der Lebensmittel für die Arbeiterklasse. Die Klein- und Mittelbauern sind wie die Arbeiter Produzenten des materiellen Reichtums. Ihr gemeinsamer Feind ist das Finanzkapital. Erst die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats und der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisschmarotzer wird auch die Produktivkräfte in der Landwirtschaft freisetzen. Die Arbeiterklasse und die Bauern werden planvoll zu Nutzen der ganzen Gesellschaft produzieren. Sie werden die Bewegungsgesetze der Produktion beherrschen und nicht mehr die Sklaven dieser Gesetzmäßigkeiten sein. (r., Uelzen / Red.)

Libanon:

Imperialisten und Sozialimperialisten geht es um die „Schweiz des Nahen Ostens“

Seit Dienstag letzter Woche greifen die Truppen Syriens sowie die Truppen der reaktionären christlichen Kompradorenbourgeoisie die Stützpunkte der libanesischen Nationalen Bewegung und der PLO im Libanon an. Etliche haben sie erobert. Nach wie vor ist Zweck der Operationen, die gesamte Verbindungsstraße zwischen der libanesischen Hauptstadt Beirut und der syrischen Hauptstadt Damaskus unter Kontrolle zu bekommen, die Hafenstadt Saida südlich Beiruts zu erreichen, um so die revolutionären Massen auf engem Territorium einzukreisen und einzuschnüren.

Die israelischen Zionisten setzen ihre Aggression gegen den Libanon fort: „Israelische Aufklärungsflugzeuge flogen am Mittwoch über das Operationsgebiet, als syrische Einheiten ihren Vormarsch auf die Hafenstadt Saida fortsetzten. Wie verlautet, verstärkten die israelischen Streitkräfte gleichzeitig ihren Blockadering um die libanesische Hafenstadt, über die bisher noch Nachschub für die Palästinenser ins Land gelangt war.“ (Süddeutsche Zeitung, 14.10.) Die syrische Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, abgesetzt werden soll. Die politische Selbständigkeit der PLO, ihr Programm, das den Kampf für die Befreiung Palästinas durch den bewaffneten Volkskrieg beinhaltet, soll zerstört werden. Die Revolution der palästinensischen Arbeiter und Bauern, die für die Befreiung ganz Palästinas von zionistischer Besatzung, imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, soll unterdrückt werden. Der Imperialismus in jeder Gestalt braucht Israel als waffenstarrenden Stützpunkt gegen die arabischen Völker. Den Libanon will er als seine „Schweiz des Nahen Ostens“ verteidigen. Beider Erhaltung soll die Unterdrückung des Klassenkampfes im Libanon dienen.

Gegenwärtig findet eine arabische Gipfelkonferenz statt. Die Kämpfe gehen weiter. Auf der Konferenz ist ein Waffenstillstand vereinbart worden. Die syrischen Truppen bleiben im Libanon.

Die Finanzbourgeoisie wittert Morgenluft. Am 7. Oktober kommt das „Handelsblatt“ mit der Artikelüberschrift „Kein Zweifel an Beiruts Zukunft“ heraus. Am 1. April 1976 war die Überschrift: „In Beirut werden für die Banken die Kassen nicht mehr klingeln“ und wird über Beirut wegen seiner „liberalen Bankengesetzgebung“ getrauert. Tatsächlich war der Libanon und insbesondere seine Hauptstadt Beirut ein Tummel- und Umschlagplatz für die Geschäfte der imperialistischen Bourgeoisien, hatte der Imperialismus den Libanon, ein arabisches Land der Dritten Welt, fest im Griff. Im „Länderkurzbericht 1975“ des „Statistischen Bundesamtes Wiesbaden“ heißt es:

„Beirut ist ein wichtiges Bankzentrum. Ende 1971 waren 74 Banken registriert. Über drei Viertel aller Einlagen verfügen heute die im Libanon tätigen Großbanken.“

Zu ihnen zählen vor allem die US-amerikanischen und französischen, aber auch die westdeutschen Großbanken Dresdner Bank, Commerzbank und Deutsche Bank. 1945 waren es erst neun Banken, nach 1971 steigt ihre Zahl auf über 90. Allerdings, das Kapital wird nur zu einem geringen Teil direkt im Libanon zur Ausbeutung der Arbeiter angelegt. Vielmehr ist der Großteil der Bankeinlagen „nicht fest angelegt“. 1970 beispielsweise sind nach dem „Länderkurzbericht“ 81 Millionen US-Dollar Kapital zugeflossen, in demselben Jahr 96 Millionen Dollar „ungeklärte Beträge“ wieder abgezogen, zum Beispiel in andere Länder des Nahen Ostens exportiert worden.

Das Finanzkapital saugt über seine Filialen in Beirut den Reichtum der arabischen Länder auf und infiltriert umgekehrt über den Libanon vermittels Kapitalexport in diese Länder. Um welche Summen es sich da handelt, deutet das „Handelsblatt“ an, wenn es schätzt, wieviel Geldkapital infolge der Klassenkämpfe im Libanon vorübergehend nach Paris abgezogen wurde: „Man schätzt, daß seit dem April des vorigen Jahres etwa 1,5 Milliarden Dollar in das Ausland transferiert wurden.“ (7.10.) Vorübergehend haben sich etliche Banken in Paris niedergelassen: „Man schätzt ihre Einlagen auf mindestens eine Milliarde Mark, wenn nicht mehr.“

Weshalb liegt den Imperialisten so sehr am Libanon? Lange Zeit war er ein sicherer Stützpunkt, aber nicht so isoliert wie der Zionistenstaat, sondern mit der arabischen Staatenwelt verbunden. Wurde die Herrschaft des Imperialismus in anderen arabischen Ländern durch den Kampf um Unabhängigkeit und Selbständigkeit bereits erschüttert, so beherrschte der Imperialismus, gestützt auf eine Kompradorenbourgeoisie, den Libanon vollständig. Beifällig bemerkt der „Länderkurzbericht“ zu den reaktionären Christen:

„Die Phalanx ist mit ihrer nationalen Ideologie, ihrer straffen Organisation und ihrer schlagkräftigen Miliz eine wichtige politische Organisation des christlich-maronitischen Bevölkerungsteils und eine Stütze des libanesischen Staatswesens.“

Mit den Phalangisten als Instrument, durch die Blockade der Zionisten und die Intervention Syriens wollen Imperialisten und Sozialimperialisten den Libanon als „Schweiz des Nahen Ostens“ gegen den Zugriff der libanesischen Volksmassen verteidigen. An den Finanzgeschäften im Libanon sind beide Supermächte beteiligt, wie sie auch beide den Krieg zu nutzen versuchen, um über verschiedene Kanäle ihren Einfluß zu sichern. So fordert die Sowjetunion Frieden und ist doch Waffenlieferant für Syrien.

Der parasitäre und faulende Charakter des Imperialismus kommt darin zum Ausdruck, daß er ein ganzes Land zum Opfer seiner Bankgeschäfte und Vergnügungsbegierden macht:

„Man beschäftigt sich mit der Abwicklung von Ein- und Ausfuhrgeschäften mit den Ländern des Nahen Ostens, Dreiecksgeschäften, Warenvorschüssen, Devisengeschäften. Dabei kommt die enorme Erfahrung im Umgang mit der arabischen Welt sehr zunutze. Die Getreideeinfuhr aus Kanada, die Zuckereinfuhr aus Kuba von Ländern wie Syrien, Ägypten und Irak werden heute von diesen Instituten abgewickelt. Sie führen die Finanzierung der Zementlieferungen aus dem Ostblock in den Orient ebenso durch wie die Lieferung von Kraftfahrzeugen. Man arbeitet als Vermittler von Investitionskapital.“ (Handelsblatt, 7.10.)

Entsprechend ist die Gesetzgebung der Kompradorenclique, die den libanesischen Staat regiert. Die Reichen werden kaum besteuert. Im März 1975 hat die libanesische Regierung ein Gesetz beschlossen, das

„die Befreiung von auf ausländische Währungen lautenden Einlagen von Devisenausländern bei libanesischen Banken von bestimmten Verpflichtungen vorsieht, etwa von der Besteuerung von Zinserträgen, von den Reservepflichten der Banken und der Gebühren für garantierte Einlagen“. (Blick durch die Wirtschaft 57/75)

Gleichzeitig hat die imperialistische Bourgeoisie aus dem Libanon ein Eldorado ihrer Vergnügungssucht gemacht. Dabei verdient sie über die Grundstücksspekulation, die gleichfalls nicht besteuert wird. „Große Bedeutung besitzt auch das Baugewerbe, das seine Kapazität unter anderem durch die Errichtung von Hotel- und Luxusbauten erweitern konnte.“ (Länderkurzbericht).

Der Libanon teilt das Los anderer Länder der Dritten Welt, die zu Billigstpreisen Produkte der Landwirtschaft, des Handwerks an die imperialistischen Länder verkaufen müssen, andererseits Objekt der Ausplünderung durch die Waren der imperialistischen Länder sind. Im Jahre 1975 hat der BRD-Imperialismus für 394,322 Millionen DM Waren in den Libanon exportiert, worunter Maschinerie einen Großteil einnimmt. Gleichzeitig hat er für 50,103 Millionen DM importiert, worunter der größte Posten Lederwaren sind (Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel Jahr 1975). So richten sie das Land zugrunde. Ein libanesischer Landwirtschaftsingenieur erklärte: „Seit der Unabhängigkeit sind 32 Jahre vergangen, in denen der Staat kein einziges Bewässerungsprojekt oder hydraulisches Projekt in Angriff nahm und in denen er den Landwirten, die am Rande des Bankrotts stehen, keinerlei technische oder finanzielle Unterstützung bot. Alles wird teurer. Die Kosten des chemischen Düngers haben sich in einem Jahr verdoppelt. Aus Mangel an Krediten verschulden sich die Bauern bei den Wucherern zu Zinsen, die zwischen 25 % und 60 % im Jahr liegen. Die Arbeitslosigkeit breitet sich aus und die Jungen emigrieren.“ (Le Monde)

Die Imperialisten schwärmen von der Schweiz des Nahen Ostens und wollen sie sich erhalten. Die Aggression der reaktionären christlichen Truppen und der syrischen Truppen dient diesem Zweck. Die Interessen der arabischen Völker sind diesem entgegengesetzt. Sie sind aufgestanden und werden im revolutionären Befreiungskampf die Herrschaft des Imperialismus zerschlagen. – (hjh)

Auf die Explosion der Staatsschuld läßt die Finanzbourgeoisie die verschärfte Steuerausplünderung folgen

Im ersten Halbjahr 1976 haben die Schulden des gesamten Staatsapparates (Bund, Länder und Gemeinden) um weitere 26,6 Milliarden DM zugenommen. Die Bundesbank beziffert den gesamten Schuldenstand Ende Juni 1976 auf 268 Milliarden DM, davon 116 Milliarden DM beim Bund. Diese ungeheure Staatsschuld, deren Betrag mehr als doppelt so hoch ist wie die in einem Jahr an die gesamte Industriearbeiterschaft Westdeutschlands gezahlte Brutto-Lohnsumme, wurde aufgehäuft in wenigen Jahren seit der Währungsreform.

Die Sozialdemokraten rühmen sich, daß sie es besonders wild getrieben hätten mit der Verschuldung. Das nütze den Arbeitern, behaupten sie. In Wirklichkeit ist die Schuldenpolitik ein Teil der Politik der Finanzbourgeoisie zur Verschärfung der Ausbeutung der Arbeitskraft.

Das in Staatsschulden angelegte Geld ist Geld, das die Finanzbourgeoisie im Augenblick nirgendwo anders günstiger anlegen kann. Kein Bourgeois aber leiht Geld, wenn er nicht weiß, er bekommt es zurück und es ist mehr geworden, wenn er es zurückbekommt. Er will Zins und Sicherheiten. Der Kredit muß gedeckt sein, und die Deckung der Staatsschuld sind die Steuern. Wächst die Schuld des bürgerlichen Staates bei der bürgerlichen Klasse, so wächst in Wirklichkeit die Steuerschuld der arbeitenden Massen beim Staatsapparat und bei der bürgerlichen Klasse, die das Geld verliehen hat.

Von Zeit zu Zeit kommt die Profitproduktion ins Stocken, und mit dem Stocken der Produktion stockt auch der Fluß der Steuern. Darüber jammerten die Bourgeois das gesamte letzte Jahr. Dennoch steigerten sie die Ausgaben des Staates noch. Konjunkturprogramme für die Kapitalisten wurden gemacht, und das Vermögen der Sozialversicherungen konnte nicht für deren Ausgaben verwendet werden, weil es an die Kapitalisten und ihren Staatsapparat verliehen und verschenkt war. Nie konnte ihnen dieses Geld – aufgebracht aus den Beiträgen aus Lohn – nützlicher sein als in Zeiten allgemeiner Zahlungsschwierigkeiten. Der Staatsapparat nahm also Schulden auf, mehr noch als zu Zeiten relativer Prosperität. Im Jahr 1972 nahm die Verschuldung um rund 15 Milliarden DM zu, 1974 mit 24 Milliarden DM, 1975 schnellte die Neuverschuldung auf 65 Milliarden DM.

Notwendig zieht die Aufhäufung der Staatsschuld Steuererhöhungen nach sich, denn woraus anders sollten die Schulden und Zinsen bezahlt werden denn aus Steuern? Karl Marx schrieb im ersten Band von „Das Kapital“: „Die moderne Fiskalität, deren Drehungsachse die Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel (also deren Verteuerung) bilden, trägt daher in sich selbst den Keim der automatischen Progression. Die Überbesteuerung ist nicht ein Zwischenfall, sondern vielmehr Prinzip.“ (S. 784)

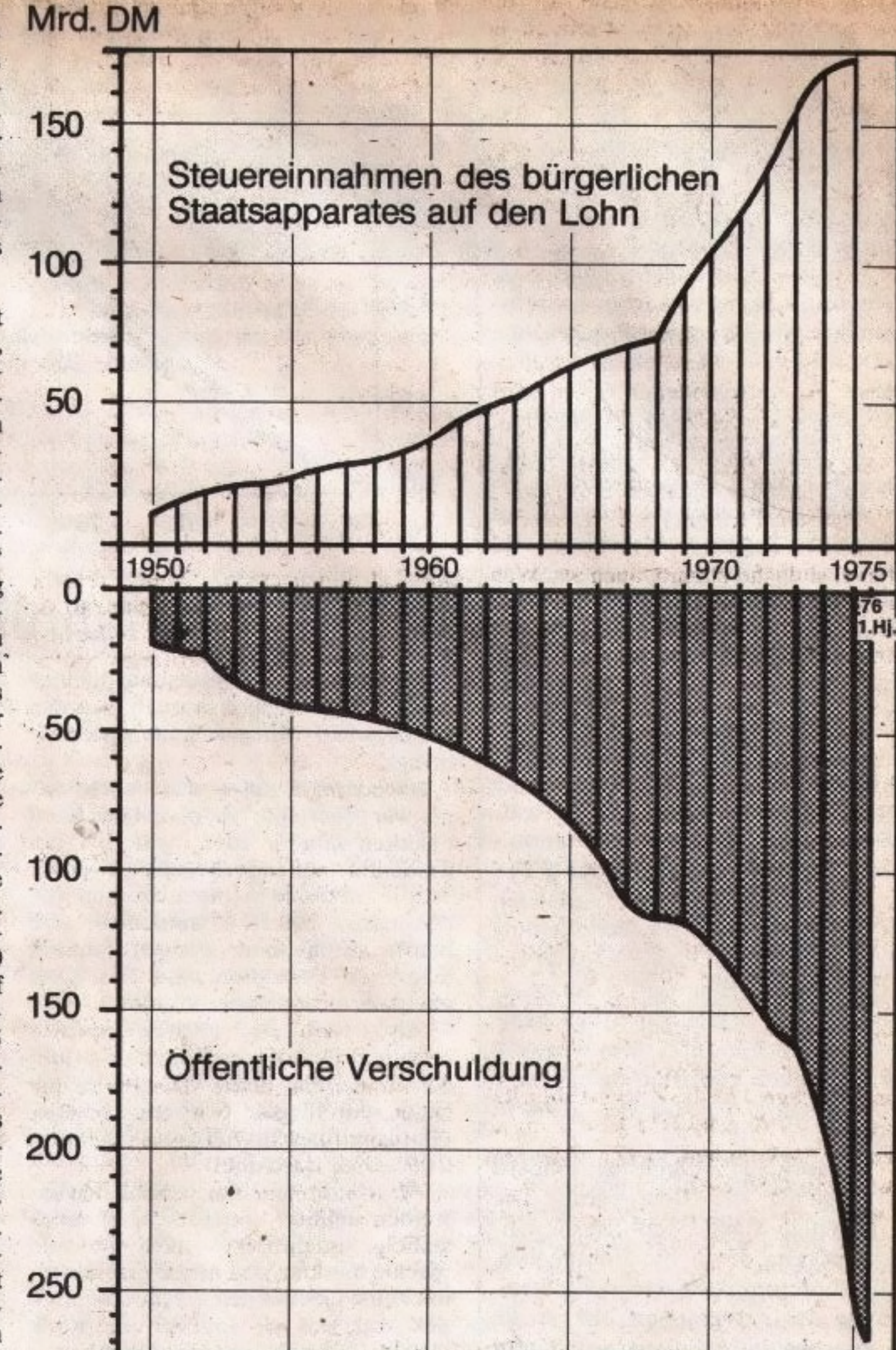
Zweimal ist die automatische Progression von Staatsschuld und Steuern in der deutschen Geschichte zur Explosion gekommen und wurde unterbrochen. Durch den ersten imperialistischen Weltkrieg und durch den zweiten imperialistischen Weltkrieg. Sie kennzeichnet die Fäulnis des Imperialismus und die Zuspitzung der Widersprüche, die die Imperialisten durch Expansion und Raubkrieg zu lösen versuchen. Im Verlaufe des ersten Weltkrieges ist die Verschuldung des Reiches von 5,2 Milliarden Mark im Jahr 1913/14 auf 104,9 Milliarden Mark 1917/18 gestiegen, schließlich auf 352,2 Milliarden 1921/22 und bis zur Inflation 1923 auf 6 675 Milliarden Mark. Nach 1923 wurden die Schulden neu aufgehäuft. Im Jahr 1934/35 hatten sie wieder einen Stand von 12,4 Milliarden Reichsmark erreicht. Bis Kriegsbeginn 1939/40 hatten sie sich vervierfacht auf 47,9 Milliarden Reichsmark, 1944/45: 379,8 Milliarden.

Die Entwicklung der Progression von Staatsschuld und Steuern auf Lohn für die Jahre seit 1950 haben wir im nebenstehenden Schaubild dargestellt. Nach oben haben wir die Zunahme der aus Lohn gezahlten Steuern aufgetragen, nach unten die Höhe – bzw. Tiefe – der Schulden. Gemessen an heutigen Maßstäben langsam nimmt die Verschuldung in den fünfziger Jahren zu, wird Mitte der sechziger Jahre erstmals rasch ausgedehnt, um in der Krise von 1966/76 einen raschen Sprung in den Keller zu tun. Die Steuereinnahmen stagnieren in dieser Zeit bis 1968 und folgen dann der sprunghaften Erhöhung der Schulden. Und zwar steil und lang. Erst 1975 bleiben die Steuern für kurze Zeit zurück, während die Schulden in zweieinhalb Jahren sich um soviel vermehren wie in dreizehn Jahren zuvor. Man muß sich die Entwicklung nach der ersten großen Krise von 1966/67 ansehen und erkennt rasch den Druck, den die Explosion der Verschuldung der allerletzten Zeit auf das Steuersystem ausübt. Im ersten Halbjahr 1976 sind die Lohnsteuereinnahmen gegenüber dem ersten Halbjahr 1975 um 13 Prozent gestiegen. Inflation und Steuerprogression trieb sie in die Höhe, ohne daß eine Gesetzesänderung notwendig gewesen wäre. Das ist erst der Anfang.

„Nach der Bundestagswahl steht jede Regierung vor der Notwendigkeit, das gesamte Gefüge unserer öffentlichen Ausgaben am Maßstab eng begrenzter Finanzierungsmöglichkeiten kritisch zu überprüfen. Dazu sind Gesetzesänderungen in vielen Teilbereichen unvermeidlich.“ So der Staatssekretär a.D. Professor Dr. Karl M. Hettlage in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 8. September. Die Verschuldung dürfe nicht mehr ganz so schnell zunehmen wie die letzten Monate. Dazu beruft er sich sogar auf die freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes. Er folgert: „Es ist sehr zweifelhaft, ob diese Verfassungsgrenze für Neuverschuldung ohne Steuererhöhung beachtet wird.“ Sie wird nicht, die Monopolbourgeois haben dies bereits eingeleitet. Immer enger haben sie durch die Staatsschuld die Regierung am Bändel genommen. 1950 betrug der Anteil der Bankkredite an der Staatsschuld 2,2 %, 1960 war er auf 21,2 % gestiegen, 1970 auf 47,2 %, 1974 bereits 54,9 %. Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 1975 wurde zu 76,5 % in Formen vorgenommen, die ausschließlich Bankkredite sind. Lediglich 23,5 % wurden als Anleihen und Bundesschatzbriefe aufgebracht, wozu auch der gewöhnliche Bourgeois, der höhere Beamte, der leitende Angestellte usw. Zugang hat. Die Handvoll Finanzbourgeois, in deren Händen der Reichtum konzentriert ist, den Millionen von Arbeitern geschaffen haben, und die sämtlich in den Großbanken repräsentiert sind, haben direkt die Ausweitung der Staatsschulden eingeleitet, ebenso wie sie die Schmidt-Regierung im vergangenen Herbst hungern ließen, bis sie das Haushaltssicherungsgesetz erlassen hat.

Zu Jahresbeginn wurden die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung und in den meisten Krankenkassen für die Krankenversicherung, ebenso die Branntwein- und Tabaksteuer angehoben. Die Mehrwertsteuererhöhung wird den Lohn um weitere etwa 1,2 Prozent senken. Die Finanzbourgeois werden die Regierung zu weiteren Schritten treiben, und die Regierung wird danach handeln. 1975 mußte die Regierung in den Monaten Januar bis Juli 4,0 Milliarden DM an abgelaufenen Schulden zurückzahlen, in diesem Jahr waren es bereits 10,1 Milliarden DM. Die Leine, an der Helmut Schmidt geht, ist ziemlich kurz.

Die Finanzbourgeois wollen weitere Steuererhöhungen, um den Lohn zu senken und einen immer größeren Teil des Lohnes wieder in ihren Besitz zurückzubekommen. Dafür haben sie sich von Januar bis Juni 8,6 Milliarden DM Zinsen aus den öffentlichen Haushalten zahlen lassen. Das sind 21,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor. – (fb)



Quelle:
Berechnet nach den Angaben der Deutschen Bundesbank, die Steuern entsprechend Arbeitsheft 7, Tabelle 3

Es ist notwendig, den § 218 zu beseitigen!

In Bremen ist letzten Freitag eine Frau zu Geldstrafe, ersatzweise 90 Tagen Haft, verurteilt worden, weil sie Abtreibungsadressen weitergegeben hat. In Mannheim hat die Staatsmacht einer Arzthelferin den Prozeß gemacht wegen versuchter Abtreibung, weil sie einer türkischen Frau helfen wollte, die sich kein weiteres Kind leisten konnte. Die Fälle häufen sich, daß die Strafjustiz bei Abtreibungen in Holland in Tätigkeit tritt. Die Grundlage der Verfolgung ist jedesmal der neue § 218, mit dem die Bourgeoisie die eingetretene „Rechtsunsicherheit" – die Mißachtung des alten 218 durch die Arbeiterklasse und das Volk – beseitigen wollte und ihre Ärzte, Sozialarbeiter, Pfaffen, Polizisten, Staatsanwälte und Richter gegen das Volk in Marsch gesetzt hat. Ihre Aufgabe ist: Verschärfte Strafverfolgung der Abtreibung, verschärfte Kontrolle und Bespitzelung der Massen über die Beraterstellen.

Denn: Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen verstärkt sich der Zwang zur Abtreibung. Die kapitalistische Produktionsweise bringt gesetzmäßig die Tendenz der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse hervor. Die absolute Verelendung nimmt gegenwärtig rasch zu. Immer schwieriger wird es für die Arbeiterfamilie, Kinder großzuziehen:

Die Bourgeoisie setzt darauf, daß mit dieser Entwicklung immer mehr Arbeiter und Angestellte in die Fänge der Bespitzelung und Strafverfolgung durch den neuen § 218 geraten. Dafür hat sie ihn schließlich gemacht. Daß es dagegen Kampf gibt, ist vollständig klar.

Die Reaktion muß feststellen, daß sich die Massen unter der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 fest zusammenschließen, daß die Be-

ständig klar.

Die Reaktion muß feststellen, daß sich die Massen unter der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 fest zusammenschließen, daß die Be-

trugsmanöver zur Durchsetzung des Gesetzes wenig genutzt haben, der Kampf für seine Beseitigung organisiert geführt wird. Den organisierten Kampf will sie unterdrücken. In Bonn, wo vor einem Jahr 25000 für die ersatzlose Streichung des § 218 und für Volksentscheid gegen den § 218 demonstriert haben, hat sie Strafprozesse gegen Teilnehmer der Demonstration in Gang gesetzt. Schon hat der Richter hohe Ordnungsstrafen verhängt.

Arbeiter, Schwesternschülerinnen, Schüler in Bonn und Köln bekräftigen ihre Ablehnung des Paragraphen 218, fordern die Einstellung der Prozesse. An verschiedenen Orten wird der wahre Zweck der Beraterstellen, dieser heimtückischen Fallgruben gegen die Massen, bekanntgemacht. Im Wahlkampf mußten die bürgerlichen Politiker oft genug mit Schimpf und Schande abziehen. Verabschiedet hat die herrschende Klasse den Strafparagraphen. Unterwerfen tun sich die Massen nicht, sie kämpfen für seine Beseitigung. In dieser Lage hat die Bourgeoisie erneut die sozialdemokratische Fraktion in den Gewerkschaften angestachelt, Spaltung zu betreiben, den letzten Lack des Strafparagraphen zu retten, die Verfolgung der Komitees gegen den § 218 zu rechtfertigen. In der vorletzten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung der IG Druck und Papier schreibt Gisela Kessler: „Heute gilt es aufzuklären über alle derzeitigen Möglichkeiten, damit schon auf diesem Weg dem ‚Paragraphen voll Blut und Tränen' von gestern der Garaus gemacht wird."

Das ist keine Aufklärung, sondern Propaganda der Bourgeoisie. Die „derzeitige Möglichkeit" ist die Unterdrückung durch die Bourgeoisie. Die Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 ist die Forderung der Arbeiterklasse. Unter dieser Forderung werden die Kämpfe gegen die Anwendung des § 218 geführt. Unter den Forderungen: „Weg mit dem Paragraph 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den Paragraph 218!" hat sich die Massenbewegung zusammengeschlossen und beweist ihre Fähigkeit, dies Gesetz zu bekämpfen, und ihre Entschlossenheit, es zu Fall zu bringen.

Prozeß wegen versuchter Abtreibung

Mannheim. Am 30.9.1976 begann in Mannheim der Prozeß gegen eine Arzthelferin wegen versuchter Abtreibung an einer türkischen Arbeiterin. Mitangeklagt: Zwei Arbeitskolleginnen der türkischen Arbeiterin, die die Adresse der Arzthelferin vermittelt haben sollen. Kronzeuge der Anklage ist die türkische Arbeiterin selber.

Etwa 80 Menschen sind bereits am frühen Nachmittag erschienen, um die Einstellung des Prozesses zu fordern.

Sie sind der öffentlichen Erklärung von über 400 Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten zur Einstellung dieses Prozesses gefolgt, überall in Mannheim als Plakat zu lesen. In der Erklärung heißt es: „Lohnsenkung, erhöhte Lebenshaltungskosten, verschärfte steuerliche Ausplünderung – solche Lebensumstände bringen in den Familien des Volkes jeden Tag hundertfach die Abtreibung hervor. Nicht die Arbeiterfamilien vernichten Leben, sondern diese Verhältnisse, in denen nicht einmal die Aufzucht unserer Kinder gewährleistet ist. Der Staat stellt die ‚Vernichtung werdenden Lebens' unter Strafe und ist es doch gerade selbst, der im Auftrag der Reichen solche menschenverachtenden Verhältnisse mit allen Mitteln schützt und verteidigt."

Der Verlauf dieses Prozesses zeigt die ganze Niederträchtigkeit des Paragrafenmachwerks 218 in neuer Auflage. Die türkische Arbeiterin ist in diesem Prozeß wegen „**versuchter** Abtreibung" nicht Angeklagte, sondern Kronzeugin nach dem neuen § 218, sie macht sich bei versuchter Abtreibung nicht strafbar. Als solche hat sie auszusagen. Aussagen soll sie gegen die Arzthelferin, die ihr helfen wollte, und gegen ihre Arbeitskolleginnen.

Wie ist es zu dieser Situation vor Gericht gekommen?

Ein weiteres Kind hätte für die türkische Arbeiterin bedeutet: Sie muß aufhören zu arbeiten. Der Lohn ihres

Wie ist es zu dieser Situation vor Gericht gekommen?

Ein weiteres Kind hätte für die türkische Arbeiterin bedeutet: Sie muß aufhören zu arbeiten. Der Lohn ihres

Mannes reicht nicht. Ein Kind ist deshalb schon in der Türkei. In ihrer Notlage findet sie selbstverständlich Unterstützung von den Arbeitskolleginnen. Sie bekommt die Adresse der Arzthelferin Wegen dem Geld zur Beschaffung der Instrumente kommt es zu Zwistigkeiten zwischen der türkischen Familie und der Arzthelferin, Polizei schaltet sich ein, die Sache landet beim Staatsanwalt. Dem geht's natürlich nicht um das Geld der türkischen Familie, es geht jetzt um die Anwendung des neuen Strafgesetzes § 218. Dem bürgerlichen Staat kommt die völlige Rechtlosigkeit der türkischen Arbeiterin nach den Ausländergesetzes genauso gerufen wie der Zwist mit der Arzthelferin. Die türkische Familie kann solcherart eingeschüchtert werden: Entweder seid ihr selbst dran, oder ihr packt aus. Immer mit der drohenden Abschiebung im Nacken.

Das ist die Aufgabe, für die der fette braungebrannte Staatsanwalt und die ewig grinsende Richterin sich ins Zeug legen. Was die türkische Arbeiterin aussagt, reicht den Vertretern der Bourgeoisie nicht. Wie sähe das aus, eine Verurteilung wegen des **Versuchs** einer Arbeiterin, abzutreiben. Also bohren sie weiter. Tatsache ist, die türkische Arbeiterin hat kein Kind geboren, sie hat in der Türkei das Kind verloren. Der Staatsanwalt wittert Morgenluft. Er fragt: „Haben Sie Schmerzen gehabt nach dem Abtreibungsversuch, wie stark, wie oft, hielten die an bis zur Fehlgeburt in der Türkei?"

Damit will er rauskriegen, ob die Fehlgeburt Folge des Abtreibungsversuches der Arzthelferin ist, ob erneut abgetrieben wurde oder ob das „normal" war. Um dann zuzuschlagen. Denn wenn nachgewiesen wird, daß die Fehlgeburt nicht „normal" war, ist die türkische Arbeiterin selbst dran. Die Straffreiheit gilt nur für den **Versuch**.

Sagt sie als Kronzeugin gegen die Azrthelferin aus, überführt sie sich

Fehlgeburt nicht „normal" war, ist die türkische Arbeiterin selbst dran. Die Straffreiheit gilt nur für den **Versuch**.

Sagt sie als Kronzeugin gegen die Azrthelferin aus, überführt sie sich

gleichzeitig selbst, so ist das geplant. Die Sprachschwierigkeiten der türkischen Arbeiterin werden benutzt, um die Entbindung ihres Arztes von der Schweigepflicht zu erreichen. Die türkische Arbeiterin weiß gar nicht, was Schweigepflicht ist. Die Richterin erklärt: „Es soll heißen, daß Ihr behandelnder Arzt hier aussagen kann, ob sie irgendwelche Krankheiten gehabt haben und ähnliches." Die türkische Arbeiterin antwortet, daß sie keine Krankheiten habe. Die Richterin diktiert ins Protokoll: „Die Zeugin erklärt, daß sie ihren behandelnden Arzt von der Schweigepflicht entbindet."

Die Situation der türkischen Arbeiterin muß die Bourgeoisie aus dem Prozeß raushalten. Als eine Frau unter den Zuhörern ruft: „Fragt sie doch mal, warum sie abtreiben mußte, fragt mal, wieviel sie verdient", wird Räumung des Saals und Ordnunghaft angedroht. Die Bourgeoisie kann nicht zulassen, daß die wirklichen Verbrechen ans Tageslicht kommen bei diesem Prozeß. Die Jagd nach Höchstprofiten der Kapitalisten, die Lohndrückerei, die Arbeitshetze in den Betrieben, die jährlich zu Hunderttausenden von illegalen Abtreibungen führen, weil weitere Kinder nicht ernährt werden können.

Der Haß auf solche Verhältnisse soll gelenkt werden auf diejenigen, die solche Abtreibungen dann schließlich illegal durchführen, in diesem Fall die Arzthelferin.

Der Prozeß wird vertagt.

Wir ziehen zum Paradeplatz und führen dort eine Kundgebung gegen diesen Prozeß durch. Sie stößt auf große Zustimmung, viele Menschen unterschreiben noch auf den Plakaten selbst für die Forderungen „Einstellung des Prozesses" – „Weg mit dem § 218" – „Volksentscheid gegen den § 218". – (u.k.)

unterschreiben noch auf den Plakaten selbst für die Forderungen „Einstellung des Prozesses" – „Weg mit dem § 218" – „Volksentscheid gegen den § 218". – (u.k.)

Bonn. Im Bonner Prozeß gegen sechs Teilnehmer der Demonstration gegen den § 218 vom 21.9.1975 ist die Anklage zusammengebrochen. Die Anklage zu diesem Prozeß lautete: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und ähnliches. Diese Anklage wurde von den Angeklagten angegriffen: Bei den Polizeiangriffen auf die Demonstration handelte es sich um eine Provokation des Staatsapparates, um die Demonstration zu zerschlagen. Diese Angriffe wurden zurückgeschlagen. Die Provokation ist nicht gelungen, die Staatsmacht mußte zurückweichen vor den 25 000 Demonstranten.

Der Richter führte einen beharrlichen Kampf gegen diesen Angriff durch die Angeklagten und durch die Revolutionäre im Zuschauerraum. Trat ein Angeklagter auf und stellte fest, daß der § 218 ein Instrument des Unterdrückungsapparates Staat ist, verhängte er sieben Tage Ordnungshaft, wurde im Zuschauerraum eine Resolution gegen diesen Prozeß aus einem Kölner Betrieb verlesen, gab es drei Tage Ordnungshaft. Die Bourgeoisie glaubte, diesen Prozeß in der Hand zu haben. Er wurde ihr aus der Hand geschlagen bei dem Auftritt des Leiters des Ordnungsamtes Bonn, Dr. Homann. Durch die Vorlage des Einsatzplanes der Polizei, durch die Angriffe der Angeklagten und Verteidiger mußte Dr. Homann rauslassen: Von Anfang an war der Plan, die Demonstration durch die Polizei anzugreifen, die Demonstration sei aber größer gewesen als erwartet. Der Richter begriff die Lage schnell: Er wollte den Prozeß sofort einstellen, allerdings unter der Voraussetzung, daß jeder Angeklagte eine Buße von 500 DM zahlte. In die Enge getrieben, sollte der Prozeß nicht mehr weitergeführt werden, damit die Provokation der Staatsmacht nicht noch weiter enthüllt und angegriffen wird. Mit der Buße wollte die Bourgeoisie ihre Niederlage noch in einen Sieg verwandeln. Der Polizeiangriff als rechtmäßig, das Verbot, gegen die Gewaltanwendung des Staates selbst Gewalt anzuwenden, das Strafgesetz 218, all das sollte durch die Buße anerkannt werden. Es wurde nicht anerkannt und wird nicht anerkannt: der Versuch des Staates, die Demonstration zu zerschlagen, und sein Rückzug wird weiterhin Gegenstand des Prozesses bleiben. Die Prozesse müssen vollständig und restlos eingestellt werden.

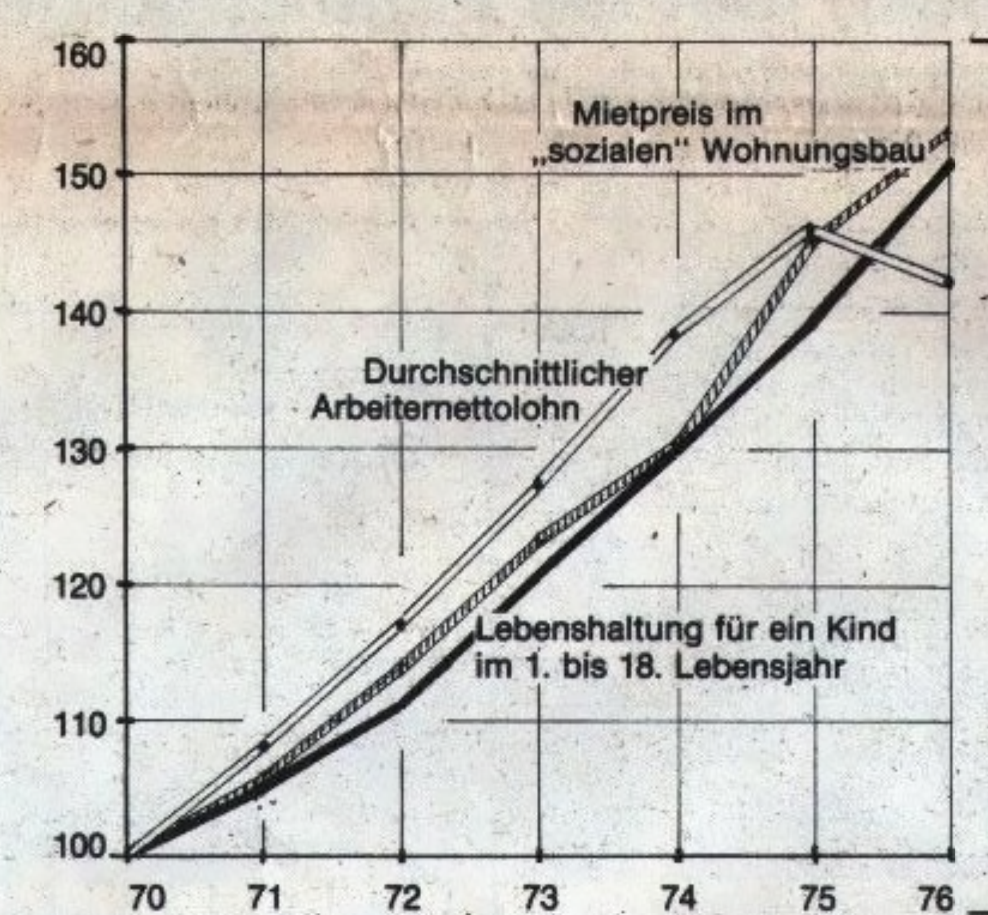
Bremen. Geldstrafe oder 90 Tage Haft wegen Weitergabe von Abtreibungsadressen. Wegen Weitergabe von Abtreibungsadressen ist in der vergangenen Woche eine Arbeiterin mit sieben Kindern zu

Bremen. Geldstrafe oder 90 Tage Haft wegen Weitergabe von Abtreibungsadressen. Wegen Weitergabe von Abtreibungsadressen ist in der vergangenen Woche eine Arbeiterin mit sieben Kindern zu

450 DM Geldstrafe, ersatzweise 90 Tagen Haft, verurteilt worden. Ein Professor vom Rot-Kreuz-Krankenhaus hat den Prozeß ins Rollen gebracht, als er bei einer türkischen Arbeiterin einen Schwangerschaftsabbruch feststellte. Der Professor, sonst bekannt für „ärztliche Großzügigkeit" bei gutbetuchten Patienten, brach seine Schweigepflicht und bewährte sich als Polizeispitzel. Die Polizei setzte die türkische Arbeiterin unter Druck: Geständnis, Preisgabe der „Mittäter" und Straffreiheit – oder Abschiebung.

In der Urteilsbegründung hat der Richter erklärt: „Nur unter großen Bedenken habe ich von einer Freiheitsstrafe abgesehen. Mit dem ungeborenen Leben kann man nicht machen, was man will ... Besonders verwerflich hat die Angeklagte deshalb gehandelt, weil sie bedenkenlos Frauen an eine Engelmacherin vermittelt hat, die keinerlei Ausbildung hatte und unter Verletzung aller gygienischen Erfordernisse Abtreibungen vornahm."

Am Tag vor dem Prozeß haben 500 gegen den Prozeß und für die ersatzlose Streichung des § 218 demonstriert. Der Prozeß selbst konnte nur unter massivem Polizeieinsatz zuendegebracht werden.



Aus dem Schaubild kann man ersehen, wie sich in den letzten Jahren der Zwang zur Abtreibung verschärft hat.

In den Statistischen Monatsheften Niedersachsen 1/73 und 8/74 wird festgestellt, daß im Zeitraum von 60/62 bis 69/71 der Geburtenrückgang dort besonders hoch ist, „wo ein sehr hoher Teil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe tätig ist, nämlich in Wolfsburg und Salzgitter". Dort betrug der Geburtenrückgang 35,6 % bzw. 26,5 %, während er sonst im Durchschnitt 15 % betrug.

Die absolute Verelendung der Arbeiterklasse wächst. Sie verschärft den Zwang zur Abtreibung und führt unweigerlich zum Zusammenstoß mit den Strafgesetzen der Bourgeoisie. Unter den Forderungen der Komitees, die inzwischen 650000 durch ihre Unterschrift unterstützt haben, wird der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen zur Beseitigung des Strafparagraphen 218 verankommen.

Erfahrungen mit dem neuen § 218

Kiel. Ich möchte einmal aus meiner eigenen Erfahrung darstellen, was der „neue § 218" für uns Frauen wirklich bringt:

Nachdem ich wußte, daß ich schwanger war, überlegte ich, ob ich das Kind behalten könnte oder nicht. Ich bin Studentin und brauche noch zwei bis drei Jahre bis zu meinem Examen. Ich bekomme 500 DM monatlich und müßte aus meinem jetzigen Zimmer ausziehen. Verwandte hätten das Kind ebenfalls nicht nehmen können.

Also entschloß ich mich zu einer Abtreibung. Durch eine Bekannte erfuhr ich die Adresse eines Arztes in meiner Stadt, der illegale Schwangerschaftsabbrüche für sehr viel Geld (1000 bis 2000 DM) durchführt.

Als ich ihm erzählte, weshalb ich abtreiben müßte, unterbrach er mich ständig, qualifizierte mich ab und machte mir klar, daß meine Gründe für ihn keine Gründe seien. Außerdem, so der Arzt, was ich wohl für eine wäre, ihn um „so was" anzugehen. Aber er sei ja nicht so! Ich hätte wirklich Glück, daß ich an ihn geraten sei! Er würde den Eingriff vornehmen.

Nachdem er bei der Untersuchung festgestellt hatte, daß ich wohl im dritten Monat sein müßte (er untersuchte so, daß ich am nächsten Morgen noch Schmerzen hatte), wurde er noch unfreundlicher und drückte mir eine Überweisung für einen Psychiater in die Hand und meinte: „Geh dahin, der stellt dir eine Indikation. Aber beeil dich! Nach dem dritten Monat spielt sich bei mir nichts mehr ab." Nebenbei machte er mir klar, daß ich nicht nur ein Verbrechen begehen würde, sondern auch eine Schlampe sei, erst so spät zu ihm zu kommen.

Ich sollte also einen Schwangerschaftsabbruch nach dem „neuen § 218" vornehmen lassen, mit den drei notwendigen Bescheinigungen:

a) Gutachten eines Arztes über die Indikation
b) Gutachten über die soziale Beratung
c) medizinische Aufklärung.

Ich ging also zum Psychiater. Erst nach zermürbendem Hin und Her und einer Erklärung vor versammelten Patienten, weshalb ich käme, daß es eile, bekam ich einen Termin für den nächsten Tag. Deshalb überlegte ich jetzt, ob ich nicht auch irgendwie nach Holland fahren könnte.

Ich hatte mir alles ganz anders vorgestellt, nämlich daß der neue § 218 wirklich eine Erleichterung bringen würde und ein Abbruch in der BRD ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden könnte. Das Gegenteil war der Fall. Außerdem hatte ich kein Vertrauen mehr zu dem Arzt, der den Eingriff vornehmen wollte.

Also ging ich nach dem Termin beim Psychiater („Kommen Sie in ein paar Tagen wieder, ich habe im Moment keine Sekretärin zum Tippen") zu einem anderen Arzt, um mir eine Überweisung nach Holland zu holen.

Mittlerweile war das Wochenende herangekommen, und ich erreichte die holländische Klinik nicht mehr. Also mußte ich bis Montag warten. Wieder eine Verzögerung mehr. Als ich endlich anrufen konnte, bekam ich keinen Platz mehr.

Also blieb mir nichts anderes übrig, als mir bei der Sozialberatungsstelle die zweite Bescheinigung zu holen, darüber, daß ich über die staatlichen Hilfen aufgeklärt worden bin, die ich bekommen würde, falls ich das Kind austragen würde. Da noch keine Bestimmungen vorliegen, wie das Gesetz hier zu handhaben ist, kam ich nach einer Stunde „Aufklärung" hier noch gut durch. Ich wurde moralisch beschworen, mir noch einmal alles zu überlegen. Ein Kind sei eine so schöne Aufgabe für eine Frau, und vielleicht würde ich es noch einmal bereuen usw. Ich bekam die notwendige Bescheinigung nach abschließenden indiskreten Fragen (wie und warum ist es passiert, Verhältnisse zu Hause).

Nachdem ich mehrere Male beim Psychiater gewesen war und nach der letzten Bescheinigung gefragt hatte, bekam ich sie endlich.

Das ganze hatte jetzt gut eine Woche in Anspruch genommen, die mich nicht nur Nerven, sondern auch Zeit gekostet hatte. Ich ging zu dem ersten Arzt zurück und legte ihm die Bescheinigungen vor. Er sah sie kaum an, schimpfte und meinte, da ich ja nun im dritten Monat sei, würde es ziemlich teuer. Er verlangte zusätzlich zum Krankenschein 500 DM von mir, und wenn mir das nicht passe, könne ich ja zu einem anderen Arzt gehen.

Er kassierte also zusätzlich zu dem Krankenkassensatz für einen legalen Schwangerschaftsabbruch auch noch 500 DM.

Er gab mir einen Termin für den Eingriff. An besagtem Tag ließ er mich wieder ziemlich lange warten. Dann legte er mir einen Zettel vor mit zehn möglichen Komplikationen, die eintreten können. Das ganze erschreckte mich ziemlich, obwohl ich wußte, daß diese Komplikationen selten auftreten.

Nach dem Eingriff (es ging mir ziemlich schlecht) ließ er mich wieder lange im Sprechzimmer warten. Endlich kam er und meinte, es sei alles gut gegangen und ich könne ja froh sein, daß es solche Kumpel wie ihn gäbe.

Nach einer Woche bekam ich so starke Schmerzen, daß ich ins Krankenhaus mußte. Bei einer zweiten Ausschabung wurde festgestellt, daß der Arzt gepfuscht hatte. Er hatte nicht nur nicht alles ausgeräumt, sondern er hatte auch die Gebärmutterwand durchstoßen, was zu gefährlichen Komplikationen führen kann. Nach zwei Wochen Krankenhausaufenthalt, in denen mir manchmal deutlich gezeigt wurde, was man von Frauen hält, die eine Abtreibung machen müssen, muß ich mich noch immer schonen und häufig im Bett liegen.

So habe ich mir den § 218 in der Neufassung nicht vorgestellt.

Ich habe aus dieser Sache gelernt, daß man allein nichts gegen den § 218 unternehmen kann, nichts gegen die, die ihn ausführen. Deshalb werde ich in einem § 218-Komitee mitarbeiten.(v.l.)

SPD-Manöver

Die Sitzung der Großen Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen und für die Klöcknerhütte Bremen ist auf den 21. Oktober verschoben worden. Dort soll endgültig über die Forderung für den Tarifkampf gegen die Stahlkapitalisten entschieden werden.

Am Wochenende hat die IGM-Führung in Nürnberg die 9. Vertrauensleutekonferenz durchgeführt. Ungefähr 600 Vertrauensleute sollen daran teilgenommen haben. Zum Lohnkampf führte dort der sozialdemokratische IGM-Vorsitzende Loderer aus, zur Diskussion stehe, „ob die aktive Tarifpolitik sich im gleichen Umfange wie in der Vergangenheit auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter konzentrieren könne oder ob sie nicht noch mehr als bisher auf die völlige Erfassung und Verbesserung der betrieblichen Arbeitgeberleistungen abgestellt werden müsse". So berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 16.10. Am 19.10. widmet die Zeitung der Finanzbourgeoisie den Ausführungen Loderers auf dem Kongreß einen Kommentar. „Die offiziellen Referate, vor allem die Worte des Vorsitzenden Loderer, erwecken auf den ersten Blick den Anschein, als ob die größte deutsche Einzelgewerkschaft nur noch den Konflikt sucht, vor allem den ‚nicht aus der Welt zu schaffenden Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern', aber auch mit der FDP und speziell natürlich mit der CDU/CSU. Liest man zwischen den Zeilen des üblichen markigen Vokabulars, sieht es freilich hoffnungsvoller aus, werden Ansätze zu praxisnaher Arbeit erkennbar, etwa in Sachen Mitbestimmung." Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat natürlich den Braten gerochen. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft machen gegenwärtig viel Wirbel um die verschiedensten Fragen: Man müsse „das schlechte (Mitbestimmungs-)Gesetz selbst in die Hand nehmen", das 624-Mark-Gesetz müsse vollständig zur Anwendung gebracht werden, das Weihnachtsgeld müsse in der metallverarbeitenden Industrie nach und nach und ganz allmählich hundertprozentig abgesichert werden. Im Tarifvertragsentwurf für die Vertrauensleute fordert die IGM-Führung nicht die Unkündbarkeit der Vertrauensleute, sondern die Anhörung der Verwaltungsstelle bei Kündigungen. Dennoch betont die IGM-Führung stets, wie dringlich dieses Abkommen für die Arbeiter sei. Zu den laufenden Verhandlungen um „vermögenswirksame Leistungen" hat stellvertretender
[illegible]
der IGM-Vorsitzender Mayr bereits drohende Worte in der „Metall" fallen lassen: nach dem 20. Oktober, wenn Gesamtmetall bei den Verhandlungen keine Einsicht zeige, „könne sich sehr schnell herausstellen, daß die jetzige trügerische Ruhe in den Betrieben rasch zu Ende geht". Loderer hat in Nürnberg zu den Verhandlungen um den „Schutz" der Vertrauensleute das gleiche vernehmen lassen: „Unsere Geduld mit der Salamitaktik von Gesamtmetall und den Verschleppungstaktiken der Arbeitgeberseite geht allmählich zu Ende." Beim nächsten Termin am 10. November hätten die Kapitalisten noch mal Gelegenheit, ernsthaft zu verhandeln. Andernfalls würden „weitere Schritte" beraten. All dieser Wirbel dient nur dazu, um in der Lohnfrage Spielraum für einen Lohnraubabschluß zu bekommen. Das hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" gemerkt.

Deshalb ist auch die Sitzung der Tarifkommission auf einen Tag nach den Verhandlungen mit Gesamtmetall über Weihnachtsgeld und vermögenswirksame Leistungen gelegt worden. Wie die Aufstellung der Forderung sowieso gleich auf die Zeit nach den Bundestagswahlen verschoben worden war. Jedem Arbeiter in der Stahlindustrie, in der Metallindustrie oder in den anderen Industriezweigen ist klar, daß für jeden Pfennig Lohnerhöhung harte Kämpfe gegen die Kapitalisten notwendig sind. Immer mehr erkennen aber auch, daß diese Kämpfe nur eingeleitet und erfolgreich geführt werden können, wenn sich die Arbeiterklasse von der Fessel der Sozialdemokratie befreit und die Arbeiter die hinterlistigen Absichten der SPD durchkreuzen.

„Um 10 Uhr wird der rote Knopf gedrückt"

Westberlin. Am Montag, dem 27.9., fand in der Werkzeugmaschinenfabrik Fritz Werner (DIAG-Konzern) die erste Betriebsversammlung statt, seitdem bekannt wurde, daß die Einführung des Fertigungsleitstandes geplant ist. Der Fertigungsleitstand ist ein computergesteuertes Überwachungssystem für die ganze Produktion. Er ist über ein optisch-akustisches Meldesystem mit allen Arbeitsplätzen verbunden und kontrolliert die Arbeiter während des Arbeitsprozesses jeden Augenblick. (In der KVZ Nr. 35 wurde auf Seite 5 ausführlich berichtet.)

Für die 500 Arbeiter und Angestellten auf der Betriebsversammlung ist klar: Das Hauptthema wird der Fertigungsleitstand sein.

Erster Redner ist der Betriebsratsvorsitzende Grabowsky. Er bemüht sich, wortradikal zu rechtfertigen, daß vom Betriebsrat nur spärliche Informationen an die Belegschaft gehen. Das hat er auch nötig, denn seit Ende Juli informiert unsere Zelle entsprechend ihren Kenntnissen über den Leitstand. Alle in der Halle wissen das, deshalb wagt er auch nicht, die Zelle anzugreifen, was er gerne getan hätte. Dafür beginnt er mit einem Ablenkungsmanöver. Er greift einen Angestellten der Abteilung Arbeitsvorbereitung (bestehend aus Meistern, Technikern und Refa-Fachleuten, deren Aufgabe es im wesentlichen ist, die Vorgabezeiten zu „berechnen") an, der gesagt hat: „Wenn ich was zu sagen hätte, würde ich den Leitstand einfach einführen und niemanden darüber informieren." Die Kollegen machen natürlich ihrem Unmut über diesen Angestellten Luft. Grabowsky aber beabsichtigt, vom wahren Gegner, den DIAG-Kapitalisten, vertreten durch die 7 Mitglieder der Geschäftsführung, abzulenken, damit der Widerstand gegen den Leitstand verpufft. Denn in seinen weiteren Ausführungen kommt dann heraus: Eigentlich hat er gar nichts gegen den Leitstand, er will nur die sogenannten „negativen Auswirkungen" mit den Mitbestimmungsparagraphen des Betriebsverfassungsgesetzes verhindern. Für diesen Vorschlag erntet er kaum Beifall.

Nun steigt der Vertreter der Geschäftsführung, DIAG-Dipl. Ing. Flech, auf das Rednerpult. Sinngemäß beginnt er: „Ich komme gerade von einer USA-Reise zurück. Ich habe dort verschiedene Werkzeugmaschinenfabriken besichtigt, u.a. eine, die nach Belegschaftszahl und Maschinenpark mit Fritz Werner vergleichbar ist. Und ich kann ihnen sagen: Die machen mit 800 Mann den doppelten Umsatz. Das ist natürlich nicht die Leistung des einzelnen, sondern die bessere Organisation, und dazu gehört der Leitstand."

Damit hat er die Katze aus dem Sack gelassen. Der Abstand zum imperialistischen Konkurrenten USA im Kampf um Anlagesphären und Absatzmärkte muß vom westdeutschen Finanzkapital aufgeholt werden. Dazu muß aus unseren Knochen doppelt so viel herausgeholt werden. Denn doppelter Umsatz entsteht nur dadurch, daß wir doppelt so viel produzieren. Der Leitstand produziert nicht, er kontrolliert und überwacht nur, wieviel wir produzieren.

Drei Kollegen melden sich zum Thema Leitstand zu Wort. Alle sprechen sich gegen den Leitstand aus und erhalten dafür viel Beifall. Ein Kollege schildert die Auswirkungen auf die Akkord- und Zeitlohnarbeitsplätze: Die Erfahrungen und Tricks, die bei den bisherigen Zeiten noch angewandt werden konnten und die für jeden Akkordarbeiter bares Geld bedeuten, werden durch den Leitstand erfaßt und nützen den Kollegen nichts mehr. Die Zeitlöhner bekommen Vorgabezeiten. Der Leitstand läuft auf Akkordarbeit mit Zeitlohn heraus.

Flech entrüstet sich: „Seid ihr denn andere Menschen als bei Kolb in Köln und Hausberg in Ramscheid (Tochterfirmen der DIAG), wo der Leitstand zum Teil schon seit Jahren gut läuft!" Daraufhin ein Arbeiter: „Wir haben gehört, daß bei der Firma Deutsche Babcock in Oberhausen die Einführung des Leitstandes durch den Widerstand der Belegschaft und des Betriebsrates verhindert wurde. Vielleicht sind wir solche Menschen wie in Oberhausen!" Darauf viel Beifall in der Halle.

Flech kann der Belegschaft den Leitstand nicht schmackhaft machen, die Ablehnung durch die Belegschaft ist deutlich geworden. Er sieht sich gezwungen, eine weitere Betriebsversammlung anzukündigen, auf der der Leitstand behandelt werden soll.

Nach der Versammlung wird in der Abteilung heftig weiter diskutiert. Noch mehr Arbeiter sprechen sich dabei gegen den Leitstand aus. Und es vergeht gerade eine Woche, da stellt die Belegschaft erneut ihre Kampfbereitschaft unter Beweis. Am Montag, dem 4.10., wird im Betrieb bekannt, daß in der Abteilung Arbeitsvorbereitung eine Unterschriftensammlung gegen die Betriebsräte der Akkord-Kommission durchgeführt wird. Diese Betriebsräte haben im täglichen Kleinkrieg um die Akkordzeiten immer konsequent die Interessen der Arbeiter vertreten und sind dabei oft hart mit den führenden „Köpfen" der Arbeitsvorbereitung aneinander geraten. Diese Unterschriftensammlung ist nun direkte Reaktion auf die schädlichen Ablenkungsmanöver des Betriebsratsvorsitzenden Grabowsky auf der Betriebsversammlung.

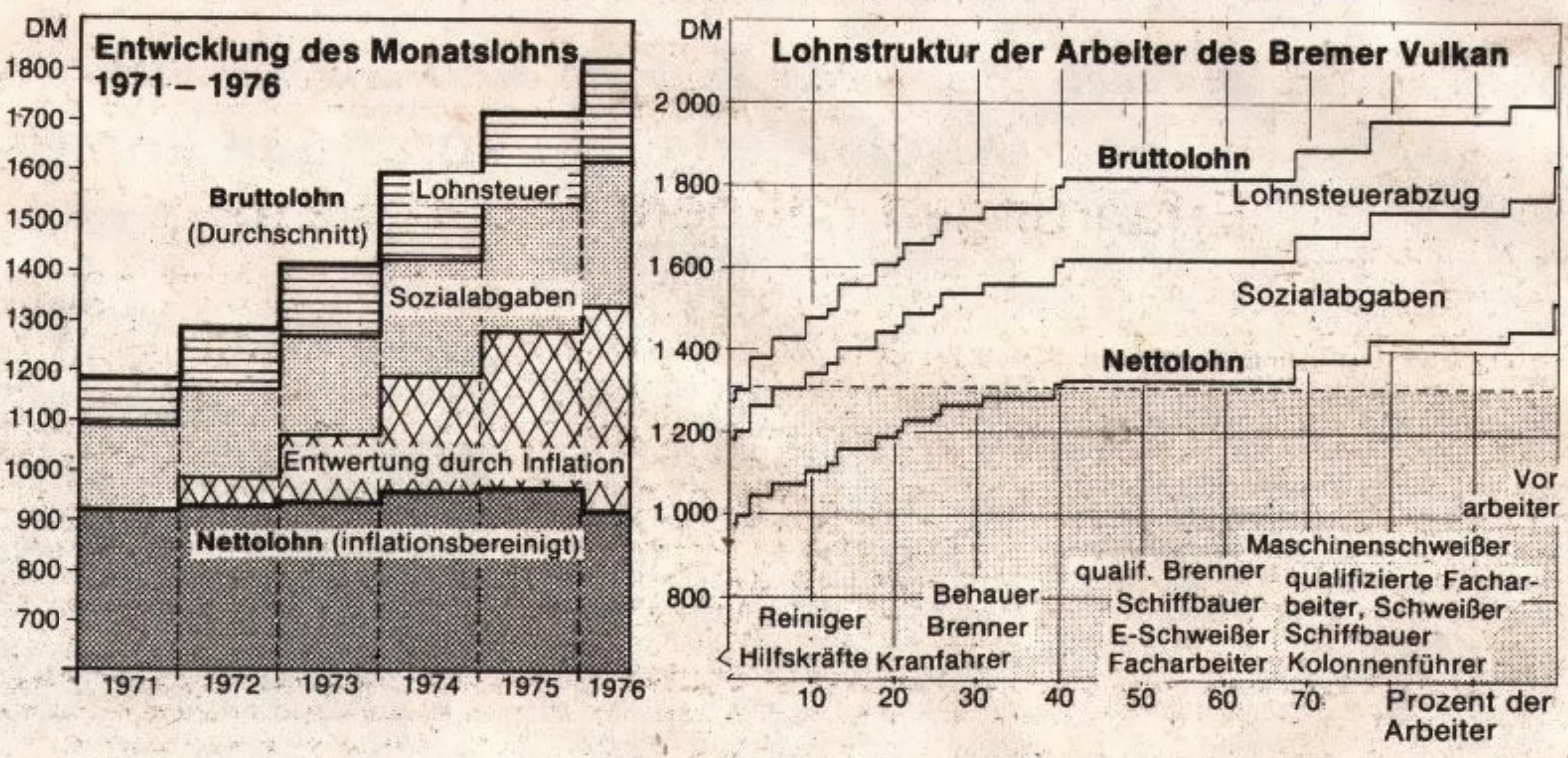
In der Halle ist die Empörung über die Unterschriftensammlung groß. Aber es ist den Kollegen klar, daß mit diesem Angriff auf fortschrittliche Betriebsräte der gesamte Widerstand der Belegschaft gegen die Rationalisierungsmaßnahme gebrochen werden soll. „Wenn die aus dem Betriebsrat fliegen, wird gestreikt." „Wir haben diese Vertreter gewählt und stehen auch hinter ihnen." Eine Unterschriftensammlung wird vorgeschlagen. Doch das ist zu wenig. Dann geht es durch die Abteilungen der mechanischen Fertigung. „Um 10 Uhr alle in den Mittelgang." Die Vertrauensleute tragen es in die einzelnen Abteilungen, wo bestimmten Vertrauensleuten die Sache zu heiß ist, verdrücken sie sich. Die Kollegen machen es selber. Punkt 10 Uhr wird der „rote Knopf gedrückt". Wie auf einen Schlag gehen die Kollegen los und lassen die Meister, die von der ganzen Vorbereitung nichts mitgekriegt haben, mit hängenden Kinnladen in den Abteilungen zurück. Ca. 150 bis 200 Arbeiter versammeln sich im Mittelgang der Halle. Gegenüber den Betriebsdirektoren Dietz und Scheer, die totenbleich angerannt kommen, vertreten die anwesenden Vertrauensleute, daß den Betriebsräten der Akkord-Kommission mit diesem kurzen Streik die uneingeschränkte Unterstützung ausgedrückt wird. Die Aktion ist ein weiterer Schritt voran im Kampf gegen die ständigen Akkordkürzungen. Wenige Wochen zuvor waren die Dreher gemeinsam zur Betriebsdirektion gegangen und hatten Lohngruppe 6 für die nächsten 4 Monate für alle durchgesetzt. Und nach dem Streik in der mechanischen Fertigung vergeht wieder etwas über eine Woche, und es folgt die nächste Aktion.

In der Putzerei, wo Gußteile von Gußresten gereinigt werden, wird am Mittwoch, dem 13.10., für eine halbe Stunde die Arbeit niedergelegt. In dem Streik geht es um den schadhaften Fußboden und um eine Abzugsanlage, da die Arbeit in der Putzerei sehr staubig ist. Entsprechende Forderungen haben die Kollegen schon vor Monaten aufgestellt, es hat sich aber nichts gerührt. Der Streik der Kollegen wird das sicher ändern.

Betriebsdirektor Dietz von Fritz Werner hat beim Streik in der mechanischen Fertigung gesagt: „Wenn man sich im Krieg befindet, muß man beide Seiten hören." Recht hat er. Wir befinden uns im Krieg. Auf welcher Seite Dietz steht, ist heute schon klar. Wir aber werden die nächste Schlacht vorbereiten, den Kampf gegen den Fertigungsleitstand und die Tarifrunde 76/77. Die Erfahrungen der letzten Wochen werden uns dabei helfen. – (a.. Zelle Fritz Werner / Red.)



Vulkan-Zelle untersucht ihren Betrieb



Der Umsatz pro Beschäftigtem ist auf der Vulkan-Werft in Bremen von 1972 79 400 DM auf 130 400 DM 1975 gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich die Dividenden-Ausschüttung an die Coupon-Schneider im gleichen Zeitraum um 66 Prozent, von 9 Millionen auf 26 Millionen DM.

Die Schaubilder der Vulkan-Zelle aus der Bezirksbeilage Bremen-Unterweser zeigen, wie die Verschärfung der Ausbeutung mit der Verelendung der Arbeiter, die allen Reichtum produzieren, Hand in Hand geht. Sie zeigen die Notwendigkeit des Lohnkampfes und der sozialen Revolution.

Das linke Schaubild zeigt die Entwicklung der Brutto- und Nettolöhne beim Vulkan. Nachdem die Arbeiter von 1971 bis 1975 eine minimale Nettolohnerhöhung erkämpft hatten, drückten die Kapitalisten den Lohn 1976 wieder auf das Niveau von 1971.

Das rechte Schaubild zeigt, daß 40 Prozent der Vulkan-Arbeiter einen Nettolohn für schwerste körperliche Arbeit erhalten, der unter der amtlich festgelegten Armutsgrenze liegt. Die gestrichelte Linie gibt den Sozialhilfesatz für eine Arbeiterfamilie mit zwei schulpflichtigen Kindern zwischen 6 und 11 Jahren an, er liegt bei 1 300 DM. Indem die Kapitalisten einen Teil der Arbeiter direkt ins Elend stoßen, üben sie Druck auf die ganze Belegschaft aus. Der niedrige Lohn zwingt zu Überstunden und Akkordhetze.

Die Forderung nach „1 DM mehr für alle" ist die Grundlage, auf der sich die Arbeiter in der anstehenden Tarifauseinandersetzung zusammenschließen können, weil die Durchsetzung einer Festgeldforderung im Gegensatz zu einer Prozentforderung, wie sie die Reformisten und Revisionisten propagieren, ein weiteres Auseinanderziehen der einzelnen Lohngruppen verhindert und weil eine Mark mehr pro Stunde einen weiteren Abbau der Reallöhne verhindert.

Der Berechnung der Durchschnittsbruttolöhne liegen Statistiken über Eingruppierungen beim Vulkan zugrunde und die jeweiligen Durchschnittsakkorde und Durchschnittszulagen für die einzelnen Jahre. Die Entwertung durch Inflation bezieht sich auf den Preisindex 1971 gleich 100 eines Vier-Personen-Haushaltes nach den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank. Der Lohnstruktur liegen die Lohngruppenstatistik der gewerblichen Arbeiter auf dem Bremer Vulkan und die gültigen Lohntarife zugrunde. Der Bruttolohn ist jeweils auf 173 Normalarbeitsstunden berechnet. Der durchschnittliche Akkord wurde mit 35 Prozent, der Zeitlohnzuschlag mit 16 Prozent berechnet. Der Lohnkurve liegt die Steuerberechnung von 1975 zugrunde, die Lohnsteuer wurde für Lohngruppe III, verheiratet, zwei Kinder, berechnet.

Am Mittwoch, dem 13.10., legten alle Arbeiter der Abteilung Schlosserei bei Siemens Bruchsal zwischen elf und zwölf Uhr die Arbeit nieder. Der Grund: die Werkzeuge werden nach Gladbeck abtransportiert. Weitere Entlassungen sind die Folge. Schon jetzt ist es so, daß nur noch 230 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Schlosserei arbeiten. Früher waren es 460. Durch diesen Streik wurde die Geschäftsleitung gezwungen, in die Schlosserei zu gehen. Unter dem Druck des Streiks mußte die Geschäftsleitung zusichern, eine außerordentliche Abteilungsversammlung abzuhalten, auf der die Pläne, wie es in der Schlosserei weitergehen soll und wer entlassen werden soll, offengelegt werden müssen. Der Streik wurde erst beendet, als die Geschäftsleitung die Zusage machte, die bestreikte Stunde voll zu bezahlen.

AEG Ackerstraße (Westberlin). 25 Arbeiterinnen einer Akkordgruppe streikten am 12. Oktober länger als eine Stunde gegen die Kürzung ihres Akkordlohns. Die Arbeiterinnen arbeiten im Gruppenakkord. Die Kapitalisten wollten um 10 Pfennig pro Stunde in der Akkordzahlung betrügen. Sowieso schon hatten die Arbeiterinnen statt 8,60 nur 8,38. Die Zeit, die die Einarbeitung einer neuen Kollegin kostet, lassen sich die Kapitalisten noch zusätzlich von den Akkordarbeitern bezahlen. Die Geschäftsleitung ging gar nicht auf den 10-Pfennig-Betrag ein. Sie drohte sofort jeder einzelnen Arbeiterin mit Entlassung. Trotzdem stand der Streik. Erst nach einer Stunde bröckelte er ab. Die Kapitalisten hatten eine Arbeiterin zur Einschüchterung zwei Stunden auf dem Personalbüro sitzen lassen. Am Abend wurde sie entlassen. Als sich die Nachricht vom Streik verbreitet hatte, legten mehrere Arbeiter in der Werkstatt Asynchronmotoren 4 die Arbeit nieder und versuchten, einen Streik zu organisieren.

Krupp-Atlas Bremen. Fast alle Arbeiter aus der Fertigung streikten am 12.10. Bei der Krupp-Atlas Maschinenfabrik sollen von den 950 Beschäftigten 527 auf die Straße geworfen werden. Die gesamte Fertigung soll geschlossen werden. Die Arbeiter zogen zum Betriebsratsbüro und wollten wissen, was los sei. Der Betriebsrat sollte mit den Arbeitern zur Geschäftsleitung ziehen. Das wollte er nicht. Er war einige Tage vorher dort und hat den Kapitalisten einen „Sozialplanentwurf" vorgelegt. Die Arbeiter besprechen eine Demonstration und weitere Streikmaßnahmen.

200 Arbeiter halten in Belgien ein Siemens-Werk besetzt, nachdem die Brüsseler Geschäftsleitung des deutschen Elektrokonzerns angekündigt hat, daß rund 1 000 seiner insgesamt rund 6 500 belgischen Beschäftigten in nächster Zeit Entlassung droht. (Neue Zürcher Zeitung, 15.10.)

Am 13. Oktober trat das Personal der Berliner Messebetriebe in einen zweistündigen Warnstreik. Die Angestellten der senatseigenen Gesellschaft „Berliner Ausstellungen" befürchten, daß mit der Auflösung der Gesellschaft und ihrer Überführung in eine nicht dem öffentlichen Dienst zugehörige Dachgesellschaft für das Personal die erworbenen Versorgungsansprüche gefährdet sind. Die 300 Beschäftigten verlangen, daß sie weiterhin als Angehörige des öffentlichen Dienstes
Beschäftigten verlangen, daß sie weiterhin als Angehörige des öffentlichen Dienstes
geführt werden. Nach einer Personalversammlung stellte der Personalrat fest, daß die Durchführung künftiger Messen und Ausstellungen „nicht mehr gewährleistet" sei. (Süddeutsche Zeitung, 14. Oktober)

Weitere Sonderschichten hat der Betriebsrat bei AEG Winnenden abgelehnt. Bisher fanden fünf Sonderschichten bei AEG Winnenden statt. Zwei weitere sollten folgen. Bei den ersten Sonderschichten hatte der Betriebsrat noch zugestimmt. Die Betriebsaufbauzelle AEG schreibt: „Nun wollte die Geschäftsleitung sich weitere Sonderschichten bestätigen lassen. Die Sonderschichten sind von Anfang an bei den betroffenen Kollegen auf Ablehnung gestoßen, das hat sich an der letzten Betriebsversammlung klar gezeigt. Von Sonderschicht zu Sonderschicht hat sich die Wut darüber gesteigert. Dem konnte sich auch der Betriebsrat nicht mehr entziehen und lehnte deshalb die erneut von der Geschäftsleitung beantragten Sonderschichten ab."

Mainz. Der Betriebsrat des Glaswerks Schott & Gen. sah sich gezwungen, Sonderschichten für dieses Jahr nicht mehr zuzustimmen. Den ganzen Sommer über wurden Sonderschichten der Fernsehkolbenproduktion gefahren. Die Belegschaft wehrte sich jedoch dagegen, so daß der Betriebsrat weiteren vier geplanten Sonderschichten nicht zustimmen konnte.

Bei der **Erhöhung der Tabaksteuer** um 18 Prozent zum 1. Januar 1977 wird der teure Pfeifentabak ab 5 DM je 50-Gramm-Päckchen ausgespart. Der billigere Tabak wird um etwa 50 Pfennig je Päckchen teurer. 20 Zigaretten werden 2,70 bzw. 2,85 DM kosten. (Westfälische Rundschau, 15. Oktober)

Mannheim. Die Tarifkommission der IG Chemie–Papier–Keramik hat in der **Tarifrunde Papier für den Bezirk Baden-Württemberg** folgendem Abschluß zugestimmt: Lohnerhöhung für die Arbeiter um 5,9 Prozent, mindestens 43 Pfennig pro Stunde; Gehaltserhöhung für die Angestellten um 5,9 Prozent; Erhöhung für alle Lehrlinge um 35 Mark. Ein Arbeiter bei PWA Mannheim z.B. in der Gruppe 16,5 hat nach diesem Abschluß 79 Mark mehr bei Vierschichtbetrieb und Sonntagsarbeit und den entsprechenden steuerfreien Nacht- und Sonntagszuschlägen. Ohne dies käme er auf 48 Mark mehr.

Hamburg. Die Tarifkommission der Fachgruppe Buchhandel und Verlage verabschiedete auf ihrer letzten Sitzung einen Plan für das weitere Vorgehen in der Tarifrunde. Am Donnerstag, dem 28.10., findet eine Versammlung aller Kollegen aus den Buchhandlungen und den Verlagen statt. Direkt anschließend tritt die Tarifkommission zusammen und wird das Scheitern der Verhandlungen erklären sowie beim Hauptvorstand Urabstimmung und Streik beantragen. Da der Hauptvorstand Mitte November tagt, kann und soll der Streik für die Forderung 135 DM für alle gleich am ersten langen Samstag im Weihnachtsgeschäft beginnen.

Zur **Vermögensbildung** hat die Frauengruppe München der HBV eine Resolution beschlossen. Der von der Delegiertenkonferenz der HBV gewählte Frauenausschuß befürwortete sie mehrheitlich. In der Resolution heißt es:
„In Erwägung, daß
– Leistungen zur Sparförderung ein Mittel sind, um Banken, Versicherungen und anderen Unternehmen längerfristig größere Anlagesummen zur Verfügung zu stellen, die von den Löhnen und Gehältern der Arbeitnehmer einbehalten werden,
– sogenannte Beteiligungen am Produktivvermögen, sei es in Form von Betriebsaktien oder Beteiligungsbriefen und Anteilzertifikaten, wie sie die Arbeitsgruppe Selbständiger Unternehmer (ASU) vorschlägt, ebenso wie Umsatz-, Gewinnbeteiligungen und Prämien Mittel der Unternehmer sind, die Kollegen im Bereich Handel, Banken und Versicherungen an die Interessen der Unternehmer (Umsatzsteigerung, Verkaufssteigerung, Gewinnsteigerung) zu binden, die Belegschaften zu spalten und die tariflich vereinbarten einheitlichen Lohnerhöhungen zu unterlaufen,
– es von daher abzulehnen ist, wenn die Gewerkschaft HBV für derartige Forderungen eintritt,
beschließt die Frauengruppe der HBV vom 5.10.76:
Die Frauengruppe wendet sich gegen alle oben angeführten Mittel, die den Interessen der Kollegen im Bereich HBV nicht nützen, sondern ihre Kampfkraft schwächen und im Interesse der Unternehmer liegen.
Wesentliches Mittel, um in der Krise ein Absinken des Reallohns der Kollegen im Bereich HBV zu verhindern und die besonders niedrigen Lohngruppen anzuheben, die weitere Aufspaltung in einzelnen Lohngruppen zu verhindern, ist der einheitliche Kampf der Kollegen für höhere Löhne, insbesondere Festgeldforderungen in der nächsten Tarifrunde."

Hagen. Rund 200 Arbeiter und Studenten führten am 19.10.76 eine Demonstration gegen die reaktionäre Nationale-Front-Regierung in der Türkei, für die Abschaffung der faschistischen Staatssicherheitsgerichte und für die Freilassung aller politischen Gefangenen durch. Diese Demonstration wurde von der westdeutschen Polizei und einer türkischen faschistischen Bande von der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) gemeinsam angegriffen. Bereits die Vorbereitungen der Demonstration wurden durch zahlreiche Schikanen und Einschüchterungsversuche behindert. Als sich die Demonstranten nach zahlreichen Provokationen gegen die Faschisten zur Wehr setzten, versuchte die Polizei, die Demonstration zunächst mit Knüppeln und dann – als das nicht gelang – mit scharfen Hunden aufzulösen. Dabei wurden 20 bis 25 Demonstranten verletzt, von denen 18 im Krankenhaus behandelt werden mußten. Eine Demonstrantin liegt noch mit schweren Bißwunden im Krankenhaus. Drei Teilnehmer wurden, zum Teil erheblich verletzt, festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Ihnen droht jetzt die Abschiebung. Die Behörden der westdeutschen Imperialisten bedienen sich der faschistischen Banden, um die ausländischen Arbeiter im Zustand der Rechtlosigkeit zu halten und um in der Türkei das reaktionäre proimperialistische Regime zu unterstützen. Als Antwort auf diese Unterdrückungsversuche wird der Türkische Arbeiterverein eine weitere Demonstration durchführen.

Massa-Kapitalist Kipp will die Arbeiter vor seinen Karren spannen

„Wir sind nicht hier, um die Profite zu schützen"

Hockenheim. Massa-Markt. Der Kapitalist Kipp, Besitzer der Ladenkette Massa, hat über 300 Arbeiter und Angestellte eingestellt, um sie wieder rauszuschmeißen. Die Massenentlassung plant er als Manöver, um die Eröffnung seines Einkaufszentrums durchzudrücken.

Im Einzelhandel tobt ein heftiger Konkurrenzkampf. Das vom Finanzkapital vor allem über Kredite beherrschte Kaufhaus- und Einkaufszentrumskapital vernichtet die kleinen Händler. Allein in Baden-Württemberg haben in den vergangenen vier Jahren rund ein Drittel der kleinen Lebensmittelhändler, deren Umsatz höchstens 250 000 DM ausmachte, den Laden dicht gemacht. Die Gesamtzahl der umsatzsteuerpflichtigen Einzelhandelsunternehmen verringerte sich um mehr als 20 Prozent auf insgesamt noch 14 600. Gleichzeitig setzte sich die Konzentration fort. Ein Drittel des Gesamtumsatzes im Nahrungsmittelbereich entfiel auf nur 13 Unternehmen, von denen die fünf größten allein fast ein Viertel des Gesamtumsatzes von rund 7,5 Milliarden DM erreichten. Massa ist von allen der aggressivste und größte. In zwölf Einkaufszentren mit 240 000 Quadratmetern Verkaufsfläche haben die Massa-Kapitalisten 1975 1,3 Milliarden DM Umsatz gemacht (Einzelhandelsverkaufsfläche insgesamt: 40,6 Millionen Quadratmeter – Umsatz des Einzelhandels 1975 in Westdeutschland gesamt: 90,6 Milliarden DM). Die Spitzenposition entspringt aus der besonders scharfen Auspressung der Arbeiter und Angestellten von Massa: Beträgt der Umsatz pro Beschäftigtem bei Läden wie Edeka weniger als 100 000 DM pro Jahr, bei Kaufhäusern wie Kaufhof zwischen 100 000 und 110.000 DM pro Jahr, so beträgt er bei Massa fast 250 000 DM pro Jahr. Die etwa 5 500 Beschäftigten erhalten überwiegend Hungerlöhne: Ungelernte 5 DM Stundenlohn, Gelernte etwa 900 DM brutto im Monat.

Das dreizehnte Einkaufszentrum mit etwa 19 000 Quadratmetern Verkaufsfläche hat Massa in Hockenheim errichten lassen. Berechnet ist das Einkaufszentrum auf ein Einzugsgebiet von 200 000 Menschen. Massa plant einen Umsatz von 100 Millionen DM pro Jahr.

Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer liegt der Umsatz des Einzelhandels im Einzugsbereich von Massa bisher bei 100 bis 120 Millionen pro Jahr. Die Eröffnung des Einkaufszentrums bedeutet den Ruin für zahlreiche Besitzer von kleinen Läden. Der Bürgermeister Mohr von Wiesloch hat erklärt: „10 000 Quadratmeter Verkaufsfläche eliminieren 60 Läden."

Es ist also klar, warum die Einzelhändler der ganzen Gegend gegen die Einrichtung des Einkaufszentrums einen heftigen Kampf führen. Beide Seiten setzten die bürgerlichen Politiker für ihre Interessen in Gang, um sich an die Gurgel zu fahren: die Massa-Kapitalisten dabei den Bürgermeister von Hockenheim, Buchter (SPD).

Der Einzelhandel der Nachbarstadt Wiesloch hat durch den Oberbürgermeister Bettinger (SPD) gegen die Errichtung der Konkurrenz Prozesse führen lassen. Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hatte entschieden: das Einkaufszentrum darf gebaut, der Verkauf aber nicht aufgenommen werden. Kapitalist Kipp hat trotzdem in großem Umfang Einstellungen vorgenommen und in Anzeigen mit dem Versprechen auf sichere Arbeitsplätze geworben. Viele hatten ihre alte Arbeitsstätte gekündigt wegen der Versprechungen von Kipp. Andere waren lange Zeit arbeitslos gewesen, manche über ein oder sogar zwei Jahre. Die Arbeitslosigkeit hat sich Kipp massiv zunutze gemacht. Er zahlt seinen Hungerlohn von 5 DM pro Stunde an die Masse der Beschäftigten. Waren wurden angeliefert. Ein Teil der Belegschaft mußte in einer Woche bis zu 20 Überstunden machen, um die Eröffnung vorzubereiten. Kipp wollte dick im Weihnachtsgeschäft absahnen.

Freitag, 8.10., ist vom Verwaltungsgericht das Verbot, den Markt zu eröffnen, bestätigt worden. Auf einer Betriebsversammlung am Montag, 11.10., hat Kipp die fristlose Entlassung der Belegschaft angekündigt. Die Rechnung des Kapitalisten Kipp geht dabei so: als „Arbeitsplatzbeschaffer" erst groß auftrumpfen, dann die Unerträglichkeit drohender Arbeitslosigkeit, die Arbeiter und Angestellte zum Kampf zwingt, gegen die Konkurrenz aus Wiesloch wenden und als Druckmittel vor den Gerichten einsetzen. So hat er gleich den Plan verbreiten lassen, in Wiesloch zu demonstrieren.

Die große Empörung der Arbeiter und Angestellten über die angekündigten Entlassungen hat Kipp gezwungen, zunächst auf eine weitere Betriebsversammlung zu vertagen. Die fand am Dienstag, 12.10., statt. Kipp kündigte erneut an, fristlose Kündigungen zu verteilen. Gellende Pfiffe, Pfuirufe waren die Antwort. Die Empörung ist groß.

Ein Kollege berichtet: Zwei Jahre war er arbeitslos, jetzt ist er eigens aus dem Schwarzwald hergezogen und hat ein teures Zimmer genommen. Eine Kollegin, alleinstehend, mit drei Kindern, hatte gekündigt. Sie hat, um über die Runden zu kommen, abends noch eine zweite Stelle. Ein weiterer Arbeiter hatte zuletzt kein Arbeitslosengeld mehr bekommen, Arbeitslosenhilfe war ihm verweigert worden, die Stelle bei Massa hatte er sich auch selber suchen müssen. Die Arbeiter und Angestellten wissen nicht, von was sie jetzt leben sollen.

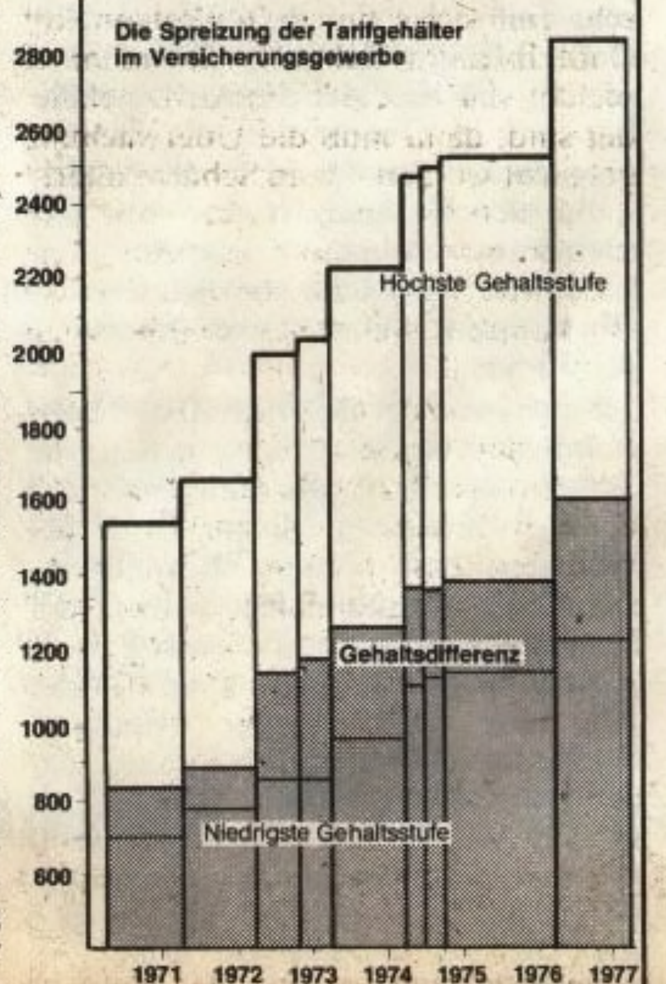
Gewaltigen Beifall fand bei der Betriebsversammlung die Forderung an den Kapitalisten Kipp, die Kündigungen aufzuschieben. Der Vorschlag, im Betrieb zu bleiben, wurde breit aufgegriffen. Kipp hat sofort zurückgesteckt. Er mußte zusagen, mindestens die nächsten acht Tage nicht zu kündigen.

Am Freitag fand eine große Protestkundgebung statt, an der über 100 Arbeiter und Angestellte aus Hockenheimer Betrieben teilnahmen. Wieder haben die Massa-Kapitalisten versucht, die Kampfkraft für ihre Geschäfte zu nutzen. Der Bürgermeister Buchter wurde dazu als Redner vorgeschickt. Seine Losung: Massa muß eröffnen, sonst wird entlassen und sind die Entlassungen gerechtfertigt. Die Interessen der Massa-Kapitalisten sind die Fäden, an denen er hängt. Ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann eines Hockenheimer Betriebes hat dagegen festgestellt: „Wir Arbeiter sind hier nicht, um die Profite von Massa zu schützen, sondern in Solidarität mit den Kollegen im Kampf um ihre Arbeitsplätze."

Die Kollegen haben seit Bekanntwerden der Kündigungsabsichten Schritte unternommen, um sich selbständig für ihre eigenen Interessen zu organisieren: Die Wahl eines Betriebsrates wurde eingeleitet. Innerhalb von nur 14 Tagen sind 80 Kollegen in die Gewerkschaft HBV eingetreten. Es geht um die Forderungen: Keine Entlassungen! Sicherung der Lohn- und Gehaltszahlungen! Sofort Arbeitsverträge für alle! – (j.h., Heidelberg/Red.)

Die Spreizung der Tarifgehälter im Versicherungsgewerbe

Das Schaubild zeigt, wie im Bereich Versicherungen die Handelskapitalisten systematisch darangegangen sind, sich eine Schicht von bestochenen Agenten heranzuziehen. Innerhalb von 5 Jahren haben die Kapitalisten eine Verdoppelung des Gehaltsunterschiedes auf 1 603 Mark erreicht. Das Schaubild macht die Spaltung erkenntlich. Es soll nicht zeigen, wie sich real das Gehalt entwickelt hat, dazu müßten die tatsächlichen Brutto- und Nettolöhne herangezogen werden und wie die Inflation sie gedrückt hat. Für diese Entwicklung liegen die Daten zur Zeit noch nicht vor. Planmäßig und bewußt gehen die Kapitalisten daran, sich diese Schicht von Antreibern heranzuziehen. Sie können sich dabei auf die sozialdemokratische Tarifpolitik stützen, die Prozent-Abschlüsse und niedrige Tarife mit außertariflichen Gehaltsbestandteilen zum Herzstück hat. Der Kampf der Lohnabhängigen um ihren Lohn und ihr Gehalt hat gegen dieses Komplott einmal einen wichtigen Erfolg errungen. Im Jahre 1974 wurden Abschlüsse mit 140 Mark Mindestbetrag durchgesetzt. Bei der Entwicklung der Gehaltsstufe 1 (untere Kurve) ist der Bruch deutlich zu erkennen. Dieser Mindestbetrag wirkt heute im Jahre 1976 noch nach. Indexmäßig stieg dadurch das Nominalgehalt der untersten Gehaltsgruppe am zweitschnellsten, von 1970 gleich 100 auf 1976 gleich 174,9. Für die Masse der Beschäftigten, in Gehaltsgruppe 4, stieg es am langsamsten von 1970 gleich 100 auf 1976 gleich 163, für die höchste Gruppe 7 am schnellsten von 1970 gleich 100 auf 1976 gleich 184. Ohne die Mindestbeträge, die dreimal in den Jahren 1970 bis 1975 abgeschlossen wurden, lägen die unteren Gehaltsgruppen ungefähr bei einem Index von 140, während die höchste Gehaltsgruppe weiterhin bei 184 liegt. Man kann erkennen: In der Lohnbewegung den Sozialdemokraten freie Hand lassen, bedeutet Spaltung der Beschäftigten,



Züchtung einer schmalen Schicht von besser bezahlten Antreibern, Absacken der untersten Gehaltsgruppe ins Elend und Drücken der Masse der Beschäftigten. Ob in der Industrie oder im Bereich Handel, Banken und Versicherungen, das Streben der Kapitalisten und die Politik der Sozialdemokratie ist ein und dasselbe. Die Interessen der Lohnabhängigen in der Industrie und im Bereich Handel, Banken und Versicherungen sind auch die gleichen: im Lohnkampf einen Lohn zu erkämpfen, der bei Normalarbeitstag ausreicht und die Spaltung bekämpft. Dafür muß mit der sozialdemokratischen Politik der Klassenversöhnung gebrochen werden.

Die Robert Bosch GmbH, Heilbronner Bank und das Druckzentrum Möhringen

Durch Pleite gut vorangekommen

Seit Anfang dieses Jahres werden die Stuttgarter Tagespresse („Stuttgarter Zeitung", „Stuttgarter Nachrichten"), das größte westdeutsche Anzeigenblatt „Stuttgarter Wochenblatt" sowie die Wochenzeitschrift „IWZ" im Möhringer Druck- und Verlagszentrum hergestellt. Das „Druckzentrum Möhringen" ist eine großindustrielle Produktionsanlage, ausgestattet mit computergesteuerter Texterfassungsanlage und gegenwärtig drei, in absehbarer Zukunft sechs Offset-Rotationsanlagen, für dessen Errichtung das Finanzkapital etwa 180 Millionen DM investieren mußte. Gegenwärtig werden dort knapp 800 Werktätige ausgebeutet, in der Endausbaustufe sollen es ungefähr 2 000 sein.

Voraussetzung für die Errichtung des Druckzentrums Möhringen war die Vernichtung großer Massen von Druckkapital im Stuttgarter Raum, wobei zu den bedeutendsten stillgelegten Druckereien zählten die Druckerei Hergett, die Union Druckerei, die Deutsche Verlagsanstalt (DVA) sowie die ehemalige Druckerei der „Stuttgarter Nachrichten". Hunderte von Arbeitsplätzen wurden durch die Liquidierung dieser Betriebe vernichtet, mit dem Zweck, einen kleinen Teil der dadurch freigesetzten Arbeiter mit Hilfe modernster Maschinerie am Druckzentrum verstärkt auszubeuten.

Das läßt sich sehr gut anhand der Vernichtung des DVA-Kapitals und des Schicksals der einstigen DVA-Belegschaft aufzeigen. Im Jahr 1973 hat die DVA den Konkurs angemeldet und mehr als 250 Arbeiter entlassen. Mehr als 50 Prozent des Einlagekapitals waren damals in der Hand des Bosch-Familienclans, wovon 4,17 Prozent als Anteil der Handelsbank Heilbronn ausgewiesen waren, der traditionellen Hausbank der Robert Bosch GmbH (die Robert Bosch GmbH hält selbst 25 Prozent des Aktienkapitals der Handelsbank Heilbronn). Die Handelsbank Heilbronn fungierte zugleich als Kreditgeber für die DVA. Im Jahr 1973 waren bereits die ersten Vorbereitungen für den Bau des Druckzentrums Möhringen getroffen, die Handelsbank Heilbronn trat als Kreditgeber auf den Plan, wodurch unschwer die Verbindung zum Bosch-Kapital und damit den DVA-Bankrotteuren zu erkennen war. Vollständig offen lagen die Manöver der Kapitalisten jedoch erst beim Einzug ins neue Druckzentrum: Unter dem Kommando des Chefmanagers Kurz (ehemaliger Geschäftsführer der DVA) wurde dort die „Südwestdeutsche Rollenoffset GmbH" eingerichtet mit dem Betriebsleiter Marquardt (DVA) und dem Produktionsleiter Schenk (DVA). Auch einige noch brauchbare und aus der DVA-Konkursmasse zu Schleuderpreisen aufgekaufte Produktionsanlagen wurden dort wieder errichtet. Von den ehemaligen DVA-Kollegen wurden einige wenige neu eingestellt, mit Lohneinbußen bis zu zwei Mark pro Stunde und der Verpflichtung zur Schichtarbeit rund um die Uhr (siehe zur Ausdehnung der Schicht auf 12 Stunden und dem erfolgreichen Kampf der Kollegen dagegen z.B. Nr. 39 der KVZ, Seite 6).



„Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze." Das Transparent der Druckarbeiter aus dem Streik 1976 entspricht den Tatsachen. Die Kapitalisten wollen die Arbeitskraft möglichst billig einkaufen. Der aus der Ausbeutung entstandene Profit soll möglichst groß sein. Er wird von ihnen zum großen Teil zu Investitionen verwandt, die im Kapitalismus zu weiterer Verschärfung der Ausbeutung und zu „Freisetzung" von Arbeitskraft führen.

Man kann an diesem Beispiel sehr gut sehen, wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln, welches es dem Finanzkapital erlaubt, Produktivkräfte zu vernichten und ganze Belegschaften auf die Straße zu werfen, zu einer Fessel der wichtigsten Produktivkraft, der Arbeiterklasse, geworden ist.

In ihrem Streben nach Höchstprofiten legen die Monopolkapitalisten riesige Produktionsanlagen still, wenn an ihnen die Ausbeutung der Arbeiter nicht mehr den Durchschnittsprofit erbringt, setzen Belegschaften auf die Straße und beschäftigen in neu errichteten Fabriken, an Maschinerie, die in kürzester Zeit mehr lebendige Arbeit einsaugt, schließlich nur einen kleinen Teil der entlassenen Arbeiter unter schlechteren Bedingungen und wesentlich geringerem Lohn. Für die Arbeiterklasse stellt sich da sehr dringend die Aufgabe, die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu brechen und das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben! – (w., Zelle Möhringen Stuttgart / Red.)

Post Wiesbaden:

Leitplatzsystem – vermehrte Schweißauspressung

Bisher war es so, daß die Arbeit der Arbeiter in den Vermittlungsstellen (das sind die technischen Einrichtungen, die Verbindungen zwischen zwei Teilnehmern herstellen) bestimmt worden ist über wöchentliche Prüfpläne, anfallende Störungen und durch die automatischen Prüfeinrichtungen. Sie konnten sich ihre Arbeit so über die Woche einteilen. Jetzt soll für jeden Arbeitsgang ein Arbeitszettel vom sogenannten Leitplatz ausgestellt werden. In diesem muß das Ergebnis der Arbeit und die Zeit eingetragen werden. Wenn man mit einem fertig ist, muß man sich beim Leitplatz melden und bekommt eine neue Aufgabe zugeteilt.

Schmackhaft gemacht worden ist dieses Verfahren damit, daß die Dienststelle um einige Kollegen erweitert worden ist, denen aufgrund von Personaleinsparungen ihr Arbeitsplatz in anderen Dienststellen genommen wurde. Und damit, daß es bei einigen Dienstpostenanhebungen gegeben hat. Damit soll erreicht werden, daß die Konkurrenz unter den Beschäftigten geschürt wird, denn nur einige Dienstposten werden angehoben.

Auf einer Besprechung über die Einführung dieses Verfahrens haben sich die Kollegen dagegen ausgesprochen, daß die Zeiten für einzelne Tätigkeiten festgehalten werden. Es kam zur scharfen Auseinandersetzung mit der Dienstaufsicht, die das Festhalten der Zeit nur für statistische Zwecke gesehen haben wollte. Die wirklichen Zwecke bestehen in der Steigerung der Intensität der Arbeit, in der Verschärfung der Schweißauspressung. Sind alle Zeiten erst einmal erfaßt, wird die Dienstaufsicht, gestützt auf die Statistiken, sagen: „Sie sind zu langsam, Sie erfüllen Ihre Aufgabe in einer Zeit, die unter dem Bundesdurchschnitt liegt."

Um die Schweißauspressung zu sichern, wurden die Aufsichten von fünf auf zehn verdoppelt.

An allen Einsatzplätzen sitzen acht Kräfte, die zum Großteil aus dem Betrieb abgezogen worden sind. In einer Verfügung heißt es gleich, daß in den ersten vier Jahren das Personal um mindestens 10 Prozent gesenkt werden soll. Die Dienstaufsicht wird ausgebaut, die Kollegen in Betrieben werden weniger, ihre Arbeitsleistung soll gesteigert werden.

Das liegt auf der Linie des „Aktionsprogramms" des Herrn Innenministers Maihofer, der dort angekündigt hat, daß „die Bezahlung stärker als bisher an der Leistung orientiert" werden soll und daß bisher gewährte Bezahlungsbestandteile „in Zukunft von der Erfüllung bestimmter Leistungsmerkmale abhängig" gemacht werden sollen.

Mit dem „Leitplatzsystem" wird als erstes die Intensität der Arbeit erhöht; gleichzeitig werden „Leistungsmerkmale" geschaffen – der Lohnraub soll auf der Stelle folgen. Jetzt versucht die Dienstaufsicht beim Fernmeldeamt Wiesbaden, auf Grundlage des Beamtenrechts zu versetzen in abgelegene Dienststellen. Dagegen entwickelt sich der Widerstand. Überall liegen die Beschäftigten im Kleinkrieg mit der Dienstaufsicht. Das ist eine gute Voraussetzung für den Lohnkampf. – (Zelle Post Wiesbaden / Red.)



Bremen. In der Fernsprechauskunft des Fernmeldeamtes 1 wird seit kurzer Zeit wieder eine Überwachung der Arbeitsleistung durchgeführt. Es ist noch nicht lange her, daß diese Kontrollen abgeschafft wurden, weil sie als Bespitzelung abgelehnt wurden. Jetzt tritt die Verwaltung auf und schreit: „Die Leistungen sind so miserabel, es muß etwas geschehen, die Teilnehmer beschweren sich schon." Der Personalrat stößt in das gleiche Horn, indem er meldet: „Wenn Arbeitsplätze gefährdet sind, dann muß die Überwachung gemacht werden – zum Schutze aller!"

Die Beschäftigten von der Fernsprechauskunft sehen die Situation anders: Der Streß hat sich enorm gesteigert. 38 Auskünfte sollen in der Stunde erteilt werden. Nach ihrer eigenen Einschätzung werden aber 60 bis 80 Auskünfte in der Stunde erteilt. Das weiß natürlich auch die Verwaltung. Sie versucht die Leistung der Kolleginnen immer mehr hochzuschrauben. 15 Kräfte hat sie bereits wegrationalisiert, jetzt geht sie noch massiver vor. Kolleginnen, die gegen den Druck rebellieren, sollen zurechtgewiesen werden:

– Jedes private Telefongespräche wird aufgeschrieben.
– Jedes Zuspätkommen, auch Minuten, wird mit einer Verhandlungsschrift festgehalten.
– Jeder Platz wird auf seine Leistungen hin überprüft, selbstverständlich so, daß man nicht weiß, wann man dran ist.

Es wird mit Entlassungen gedroht. Die Verwaltung baut darauf, daß die Kolleginnen sich gegenseitig bekriegen und es ihr so leicht machen. Besonderen Druck übt sie auf die Halbtagskräfte aus, die wegen kleiner Kinder nur zu einer bestimmten Zeit arbeiten können. Steckt man sie in eine andere Schicht, werden sie zur Kündigung gezwungen, wenn sie es nicht schaffen, ihre Kinder auch zu anderer Zeit unterzubringen. Die Kolleginnen tun gut daran, sich nicht spalten zu lassen. Einige haben schon angefangen, nur noch ihre erforderlichen 38 Auskünfte zu erteilen. Daran müssen sich alle beteiligen. – (m., Zelle Post Bremen / Red.)

Bei der Straßenbahn:

Arbeitshetze, Unfallgefahr, Schichtschinderei

Bei der Straßenbahn:

Arbeitshetze, Unfallgefahr, Schichtschinderei

Mannheim. Der öffentliche Nahverkehr, nach kapitalistischen Interessen ausgerichtet, muß „sparsam arbeiten", Lohnkosten so niedrig wie möglich halten. Das heißt, in den Dienstplänen der Bus- und Straßenbahnfahrer darf kein Leerlauf entstehen. Das führt zu geteilten Diensten und Dienst zu ungünstigen Zeiten. Im folgenden veröffentlichen wir den normalen Sieben-Tage-Rhythmus eines Wagenführers, um augenscheinlich zu machen, wie sehr der Mensch im Kapitalismus den Profitinteressen unterworfen ist, daß er nur noch lebt, um als Lohnarbeiter zu arbeiten:

Tag	Arbeitszeit
Freitag	5.15 – 8.27 Uhr
	11.44 – 16.34 Uhr
Samstag	4.38 – 12.48 Uhr
Sonntag	4.57 – 12.06 Uhr
Sonntag/Montag	22.00 – 5.32 Uhr
Dienstag	4.54 – 12.26 Uhr
Mittwoch	dienstfrei
Donnerstag	12.00 – 14.10 Uhr
	18.18 – 0.17 Uhr

In dieser Woche mußte der Fahrer also 46 Stunden und 15 Minuten arbeiten. Rechnet man 45 Minuten Wegezeit von und zur Arbeits-/Ablösestelle z.B. von Sandhofen oder Schönau (28 bis 35 Minuten reine Bahnfahrt) hinzu, so ist er weitere 12 Stunden an den Betrieb gebunden. Hinzu kommen für Fahrscheinabrechnung usw. 10 Minuten pro Tag, also ist er rund 60 Stunden für den Betrieb verplant. Abzüglich des freien Tages und ausreichendem Schlaf bleiben dann gerade noch vier Stunden am Tag Zeit zum Essen und zur Regeneration für den nächsten Tag Arbeit.

Die Arbeitsbelastung ist wie folgt: Er muß in diesen 6 Arbeitstagen acht verschiedene Linien fahren, einmal übernächtigen, viermal zwischen drei und halb vier Uhr morgens aufstehen und kommt einmal erst gegen 1.45 Uhr nach Hause. Er hatte 1 200 Haltestellen auf etwa 500 Kilometer Stadtverkehr zu bedienen. Hinzu kommt natürlich Fahrscheinverkauf, Auskünfte erteilen, sich mit den häufigen Mängeln an den größtenteils über 10 Jahre alten Wagen rumärgern, das tägliche Berufsverkehrschaos und anderes mehr. Auf der Linie 16 tritt, wie ein Kollegen ausgerechnet hat, alle 25 Sekunden eine besondere Situation ein, auf die er reagieren muß. In außergewöhnlichen Situationen kommt es dann häufig zu Unfällen, meistens Auffahrunfälle und andere Kollisionen, infolge Überlastung, mangels sicherer Bremsen.

Investitionen sparen: Das heißt im öffentlichen Nahverkehr mit dem technischen Stand der Vorkriegszeit sich im aus Profitinteresse ins Chaotische gesteigerten Gummiverkehr von 1976 bewegen. Zum Beispiel die Bremsen: Straßenbahnen haben zwei gleichzeitig wirkende Bremsmöglichkeiten, Schienen- und Motorbremse, dazu vier meist völlig wirkungslose Sandstreuer. Die Schienenbremse (vier Haftmagneten) ist der Schubkraft eines 20 bis 30 Tonnen schweren Zuges nicht angepaßt; bei 50 Stundenkilometern wirkt sie kaum, bei 5 Stundenkilometern fallen alle Fahrgäste um. In die Motorbremse ist das sogenannte menschliche Versagen direkt eingebaut. Erschrickt sich ein Straßenbahnfahrer, was in unerwarteten Situationen selbstverständlich ist, versucht er, besonders schnell zu bremsen. Dabei blockieren aus technischen Gründen fast immer die Räder, und der Wagen rutscht Hunderte Meter weit. Im Polizeibericht der bürgerlichen Presse steht dann so was wie „mangelnde Fahrbahnbeobachtung, zu geringer Sicherheitsabstand, Unachtsamkeit" usw.

Das Schild „Dieser Wagen hat eine besonders schnell wirkende Notbremse" ist eine glatte Lüge. Die Betätigung der Notbremse löst eine geringfügige Bremswirkung (Haftmagnete) und einen fürchterlichen Hupton aus. Auf diesen Hupton muß der Fahrer reagieren. Vorn auf dem Bock sitzt also die „Notbremse", und mit einem Bein steht sie schon vorm Kadi, denn wenn's kracht ist das Gericht zur Stelle, die persönliche Schuld des Fahrers herauszufinden und ihn abzuurteilen. Die Verantwortung für das eingebaute menschliche Versagen trägt die Kapitalistenklasse und ihr Staat. Den „Schuldigen" läßt sie durch die dafür zuständigen Gerichte in der Arbeiterklasse suchen.

So stieß am 18.10. in Ludwigshafen eine Straßenbahn mit einem Bahnbus zusammen. 9 Verletzte gab es. „Vermutlich durch Nichtbeachten der Vorfahrt", sagte der „Mannheimer Morgen", kam es zu dem Unfall.

Längst wäre es möglich, die unfallträchtigen technischen Mängel zu beseitigen, aber das dient nicht dem wirtschaftlichen Ziel der herrschenden Klasse. Also nimmt sie lieber Unfälle in Kauf, bei denen allemal nur Angehörige der werktätigen Bevölkerung verletzt oder getötet werden. – (w., Mannheim / Red.)

Instrumente der Spaltung der Lehrer und Unterdrückung der Schüler

Weg mit den BAT- und Wochenstundenverträgen!

In den Schulen des Regierungsbezirks Hannover arbeiten gegenwärtig etwa 2 300 Lehrer mit befristeten Zeitverträgen unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Diese Spaltung und Schikanierung der Lehrer geht zusammen mit dem Versuch, diese Kollegen zur verschärften Unterdrückung gegen die Schüler einzusetzen.

Eine Lehrerin, die bis zu den Sommerferien mit einem solchen 13-Stunden-Vertrag gearbeitet hat (jetzt arbeitet sie als Verkäuferin), berichtet darüber:

„Bei solchen 13-Stunden-Verträgen ist man sozial nicht abgesichert. Man wird stundenweise bezahlt. Pausenaufsichten, Ferien usw. sind unbezahlt. Die Verträge sind befristet, bei mir war es auf vier Monate. Arbeitslosenversicherung zahlt man auch nicht, d.h. wenn der Vertrag nicht verlängert wird, dann kriegt man vom Arbeitsamt keinen Pfennig Geld.

In der Schule wurde ich als ‚Springer' eingesetzt: wo eine Stunde ausgefallen war, mußte ich rein, egal in welchem Fach und in welcher Klasse. Die Vertretungen hat man meist am selben Tag erfahren, d.h. eine Vorbereitung war unmöglich. In der Stunde sieht man dann zu, daß die Kinder ruhig bleiben, und das geht ja nur mit Druck, denn die bleiben bei so einem Unterricht erst recht nicht ruhig. Der ‚normale' Stundenplan sah auch nicht besser aus: Bei 13 Stunden hatte ich sieben Klassen. Fächer: Deutsch, Kunst, Verkehrsunterricht und manchmal Rechnen (studiert habe ich Geschichte, Geographie und Kunst). Ich mußte in der ersten Klasse Erstlese- und Schreibunterricht erteilen, wovon ich keine Ahnung habe. Mein Unterricht war entsprechend schlecht, die Schüler haben mit Unlust und Abwehr reagiert. Das Ganze wurde dadurch erschwert, daß ich bei den vielen Klassen die Schüler nicht kannte, und sie kannten mich auch nicht. Den ‚Disziplinschwierigkeiten' antwortete ich dann mit massivem Druck auf die Kinder.

Für die anderen Lehrerkollegen hieß ich Mehrarbeit statt Entlastung: Sie mußten mich recht oder schlecht einweisen, und das geschah dann in den Pausen oder nach dem Unterricht.

Außerdem ist der Druck, möglichst wieder eingestellt werden zu wollen, groß. Dann sieht man auch zu, daß der Unterricht möglichst ‚reibungslos' verläuft. Und um einen solchen Unterricht reibungslos laufen zu lassen, muß man die Schüler unter dem Daumen halten, denn sonst rebellieren sie dagegen."

Bei den Bundesangestelltentarif-(BAT-)Verträgen (19 Stunden pro Woche, sechs Monate befristet) geht die Schikane so weit, daß die Lehrer jederzeit über ihren Unterricht schriftlich Rechenschaft ablegen müssen und daß sie – obwohl ohne jegliche wissenschaftliche Begleitung – vom Schulleiter bzw. Schulrat Unterrichtsbesuche bekommen, wo sie kontrolliert und beurteilt werden. Der Vertrag soll dann denjenigen verlängert werden, die sich als treue Unteroffiziere der staatlichen Schulbehörde bewähren.

Gegen diese Zustände rebellieren Schüler, Eltern und Lehrer. So hat zum Beispiel die Personalversammlung der Schule, wo die Kollegin gearbeitet hat, in einer Resolution gefordert: Keine befristeten Stundenverträge! Volle Planstellen!

Auf einer Veranstaltung der GEW gegen die BAT-Verträge verabschiedeten die etwa 70 Anwesenden eine Resolution, in der gefordert wurde:

Weg mit den Sparerlassen! Vierzigstundenwoche! Übernahme aller Hochschul- und PH-Absolventen in die zweite Ausbildungsphase zum 1. Februar 1977! Weg mit den BAT- und Wochenstundenverträgen! Anerkennung aller Absolventen als Arbeitslose und Arbeitslosengeld!

Der Zusammenschluß der lohnabhängigen Lehrer im Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen schafft einen tiefen Riß in dem Zuchthaus bürgerliche Schule. Er muß sich mit dem Kampf der Arbeiter und der Volksmassen gegen dieses Zuchthaus und seine Unterdrückungsaufgaben fest verbinden. – (m., Hannover/Red.)

Am 19.10. hat auf Betreiben der SPD-Fraktion in der GEW der Hauptausschuß der GEW Hessen den Beschluß zur Durchführung von Urabstimmung und Streik gegen Arbeitszeitverlängerung umgestoßen. Bereits während der Sitzung hagelte es mehr als zwei Dutzend Briefe und Protesttelegramme von Schulgruppen aus ganz Hessen, die die sofortige Durchführung der Urabstimmung und Streik fordern. 40 Lehrer aus Gießen zogen in den Sitzungssaal des Hauptausschusses mit Transparenten und forderten den Streik.

Zehn Minuten vor Sitzungsende wurde von der sozialdemokratischen Fraktion ein Erlaßentwurf bekanntgegeben, der unter anderem vorsieht: Die Übernahme von Zwei-Drittel-Lehrern auf volle Planstellen kann nur erfolgen, wenn es die Fächerkombination erlaubt, wenn der Dienstvorgesetzte „überdurchschnittliche Fähigkeiten" bescheinigt und wenn die Durchschnittsnote von 1,8 bei Grund-, Haupt- und Realschulen und 2,0 bei Sonderschulen und Gymnasien erreicht wird. Der Bezirksvorstand Frankfurt der GEW erklärte direkt nach der Hauptausschußsitzung in einem Flugblatt am 19.10., daß „die Absetzung des Streiks falsch ist". Deshalb wird sie keinen Bestand haben.

Göttingen. 75 anwesende Arbeiter, Angestellte und Beamte der Universitätskliniken beschlossen folgendes auf ihrer ÖTV-Mitgliederversammlung:

„An den Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV:

Die Mitgliederversammlung der Universitätskliniken Göttingen vom 20. September 1976 fordert den Hauptvorstand auf, unverzüglich die Materialien zur kommenden Lohnbewegung an die Mitgliedschaft auszugeben.

Begründung: Die Bundesregierung wird in der Tarifrunde 1976/77 ihre Lohnraubpolitik fortsetzen. 4 Prozent war ihr Angebot in der Tarifrunde 1975/76. In diesem Jahr soll es noch darunter liegen, um einen „stabilitätspolitischen Fortschritt" anzustreben. So äußerten sich bereits im August Regierungssprecher. In der letzten Tarifrunde hat die Masse der Lohnabhängigen dieser Politik durch Protestresolutionen, Versammlungen und Streiks eine Absage erteilt und sich dagegen zur Wehr gesetzt, daß die unteren Lohngruppen bis ans Existenzminimum gedrückt wurden. Der Kampfansage der Bundesregierung an die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst muß entgegengetreten werden. Wir sind daher der Meinung, daß der Hauptvorstand sein Informationsmaterial unverzüglich den Mitgliedern zustellen muß."

im öffentlichen Dienst muß entgegengetreten werden. Wir sind daher der Meinung, daß der Hauptvorstand sein Informationsmaterial unverzüglich den Mitgliedern zustellen muß."

Heidelberg. Die ÖTV-Abteilung Sozialarbeit hat eine Solidaritätserklärung für den Landesverband der GEW Westberlin verabschiedet, den Hauptausschuß der GEW aufgefordert, den Ausschluß der GEW Westberlin zurückzunehmen und die Forderung nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung der GEW unterstützt.

Westberlin. Der Vertrauensleutebereich der Zentralen Datenverarbeitung Klinikum Steglitz Westberlin hat die Forderung von 175 DM für die kommende Lohnrunde aufgestellt. Der Vertrauensleutebereich Technische Chemie der Technischen Universität Westberlin fordert: 170 DM für alle gleich, 5 Wochen Mindesturlaub.

Köln. Die Betriebsgruppe der GEW an der Gesamtschule Holweide hat beschlossen: „Wir fordern die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung zur Rücknahme des Ausschlusses des GEW-Landesverbandes Westberlin." In der Begründung heißt es unter anderem, daß der Beschluß des Bundeshauptausschusses „dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller Lehrer großen Schaden" zufügt.

Die **Landessprecherkonferenz der Studienreferendare in Baden-Württemberg** hat am 16. Oktober eine Resolution gefaßt, in der sie gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse Stellung nimmt. Die Resolution lautet:

„Für die Landessprecherkonferenz der Studienreferendare sind die Forderungen ‚Aufhebung des Schieß-Erlasses! Keine politische Disziplinierung!' fester Bestandteil ihrer Arbeit gegen die politische Entrechtung der Kollegen. Die Landessprecherkonferenz hält es in dieser Situation für unerträglich, wenn die Führungsgremien der Gewerkschaft der Lehrer, der GEW, in ähnlicher Weise wie der Dienstherr mittels der Unvereinbarkeitsbeschlüsse die politische Zensierung der politischen Meinungsäußerung ihrer Mitglieder betreiben. Damit wird eine konsequente Gewerkschaftsarbeit erschwert, die sich ausschließlich an den Interessen der Lohnabhängigen orientiert. In Heidelberg droht mehreren Referendarkollegen der Ausschluß aus der GEW, weil sie sich öffentlich gegen den Ausschluß der kommunistischen Stadträtin Helga Rosenbaum aus dem Heidelberger Gemeinderat ausgesprochen und für ihre Politik teilweise Partei genommen haben. In anderen Teilen des Landes droht Referendaren der Gewerkschaftsausschluß, weil sie Protest erhoben haben gegen den Ausschluß des Landesverbandes Berlin aus der GEW und damit dem DGB. Gerade weil wir für eine starke Gewerkschaft der Lehrerkollegen eintreten, die unsere Interessen gegen den Dienstherrn vertritt, protestieren wir gegen die genannten Maßnahmen."

Solingen. Für die Abschaffung des Samstagsunterrichts an der Berufs- und Gewerbeschule Solingen wird der Kampf aufgenommen, und 30 Berufsschüler unterzeichneten vor den Ferien noch folgende Resolution: „Wir, Schüler der Berufs- und Gewerbeschule Solingen, unterstützen die Forderung: Weg mit dem Samstagsunterricht! Wir fordern: 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen! Durch den Samstagsunterricht wird unsere Arbeitswoche auf 6 Tage verlängert. Den Vorteil hat nur der Lehrherr, für den die meisten von uns durch den Samstagsunterricht einen Tag länger arbeiten müssen. Wir brauchen für unsere Ausbildung volle 12 Unterrichtsstunden. Der Unterricht darf nicht aus personellen oder sonstigen Gründen ausfallen. Die 12 Unterrichtsstunden müssen auf zwei arbeitsfreie Wochentage verteilt sein. Gegen die Einführung des Blockunterrichts! Wir sind entschieden gegen die Einführung des Blockunterrichts. Blockunterricht bedeutet, daß der Berufsschulunterricht auf sechs Wochen im Jahr zusammengestrichen wird und wir das ganze übrige Jahr hindurch dem Lehrherrn als billige Arbeitskraft zur Verfügung stehen. Damit wird unser Recht auf Schulbildung entscheidend eingeschränkt. Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen an der Berufs- und Gewerbeschule Solingen auf, diese Forderung mit ihrer Unterschrift zu unterstützen."

Bremen. Ein Ausschuß von Vertretern aller Blocks am Berufsbildungszentrum wurde mit Unterstützung der Gewerkschaft gegründet und folgende Forderungen wurden beschlossen:
12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen! Weg mit der Pausenkürzung! Weg mit der 8/4 und 7/5-Regelung! Noch nicht aufgenommen sind die Forderungen: Weg mit dem Blockunterricht! Weg mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz! Darum wird noch die Auseinandersetzung geführt. Alle Kollegen sind aufgefordert, sich an diesem Kampf zu beteiligen und die Forderungen bekanntzumachen und Beschlüsse in ihren Bereichen herbeizuführen.

Die Jugendlichen von Schorndorf konnten gegen die Stadtbürokratie die Schließung des selbstverwalteten Jugendheims

Die Jugendlichen von Schorndorf konnten gegen die Stadtbürokratie die Schließung des selbstverwalteten Jugendheims verhindern. Die Stadtverwaltung hatte geplant, das Jugendzentrum jetzt zu schließen unter dem Vorwand, Umbauarbeiten am „Hammerschlag" (Name des Jugendzentrums) vornehmen zu lassen. Die Schließung sollte ein halbes Jahr dauern. Auf diesem hinterlistigen Wege sollte das Zentrum erst einmal ausgetrocknet werden und die Selbstverwaltung abgeschafft werden. Schon lange will die Stadt einen Kontrolleur der Jugendlichen einstellen. „Der Hammerschlag ist unser Haus, da kriegt uns keiner so schnell raus!" war eine der Parolen, mit denen am 6. Oktober 300 Jugendliche für die Erhaltung des Jugendzentrums demonstrierten. Die Jugendlichen wollen selbst bestimmen, wer Sozialarbeiter wird. Sie wollen ein Jugendzentrum in uneingeschränkter Selbstverwaltung. Nach einer weiteren Kundgebung wurde erreicht: Das Haus wird nicht geschlossen, der Plan der Stadtverwaltung wurde durchkreuzt.

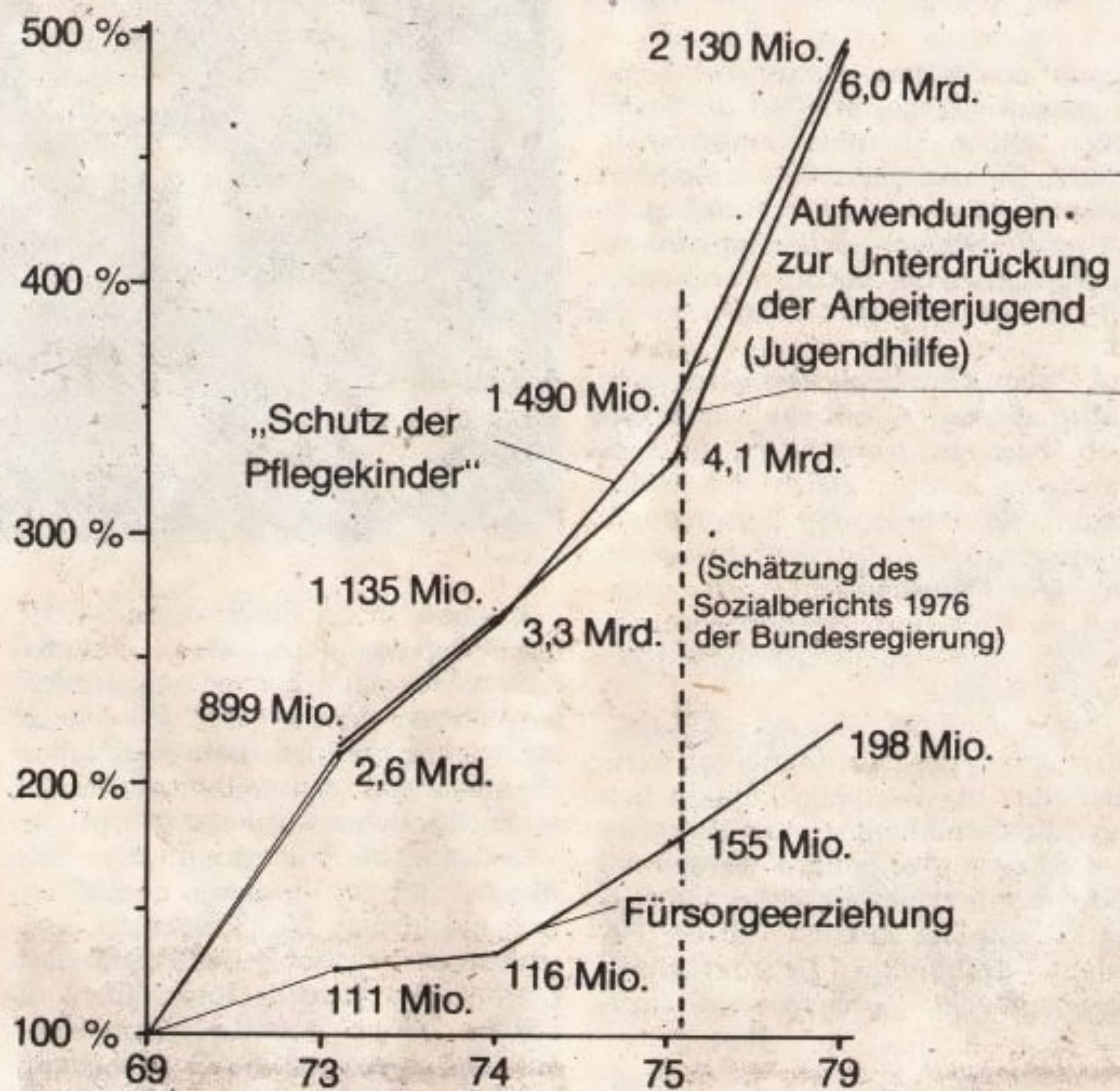
Frankfurt. In den Förderkursen der Stadt Frankfurt, in die sie die Arbeiterjugend von der Sonderschule und diejenigen ohne Hauptschulabschluß preßt, um sie für die schrankenlose Ausbeutung in der Fabrik vorzubereiten, werden monatlich Bewertungsbögen über die Jugendlichen ausgefüllt, in denen es unter anderem heißt: Arbeitsinteresse – nie erlahmend (auch bei unangenehmer Arbeit) – eifrig, strebsam – interessiert, willig – uninteressiert, gleichgültig als eine Bewertungsreihe. Unter dem Stichwort Arbeitstempo heißt es: sehr schnell – zügig – mittelschnell, dabei gleichmäßig – langsam, schwerfällig. Man sieht: in polizeimäßiger Manier werden diese Jugendlichen erfaßt und karteimäßig geführt, um den Kapitalisten später die Karteikarten derjenigen auszuhändigen, bei denen sie sicher glauben, daß sie ein Höchstmaß an unbezahlter Arbeit widerstandslos herauspressen können.

Hessen. Im August hat der hessische Landtag über die Sonderschulen debattiert: Die CDU hat die Landesregierung aufgefordert, einen Sonderschulentwicklungsplan vorzulegen, „um für die Zukunft ein bedarfsgerechtes Angebot an spezifischen Betreuungsplätzen sicherzustellen sowie die weiteren Maßnahmen auf der Grundlage gesicherter Fakten treffen zu können". Ziel dieses Antrags war selbstverständlich, die Bedarfsplanung für die Kapitalisten zu ermitteln, d.h. diejenige Anzahl der Arbeiterjugendlichen bereitzustellen, die ohne große Ausbildung, befreit von den Lasten der Berufsschule, schnell in den Akkord gezwungen werden können. Die SPD tut sich in ihrer Antwort leicht: All dies, was die CDU da fordere, sei in Hessen schon lange verwirklicht. Seit 1964 hat sich die Anzahl der Sonderschulen auf 243 erhöht, die Anzahl der Sonderschulklassen von 846 auf über 2 200, brüstet sich der Abgeordnete Stöckl für die Landesregierung. „Meine Damen und Herren, unstreitig ist, daß der Schwerpunkt dieser Bildung beim Lernen durch Tun liegen muß. Die Probleme in diesem Bereich müssen lebensnah und berufsnah sein. Sie müssen sich ganz besonders den manuell-motorischen Fähigkeiten dieser jungen Menschen zuwenden", sagte dieser Verbrecher weiter.

Seit 1964 haben sie rund 275 000 Arbeiterjugendliche in die Sonderschule gepreßt, das ist für Millionen von Arbeitern der Inhalt der Bildungsreform.

Mit Jugendhilfe bezeichnet der bürgerliche Staat einen Teil der Aufwendungen zur Unterdrückung der Arbeiterjugend. Geregelt wird diese „Hilfe" nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz, wahrgenommen werden die Aufgaben von den „Jugendwohlfahrtsbehörden". Spätestens bei Behörde hört man auf, an Hilfe zu denken. Schon eher an Schikane und Beschnüffelung. Vervollständigt wird dieser Eindruck dann weiter mit den Namen der Ämter, die Jugendhilfe wahrnehmen: kommunales Jugendamt, Landesjugendämter, oberste Jugendbehörde. Gleich im ersten Paragraphen des Gesetzes für Jugendwohlfahrt heißt es: „(1) Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit." In der kapitalistischen Gesellschaft ist damit Abrichtung zum Lohnsklaven gemeint. Der imperialistische Staatsapparat hat sich ein umfangreiches Gesetzeswerk geschaffen, um in die Familien der Arbeiterklasse hineinzuschnüffeln. Im zweiten Absatz des Paragraphen heißt es: „Das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung werden durch dieses Gesetz nicht berührt." Im Satz darauf: „Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten ist ein Eingreifen nur erlaubt, wenn es ein Gesetz erlaubt." Weiter hinten im Gesetzestext heißt es dann, daß Pflegekinder (Kinder, die sich regelmäßig außerhalb des Elternhauses in Familienpflege befinden) unter der Aufsicht des Jugendamts stehen. Im § 33 wird dann die „Wegnahme" geregelt, die angebracht ist „bei Gefahr im Verzuge". Jugendliche im Ellener Hof, Zwangsanstalt in Bremen, wurden dorthin gebracht, weil sie sich gegen die Staatsmacht aufgelehnt haben. Die Familien der Arbeiter werden als bedürftig hingestellt, um ihnen die Kinder zu entführen, landen sollen sie unter der Staatsaufsicht. Wie mit der Zunahme der Verelendung der Arbeiterklasse die Unterdrückung zunimmt, zeigen auf dem Schaubild die steigenden Ausgaben für „Schutz der Pflegekinder", Jugendhilfe und Fürsorgeerziehung.

„Heimerziehung" – Kasernen zur Unterdrückung der Arbeiterjugend



Die folgenden Korrespondenzen zeigen die Zustände in solchen Zwangsanstalten der „Heimerziehung" und die Entwicklung des Kampfes für ihre Zerschlagung als Unterdrückungsinstrument des bürgerlichen Staatsapparates. Die Erziehung der Jugend muß der Aufsicht des bürgerlichen Staatsapparates entrissen werden, und auf dem Weg zu seiner Zerschlagung wird sich die Jugend zusammenschließen unter der Forderung nach obligatorischer Einheitsschule für alle bis zum 18. Lebensjahr.

hung der Jugend muß der Aufsicht des bürgerlichen Staatsapparates entrissen werden, und auf dem Weg zu seiner Zerschlagung wird sich die Jugend zusammenschließen unter der Forderung nach obligatorischer Einheitsschule für alle bis zum 18. Lebensjahr.

Bremen-Osterholz: 125 Jahre Zwangserziehungsanstalt Ellener Hof

... im Sinne der Gründer zum Wohle der bürgerlichen Gesellschaft fortführen ...

Der Ellener Hof ist ein Heim für „schwer erziehbare" Jungen. Er ist eine Stiftung und untersteht dem Landesjugendamt Bremen. In diesem Heim werden etwa 110 Jugendliche kaserniert gehalten. Der allergrößte Teil kommt aus Arbeiterfamilien.

In einem Interview mit der Kommunistischen Volkszeitung berichten die Jugendlichen über den Tagesablauf im Heim: „Bei uns sah das so aus: Morgens um 6.30 Uhr wird geweckt, dann mußten wir duschen und dann ein Amt machen, d.h. irgendeinen Platz im Haus putzen, zum Beispiel die Küche, dann zur Schule, dann Mittagessen. Danach höchstens zwei Stunden Freizeit, dann Schularbeitsstunde machen, dann noch mal 'ne Stunde Freizeit. Und dann war Abendbrot, dann wieder duschen und dann durften wir fernsehen, aber nur, wenn wir nicht vergessen hatten, einen Fernsehplan für die ganze Woche aufzustellen. Dann zwischen 21.00 und 21.30 Uhr Bettruhe."

Über die Einzelzellen wurde berichtet: „Also ich bin da mal reingekommen für zwei Tage, das war ein Wochenende. Ich bin zu meinen Eltern gefahren, habe die Fahrt selber bezahlt. Hatte aber keine Erlaubnis. Das hat gereicht, mich da reinzustecken. Da gibt es zum Beispiel die Zelle 5 mit festgenageltem Bett und Stuhl, damit man dem Essensträger, der einem was in die Zelle bringt, nichts über den Kopf haut. Und dann habe ich noch die Erfahrung machen dürfen, daß es draußen Gulasch gab, und was ich bekommen hab, war Kartoffeln mit Soße in nicht ausreichender Menge. Nachtisch wurde gestrichen, und zu trinken gab es nur einmal am Tag."

Im Mai dieses Jahres wurde ein Sozialpädagoge und eine Praktikantin gekündigt, zwei weitere Praktikanten wurden nicht ins Angestelltenverhältnis übernommen. Sie haben die Jugendlichen unterstützt und den Kommunismus propagiert. Die Jugendlichen im Heim haben sich gegen die Entlassung gewehrt und eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Die Kollegen haben den Prozeß gegen den Ellener Hof gewonnen, einer mußte schon wieder eingestellt werden. Mit allen Mitteln hat die Heimleitung versucht, den Widerstand zu unterdrükken, und damit das Gegenteil erreicht. Mehrere Jugendliche haben sich zusammengeschlossen und in der Zeitung „Blockdieker Flitzer" (Zeitung der Jugendlichen im Jugendfreizeitheim Blockdiek, das in der Nähe liegt) über die Entlassungen berichtet und ein Flugblatt herausgegeben. Die Redaktion wollte die Erzieher zu den Entlassungen interviewen: „Da hat der Jugendliche mit dem Interview angefangen, und da kam zufällig der Hofpsychologe dazu und holte noch jemand von der Heimleitung, und da gings dann also ziemlich drauf auf den Jugendlichen, und da wurde gesagt, wenn seine politischen Aktivitäten nicht aufhören, dann müßte er damit rechnen, entlassen zu werden." „Sie meinten, wenn das Interview an die Öffentlichkeit kommen würde und es Unruhe im Ellener Hof geben würde, dann müßten sie Maßnahmen ergreifen und den Jungen rausschmeißen." Einem Jungen, der jetzt außerhalb ein Zimmer bekommen könnte, wurde gesagt, daß es für ihn besser wäre, wenn er sich da raushalten würde wegen der Entlassungen. Das könnte ihm nur schaden. Sonst könnte wegen seinem Zimmer noch etwas dazwischenkommen."

In einem Flugblatt, das die Jugendlichen dann herausgegeben haben, heißt es: „Unser ganzer Tag besteht aus Gängelung: In der Schule stehen wir unter ständigem Druck und einer wird gegen den anderen ausgespielt, in der Lehre mosert der Meister rum und im Heim wieder der Erzieher. (...) Deshalb müssen wir uns wehren! Erzieher, die auf unserer Seite stehen, dürfen nicht noch einmal entlassen werden. Wir wissen selbst, was wir wollen, Heimleiter und Erzieher brauchen uns unsere Meinung nicht vorzuschreiben. (...) Jeder soll seine Meinung frei äußern dürfen. (...) Sollten unsere Vorstellungen weiterhin ungeachtet bleiben, wird die Heimleitung sehen, was sie davon hat." Die Jugendlichen sind daran gegangen, einen Heimrat zu bilden. – (v., c. / Red.)

Bielefeld/Ummeln

Das geschlossene Mädchenheim ist ein Zuchthaus

Um gegen die Zustände im geschlossenen Mädchenheim Ummeln den Kampf zu organisieren, wurde in Bielefeld auf einer Veranstaltung von 90 Teilnehmern eine Bürgerinitiative gegründet, die die Forderung nach Schließung dieser Zwangsanstaltg erhebt.

Zwei Mädchen, die dort abgehauen sind, berichten: „Vorne in der Aufnahme empfing mich Schwester Inge gleich mit ‚Große Schnauze gibts hier nicht'. ‚Das fängt ja gut an', antwortete ich. Dann kam ich in die Aufnahmegruppe. (...) Als nächstes mußte ich unter Aufsicht von Schwester Lili baden, obwohl ich versicherte, vor meiner Abfahrt im Theresienheim schon gebadet zu haben. (...) Die Einzelzimmer haben alle eine Alarmanlage: Macht man die Tür auf, geht bei der Schwester, die Nachtwache hat, das Licht an, und sie fängt einen noch auf dem Flur ab. Fenster haben Panzerglas und lassen sich nur einen Spalt breit öffnen. In jedem Zimmer ist ein Stuhl, ein Bett, ein Waschbecken und ein Pißpott. Außerdem steht in jedem Zimmer ein Schrank, der aber überall leer ist, weil man ja alles außer Krimskrams abgenommen kriegt. (...) Um kurz nach neun Uhr wird das Licht ausgestellt. Um halb sieben wird mit einer Kuhglocke geweckt, aufstehen, Bett auflegen, rauskommen, auf die Toilette, Pißpott ausleeren, wieder ins Zimmer, vorm Waschbecken nackt waschen, zwischendurch platzt eine Schwester rein, um zu kontrollieren, ob man sich auch wirklich wäscht, anziehen, Bett machen, um halb neun aus dem Zimmer geholt, Zimmer auf Ordnung kontrolliert, geschlossen runter an den Frühstückstisch (20 bis 25 Mädchen), beten, essen (ohne zu reden), beten, aufstehen, Schuhe anziehen, mit drei bis vier Leuten Bewachung zur Arbeit."

Ein anderes Mädchen schreibt in einem Brief: „Von acht bis zwölf Uhr war Arbeitszeit. Die Arbeit ist von der Art, wie sie draußen als Heimarbeit gemacht wird, also sehr eintönig. Wir mußten zum Beispiel Watte oder kleine Korken auf die Stöpsel von Arzneimittelröhrchen stecken oder Bücher in Klarsichtfolie einbinden. Um 12 Uhr wurden wir von den Schwestern zum Mittagessen abgeholt. Danach mußten alle auf ihr Zimmer und für sich alleine Mittagspause machen bis 14 Uhr. Für die Dauer der Freizeit mußten wir die Schuhe abgeben. Auf die Toilette konnten wir nicht gehen, weil dann die Alarmanlage losgegangen wäre. Dafür gab es Pißpötte auf den Zimmern, die jeden Morgen geleert werden mußten. Wenn diese tagsüber leer waren, behaupteten die Erzieher, man hätte seinen Urin ins Waschbecken gekippt."

Jeden Widerstand versucht man brutal zu unterdrücken. Die Mädchen kommen dann in den Besinnungsraum. „Der Raum hat eine Milchglasscheibe, ist eingerichtet mit Bett, Tisch, Schrank und Stuhl. Ansonsten war er völlig kahl."

Die Veranstaltung war ein wichtiger Schritt, um den Kampf für die Abschaffung dieses Zuchthauses zu organisieren. (Red., nach Zuschrift)

ÖTV-Jugend bereitet Tarifkampf vor

Um die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst vorzubereiten und die Forderung der Lehrlinge im öffentlichen Dienst zu diskutieren, fand am 7. Oktober eine Kreisjugenddelegiertenkonferenz der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt statt. Zudem mußten Kollegen in den Kreisjugendausschuß nachgewählt werden, weil einige ausgeschieden sind. Kampf gegen die Reformisten hat es gegeben um die Frage, wie die Einheit mit den Arbeitern und Angestellten hergestellt werden kann gegen den staatlichen Dienstherrn. Die Reformisten wollen den Zusammenschluß nicht. Sie wollen das Gegenteil. Das hat die Konferenz gezeigt. Arbeitsgruppen wurden gebildet, wo die Themen „Manteltarifvertrag für Auszubildende", „Jugendtarifpolitik" und „allgemeine Lohnrunde" behandelt werden sollten.

Als es um die Frage ging, welche Forderung im Tarifkampf aufgestellt werden sollte, behaupteten sie, das sei völlig nebensächlich; Hauptsache sei, was hinterher rauskomme. Was hinterher rauskommt, hängt davon ab, ob man sich mit den richtigen Forderungen zusammenschließt oder nicht. Deswegen muß das rechtzeitig geklärt werden. Sie haben dann zweierlei vorgeschlagen: Erstens solle man im Betrieb jeden einzelnen Kollegen fragen, „wieviel ihm denn so fehle und was er denn so brauche". Zweitens haben sie dann schon ausgerechnet, daß es 300 DM sein müßten. Diese Kombination hat's in sich.

Zweitens haben sie dann schon ausgerechnet, daß es 300 DM sein müßten. Diese Kombination hat's in sich.

„Einzeln" soll man die Kollegen befragen, das gerade Gegenteil von kollektiven Beratungen, wo die Forderung aufgestellt wird. Der Vorschlag soll den Reformisten im Vorstand jeden Spielraum verschaffen, um „gemäßigt" abzuschließen. Als Beruhigungspille soll solange die Forderung von 300 DM in der Luft hängen. Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst haben damit Erfahrung und kennen die Leute, die erst „hohe Vorschläge" machen, die Einheit untergraben, an Streik schon gar nicht denken und dann mit dem bürgerlichen Staat zum „maßvollen" Abschluß kommen.

In der kommenden Tarifrunde muß eine Festgeldforderung aufgestellt werden, die der absoluten Verelendung in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen entgegenwirkt. Alles andere ist spalterisch. Das müssen mindestens 170 DM sein, weil durch den letzten Tarifabschluß viele Arbeiter und Angestellte schon in eine schlechte Lage gekommen sind. Der Graben zwischen der Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und dem hohen Beamtengesindel muß weiter aufgerissen werden, nur so kann der Zusammenschluß gegen den staatlichen Dienstherrn gefestigt werden. Das ist eine Erfahrung der letzten Tarifrunden.

Für die auszubildenden Jugendlichen sind die Reformisten dann für einen einheitlichen Lohn von 1 000 DM eingetreten. Natürlich meinen sie das nicht ernst, das merkt man. An die Vorbereitung von Kampf denken sie gar nicht, weshalb sie auch dagegen waren, daß Beschlüsse gefaßt werden auf der Kreisjugenddelegiertenkonferenz. Wo es um Klassenkampf geht, wollen sie uns auf Sandkastenspielchen festlegen. Die Einheit mit den älteren Kollegen muß hergestellt werden. Das Wirrwarr bei den Ausbildungsberufen muß beseitigt werden. Deswegen muß gefordert werden, daß die Ausbildungstarife für die Krankenpflegeschüler für alle gelten. Auf diesen Ausbildungstarif muß die Forderung von 60 % der Festgeldforderung und Anbindung an die allgemeine Lohnerhöhung erhoben werden.

Die Debatte über den Lohnkampf konnte nicht beendet werden, und es wurde kein einheitlicher Beschluß gefaßt über die Forderung für den Lohnkampf. Hier haben die Reformisten ihr Ziel noch einmal erreicht. Erreicht haben sie aber auch, daß die Fronten klarer geworden sind. Eine erste Niederlage haben sie eingesteckt bei der Wahl eines Kollegen in den Kreisjugendausschuß, der sich für eine Festgeldforderung einsetzt und bekräftigte, daß diese nur durch Streik durchgesetzt werden kann. – (b., Neu-Isenburg / Red.)

In Niedersachsen, Wyhl, Philippsburg, Landsberg – überall kämpfen die Volksmassen gegen die Zerstörung ihrer Lebensbedingungen



Landsberg (Bayern). 3000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten demonstrierten vor dem Rathaus gegen die endgültige Industrieansiedlung des amerikanischen Chemiekonzerns Eli Lilly. Die Stadtratssitzung mußte abgebrochen werden, als der Stein eines Demonstranten durch die Butzenscheiben des Rathauses flog und die Stadträte aufschreckte. In Sprechchören wurde gerufen: „Eli Lilly weg – hat kein Zweck". Die Bewohner der Stadt haben längst entschieden, daß sie die Vernichtung ihrer Umwelt nicht hinnehmen werden. Der Oberbürgermeister unterbrach nach dem Steinwurf die Stadtratssitzung für eine Zigarettenpause, die Entscheidung mußte vertagt werden.

Hannover. Der Lüneburger Regierungspräsident hat Ende September eine schriftliche Verhaltensregel für Forstbeamte und Forstangestellte und Waldarbeiter erlassen, die den „Umgang mit den Bürgerinitiativen gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe" regelt. Darin wird es den Förstern und Waldarbeitern „zur Vermeidung von Mißverständnissen" untersagt, die in ihren Revieren liegenden Bohrplätze und deren Umgebung aufzusuchen. Es solle „gebotene Zurückhaltung gewahrt werden". Darum ist es den Beamten verboten, auch als Privatpersonen an Demonstrationen teilzunehmen. In der Richtlinie wird weiterhin verboten, „irgendwelche dienstlichen Kenntnisse über das Projekt an Privatpersonen weiterzugeben, wie auch über die Lage der Bohrstellen und den Beginn der Arbeiten, oder auf andere Weise etwa zu erwartende Demonstrationen in irgendeiner Weise zu unterstützen". Der Staatsapparat sieht seine Felle davonschwimmen. Die Front der Gegner dieser Anlage ist so stark, daß sie selbst vor den Bediensteten dieses Staates nicht halt macht. Die Förster und Waldarbeiter wissen sehr wohl, daß der Bau dieser Anlage das Ende dieser Wälder in der Gegend der Anlage bedeuten würde und ihre Existenz bedroht. In der „Hannoverschen Allgemeinen" vom 19.10.76 erklärt zum Beispiel ein Förster aus der Gegend von Unterlütz zu der geplanten Entnahme von Kühlwasser für die Anlage: „Das wäre der Tod der Wälder hier, wenn dem ohnehin trockenen Boden auch noch künstlich das Wasser entzogen wird." Diese Wahrheiten sollen nicht bekannt werden, darum wird den Förstern ein Maulkorb umgehängt. Mittels des Beamtenrechts sollen sie gezwungen werden, sich von den Kämpfen der Arbeiter und Bauern gegen diese Anlage fernzuhalten. Welche Aufgaben die Forstbeamten für den Staat eigentlich erfüllen sollen, zeigt ein Ausschnitt aus dem Lagebericht der Bürgerinitiativen in Lichtenhorst von der Platzbesetzung am 23.7. Dort heißt es: Ca. 11 Uhr, Forstmeister macht uns darauf aufmerksam, daß wir nach der neuesten Waldbrandverordnung den Forst nicht betreten dürfen. Ca. 12.30 Uhr, der örtliche Gemeindedirektor und Stellvertreter erscheinen und belehren verstärkt. 13 Uhr, Oberforstmeister erscheint und belehrt erneut." – Gemeinsam mit der Polizei und den anderen Staatsorganen sollen die Förster gegen das Volk vorgehen. Nützen wird der Regierung dieser Erlaß allerdings nichts. So ist bereits jetzt bekannt geworden, daß in Niemburg die Initiativen von Waldarbeitern weiterhin mit Tips und Informationen versorgt werden. – (b)

Philippsburg. In Philippsburg ist seit 1970 ein Kernkraftwerk in Bau, der erste Reaktor ist bereits in Betrieb. Die Kraftwerks-AG Philippsburg plant zur Zeit den Ausbau des Kernkraftwerks. Am Mittwoch, dem 13.10., war eine öffentliche Anhörung zu den 7200 Einsprüchen gegen den Bau des zweiten Blocks. Die Erfahrungen mit dem ersten Block reichten aus: Der Grundwasserspiegel würde noch weiter sinken, die Luftfeuchtigkeit noch mehr erhöht, was für die Bauern der Umgebung erhöhte Ausgaben für Schädlingsbekämpfung, mehr Arbeit und Ernteverluste bedeuten würde. Bei der öffentlichen Anhörung wurden die Gegner des Kernkraftwerks mit Polizeigewalt vom Rednerpult gezerrt. Die Bezirkspresse schreibt hierzu: „Die Erörterung des Kernkraftwerks Philippsburg, Block II, dient der Landesregierung zur Anschauung für die anstehenden Genehmigungsverfahren." Daß sie diese Genehmigung mit Polizeigewalt gegen die Bevölkerung durchsetzen will, ist klar. Daß sich das Volk dagegen zusammenschließt, das hat der Erörterungstermin gezeigt.

Freiburg / Wyhl. Am Mittwoch, dem 13.10.76, mußte die „Badische Zeitung" berichten: „Nach Mitteilung der Kernkraftwerk Süd GmbH sollte am Dienstag, 12. Oktober, im Rahmen des Meßdatenabkommens zwischen der Landesregierung, dem Weinbauernverband und der Kernkraftwerk Süd die erste Meßstation ihren Betrieb aufnehmen. Die Station konnte jedoch nicht mit den Messungen beginnen. Unbekannte hatten im Bereich des Rheindammes zwischen Wyhl und Weisweil das Stromzuführungskabel durchgesägt." Landesregierung und Badenwerk stehen vor einem Scherbenhaufen. Sie haben geglaubt, mit der Offenburger Vereinbarung, mit Meßdatenabkommen und mit ihren Gerichten den Widerstand der Kaiserstühler brechen zu können. Die Bauern halten nichts von Messungen und Gutachten, zumal offensichtlich ist, wem diese Messungen dienen. So wurden zum Beispiel die Messungen über Nebelbildung durch das Wasserschiffahrtsamt, Aufsichtsbezirk Breisach, und das Wetteramt Freiburg folgendermaßen durchgeführt: Geräte zur Nebelmessung gibt es keine. Die Arbeiter, die mit den Messungen beauftragt sind, müssen am Morgen die Sichtweite schätzen. („Wenn ich den Baum da vorne noch sehe, dann sind es etwa 50 Meter.") Man kann sich vorstellen, was bei diesen Messungen herauskommen wird. Kein Wunder, daß die Landesregierung von Baden-Württemberg über ihren Staatsanzeiger bekanntgeben läßt: „Das Votum der Sachverständigen gilt." So hätte sie es gerne. „Wir haben das Badenwerk einmal vom Platz verjagt, und wir werden das auch das zweite Mal machen", sagt ein Bauer in Weisweil. Diejenigen Führer der Bürgerinitiativen, die den Kampf sabotieren wollen und den Ausgleich mit der Landesregierung suchen, werden unter Druck gesetzt. Eine Gesamtbürgerinitiativversammlung ist auf Mittwoch, 20.10., in Sasbach durchgesetzt worden. Auf dieser Versammlung sollen die weiteren Kampfschritte geplant werden, unter anderem eine große Demonstration am geplanten Bauplatz, am 31. Oktober, dem Tag, an dem die Offenburger Vereinbarung abgelaufen ist. – (f. / Red.)

Imperialistischer Raubzug und Kriegsvorbereitungen werden vom Bundesministerium für Wirtschaft im Bericht über die Entwicklung in der Energiewirtschaft dargelegt. „Um den Einsatz deutscher Kohle nicht absinken zu lassen . . ., werden die Anreize zum Kohleeinsatz wesentlich verstärkt. Gerade in diesem Sektor ist die Sicherheitsfunktion der deutschen Steinkohle besonders hoch. Die Bundesregierung hält es daher für gerechtfertigt, hierfür dem Stromverbraucher eine gewisse Sicherheitsprämie aufzuerlegen." (Bericht, S. 2) Diese „Sicherheitsprämie" wird aus dem Volk gepreßt. Mit dem sogenannten „Kohlepfennig" soll rückwirkend vom 1. Januar 1976 auf den Strompreis eine von 3,5 auf 4,5 % erhöhte Abgabe erhoben werden. Die kapitalistischen Konzerne sind davon nicht betroffen, erstens haben sie alle Sondertarife, zweitens können sie von der Abgabe gänzlich befreit werden (Bundesgesetzblatt I, S. 3473). Subventioniert werden die großen Energiekonzerne mit dem Kohlepfennig, um ihren Profit bei der Kohleverstromung zu erhöhen. Damit wollen die Imperialisten die „Risikolasten" des „immer noch dominierenden Energieträgers Mineralöl" ausgleichen. Die erdölproduzierenden Länder haben der Ausplünderung ihrer Rohstoffe Grenzen gezogen, „risikoreich" für die Profitsucht der Imperialisten.

Bei der Einschätzung der Fortschritte zur Europäischen Gemeinschaft lassen die westdeutschen Imperialisten heraus, was sie stört: „In der Europäischen Gemeinschaft hielten sich die Fortschritte zu einer echten gemeinschaftlichen Energiepolitik leider in Grenzen, vor allem wegen des Beharrens der Mitgliedstaaten auf nationaler Souveränität." Gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten lassen sie es also heraus: Niederreißung staatlicher Grenzen in der Jagd nach Profit.

Zwei wichtige Schritte zur Kriegsvorbereitung halten die BRD-Imperialisten fest: einmal das Mineralölbevorratungsgesetz, nach dem Raffinerien ab 1.10.76 „Vorräte für 90 Tage, konzernabhhängige Importeure für 70 und die unabhängigen Importeure für 25 Verbrauchstage" zu halten haben. Die letzteren müssen bis 1. Oktober 1980 den Vorrat auf 40 Tage erhöhen. Zweitens die Bemühungen der Bundesregierung zur Zusammenfassung von VEBA und Gelsenberg zu einer „leistungsfähigen deutschen Mineralölgruppe. Die VEBA AG erhöhte mit erheblicher Unterstützung des Bundes ihre Beteiligung an der Gelsenberg AG auf 96 v.H".

„Die von der Bundesregierung im Herbst des vergangenen Jahres beschlossene Vorverlegung der Bildung einer nationalen Kohlereserve ist jetzt begonnen worden. Statt wie ursprünglich vorgesehen im Jahre 1977 sind zu Beginn dieses Monats rund 5 Millionen Tonnen Steinkohle von der Ruhrkohle AG übernommen worden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.76) Erfreut stellt das Bourgeoisieblatt fest, daß die Ruhrkohle AG damit einen hohen Profit gemacht hat. „Abgesehen von dem Kaufpreis, der in die Kasse der Ruhrkohle AG fließt, wird das Unternehmen von Haldenkosten von mehr als 5 Millionen DM im Monat entlastet." Begründet wird das ganze mit „Absicherung gegen Ausfälle in der Energieversorgung, wie zum Beispiel bei einem Boykott durch die Rohöllieferländer". Kriegsvorbereitung also.

Zuschrift über die Auswirkungen von Strontium 90

In dem Artikel über die Wiederaufbereitungsanlage in der KVZ Nr. 39 wird angegeben, daß Strontium an die Luft abgegeben wird. Es wird aber nicht ausgeführt, welche Auswirkungen es hat.

Für den Körper der Menschen ist es nicht möglich, radioaktives Strontium-90 von Kalzium zu unterscheiden. Da er Kalzium dringend braucht und deshalb ständig einlagert, lagert er auch das radioaktive Strontium ein. Das bedeutet, daß in den Zähnen, in den Knochen und in den Blutbildungszentren radioaktive Strahlung das Gewebe bombardiert. Zahn- und Kieferschäden, Knochen- und Blutkrebs (Leukämie) sind die Folge. Bei Kindern, deren Skelett und Zähne sich noch im Aufbau befinden, findet eine besonders intensive Anreicherung des Sr-90 statt. Während der Schwangerschaft aufgenommenenes Strontium 90 reichert sich in den Knochenbildungszentren des Embryos an. Auch in der Muttermilch tritt es konzentriert auf und wird mit dieser an das Kind weitergegeben.

Indem das radioaktive Strontium zerfällt, bombardiert es das umliegende Gewebe mit einem Elektronenhagel. Das ist die eine Ursache seiner schädlichen Wirkung. Zum zweiten aber ist das bei diesem Zerfall neu entstehende chemische Element Yttrium-90 seinerseits auch wieder radioaktiv. Da es chemisch andere Eigenschaften als das Strontium hat, transportiert es der Körper in die Bauchspeicheldrüse, die Hypophyse (Gehirnanhangsdrüse) und in die Keimdrüsen und reichert es dort an. Durch seine radioaktive Strahlung kann es in der Bauchspeicheldrüse Krebs erzeugen und über die Hypophyse die Steuerung des gesamten Hormonhaushalts schädigen. In den Keimdrüsen kann diese Strahlung zu Veränderungen des Erbguts führen. Das bedeutet Mißgeburten, Fehlgeburten und vererbbare Krankheiten.

Die von der Anlage in die Luft abgegebenen radioaktiven Stoffe werden nur zum Teil über die Luft eingeatmet. Zum weitaus größeren Teil sinken sie auf die Oberfläche der Pflanzen und des Bodens nieder. Man schätzt, daß 25 % von Weidegräsern und Nutzpflanzen eingefangen werden und 40 % von Waldbäumen. Der Rest sickert mit dem Regenwasser in den Boden ein. Strontium 90 gelangt so nach kurzer Zeit in tiefere Schichten und schließlich ins Grundwasser. Klar, daß dabei schon jede Pflanze ihren Anteil an radioaktiven Strontium herauszieht. Bei Pflanzen mit unterirdischen Speicherorganen wie Kartoffeln, Karotten, Rüben wird das Strontium in diesen Organen angereichert. Bei der Ernte von Kartoffeln auf strontiumverseuchtem Boden hat man den größten Teil in der Knolle gefunden. Für die Profite der Kernkraftwerkskapitalisten wird der Ruin der Bauern beschleunigt, die Gesundheit des Volkes ruiniert und die Erde zugrundegerichtet. – (a., GUV Freiburg)

Hannover. Am 15.10. hat die „Hannoversche Allgemeine" in einem Artikel herausgelassen, welch strategische Bedeutung die geplante Wiederaufbereitungsanlage von Atommüll für die westdeutsche Bourgeoisie hat: Sie spielt eine Schlüsselrolle für die atomare Aufrüstung. „Bis zur Entwicklung neuerer Technologien bilden die Wiederaufbereitungsanlagen das entscheidende Glied in der Kette nuklearer Rüstung. Sie liefern das Plutonium. Ein Staat, der über eine solche Anlage verfügt, kann innerhalb relativ kurzer Frist – in wenigen Wochen oder Tagen – explosionsreifes Material herstellen. Eine internationale Überwachung . . . wird wirkungslos." Die BRD ist heute im Kriegsfall auf die Versorgung mit Atomwaffen aus den USA angewiesen.

„Reaktionen, die ebensoheftig wie die von Wyhl am Oberrhein sein könnten", befürchtete die „Hannoversche Allgemeine" bereits vor zwei Wochen. Dem soll vorgebeugt werden. Es wird vorgeschlagen, „bereits im gegenwärtigen Stadium der Vorplanung eine gemeinsame Kommission zu bilden . . . , in der sich Gegner und Befürworter . . . zusammensetzen, bevor es daraus zu – wie es heute aussieht – unvermeidlichen Zusammenstößen kommt". Dieses Abwiegelungsmanöver ist durchsichtig. Die Bürgerinitiativen planen jetzt eine Großveranstaltung in Lichtenmoor, um die Einheit der Initiativen der verschiedenen Orte herzustellen.

München. Mit einem einwöchigen Hungerstreik setzten 25 griechische Schüler mit der Unterstützung ihrer Eltern und zahlreichen fortschrittlichen griechischen Organisationen ihre Forderungen gegen die griechische Schulbehörde (Ministerium) durch, daß die zwei Oberklassen der kürzlich geschlossenen Othonischen Schule in die gleichartige Konsulatsschule ohne Aufnahmeprüfung übernommen werden. Die Schüler setzten ihren Kampf gegen die Drohungen der Polizei solange fort, bis auch ihre zweite Forderung erfüllt war, daß über den Kampf in den griechischen Nachrichten des Bayrischen Rundfunks berichtet wird.

Der Deutsche Städtetag hat am 14. Oktober beschlossen, die Volksmassen über die Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr verstärkt auszuplündern. Beschlossen wurde, eine Angleichung der Tarifsysteme im öffentlichen Nahverkehr anzustreben. Dabei sollen in Großstädten 60 Prozent, in kleineren Städten 70 Prozent und auf dem Land, wo das Verkehrsnetz sowieso am schlechtesten ist, sogar 80 Prozent der Kosten durch die Tarife gedeckt werden. Städtetag-Vorsitzender Koschnick, Bürgermeister von Bremen, gab offen zu, „das könne in einigen Bereichen auch zu Tariferhöhungen führen". Dies liegt auch auf der Linie der Bundesregierung: „Allgemein wächst bei den Trägern des öffentlichen Personennahverkehrs die Erkenntnis, daß die Tarifeinnahmen der Kostenentwicklung kontinuierlich und in angemessener Höhe angepaßt werden müssen. (. . .) Das zeigt die tarifpolitische Entwicklung der letzten Zeit." (Bericht über die Folgekosten des öffentlichen Personennahverkehrs, 12. Januar 1975) Wohin die Gelder fließen, zeigt die Tatsache, daß die Verkehrsbetriebe in Bremen jährlich allein „Konzessionsabgaben" von 20 Millionen DM an die Stadt bezahlen.

Die Erhöhung der städtischen Gebühren für Strom, Gas, Wasser usw. planen die bürgerlichen Politiker in Kiel, Westberlin und anderen Städten. Kein *Einnahmeposten* stieg 1975 ähnlich stark: 2 Milliarden oder 13,5 % mehr als 1974 mußten die Massen 1975 an Gebühren zahlen – Fahrpreiserhöhungen noch nicht eingeschlossen! Unter den *Ausgaben* der Gemeinden stieg kein Posten so wie die *Zinszahlungen:* 1975 hat die Finanzbourgeoisie 9,98 Milliarden aus den Gemeindehaushalten als Zinsen geschluckt, 1,18 Milliarden mehr als 1974. Die Schuldensumme von **Seesen** wuchs 1970 bis 1974 um 94 % – von 14,673 Millionen auf 28,465 Millionen. Die Badepreise für Familienkarten stiegen im Juli 1976 um 15 DM auf 50 DM, die Jugendkarte um 50 %. Die Gaspreise stiegen 1975 auf 58 Pfennig (Kapitalistentarif: 25 Pfennig). Vor kurzem sind sie erneut um 2 Pfennig pro Kubikmeter gestiegen. Über die Gebührenerhöhungen zieht das Finanzkapital seine wachsenden Tribute aus den Volksmassen.

Kiel. Amtsenthebung des AStA der Pädagogischen Hochschule Kiel – Besetzung der AStA-Räume beschlossen. Am 16. September hat das Präsidium der Pädagogischen Hochschule Kiel auf Anweisung des Kultusministeriums den AStA der Pädagogischen Hochschule mit sofortiger Wirkung amtsenthoben. Begründet wurde dies damit, daß die Wahl des AStA Anfang dieses Jahres nach der von der Studentenschaft selbst erarbeiteten und auf Vollversammlungen beschlossenen Satzung erfolgt ist und nicht nach der vom Staat den Studenten gegen ihren Willen verordneten Satzung. Mit fast der gleichen Begründung wurden zwei Wochen zuvor der AStA und das Studentenparlament der Fachhochschule Lübeck abgesetzt.

Auf einer Veranstaltung der Landesastenkonferenz Schleswig-Holstein mit ca. 200 Teilnehmern Anfang Oktober wurde auf Vorschlag der Roten Zellen, der studentischen Massenorganisation des KBW in Kiel, beschlossen, den PH-AStA zu verteidigen und die AStA-Räume zum angeordneten Räumungstermin zu besetzen. Ein Aktionsausschuß aus Vertretern von ASten, Fachschaften und Fachschaftsgruppen und den politischen Organisationen, die die Besetzung unterstützen, wurde gebildet.

Die Jusos, die mit Ausnahme des PH-AStA sämtliche Kieler ASten in den Händen halten, hatten sich mit allen Mitteln gegen diesen Beschluß gesperrt, die Revisionisten und verschiedenen Opportunisten, insbesondere der KB Nord, hatten zwar „im Prinzip" zugestimmt, aber mit verschiedensten Ausflüchten und Bedingungen den Kampf zu vermeiden gesucht. Sie alle wurden jedoch in den Tagen darauf gezwungen, sich an die Bewegung anzuhängen. „Unserer Meinung nach ist der Zug jetzt abgefahren. Der PH-AStA wird besetzt. Man muß jetzt das Beste daraus machen", erklärte der Juso-AStA der Universität seine geänderte Haltung.

Ein erster Erfolg wurde bereits errungen: Die sofortige Wirkung des Amtsenthebungsbescheids wurde vom Verwaltungsgericht Schleswig aufgehoben. Der angeordnete Räumungstermin ist vorerst hinfällig.

Von den ca. 200 Teilnehmern eines Teach-ins wurde daraufhin beschlossen: Der Kampf wird weitergeführt, bis die Amtsenthebung vom Tisch ist. Wenn die Räumungsanordnung rechtskräftig werden sollte, wird sofort der PH-AStA besetzt. – (o., Kiel)

Göttingen. Praktisches Jahr der Medizinstudenten. Am 11.10. verabschiedete die Mitgliederversammlung der ÖTV an den Universitätskliniken in Göttingen eine Erklärung zum rechtlosen Status der Medizinstudenten im Internatsjahr. In der Erklärung wird u.a. festgehalten: „Der staatliche Dienstherr betreibt systematisch die Spaltung der Belegschaft, um sie gespalten besser schlagen zu können. Ein beliebtes Mittel ist es, bestimmte Teile der Belegschaft im Lohn und rechtlich unter das Niveau der übrigen Bevölkerung zu drücken. Um Rationalisierung, Lohnabbau und Entrechtung entgegenzutreten, muß die Belegschaft einheitlich vorgehen. Wir können es deshalb nicht zulassen, daß der Staat die Internatsstudenten von der Belegschaft abspaltet."

100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1 500 DM, rückwirkend ab 1. Oktober

Mit dem Haushaltsstrukturgesetz vor einem Jahr hat die herrschende Klasse festgelegt: Die Mittel nach Bundesausbildungsförderungsgesetz zur Finanzierung der Studienkosten und des Lebensunterhalts der Studentenmassen werden nicht erhöht, sondern gesenkt. Während die Reallöhne sinken, versucht die herrschende Klasse damit noch weitere Mittel aus dem Lohn der Eltern abzupressen für die Finanzierung der Studienkosten ihrer Kinder an den Hochschulen. Und während der Druck der Prüfungen und Studienanforderungen auf die Studentenmassen täglich verschärft wird, treibt die herrschende Kapitalistenklasse die Studentenmassen in immer größerem Umfang dazu, ihre Arbeitskraft neben dem Studium her noch einem Kapitalisten zu verkaufen, um sich über Wasser zu halten. Darüber reiben sich die Finanzkapitalisten die Hände: Das Hungerdasein der Studentenmassen macht ihnen die Ausbildung ihres Funktionärsnachwuchses an den Hochschulen billiger; den Druck auf das Lohnniveau, der mit dieser Lage verbunden ist, betrachten sie als segensreich; von der wachsenden Abhängigkeit, in die die Studentenmassen aufgrund dieser Lage gegenüber den Regierungsbeamten an den Hochschulen geraten, träumen sie schon lange. Aber die Bourgeois haben die Rechnung ohne die Studentenmassen gemacht. An fast jeder Hochschule finden Aktionen statt oder werden Versammlungen und Beratungen einberufen, um sich gegen diese Lage zur Wehr zu setzen.

Während die Regierung sich jetzt in einer Parlamentsmitteilung des langen und breiten ausläßt über die Notwendigkeit der „Berücksichtigung aller Faktoren" bei einer Überprüfung der BAFöG-Sätze, vor allem der „finanzpolitischen Notwendigkeiten", um Zeit zu gewinnen und über ihre reaktionären Absichten hinwegzutäuschen, dekken die Studenten durch Umfragen und Erhebungen die Lebensverhältnisse auf, unter denen sie zum Studium gezwungen sind. So ergibt zum Beispiel eine Umfrage der Aktionsgruppe am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt: Nur 12 % der Studenten erhalten 500 DM BAFöG, den Höchstsatz. 91 % der Studenten gaben an, darauf angewiesen zu sein, nebenher zu arbeiten. Insgesamt erhalten nur 40 % der Studenten überhaupt Geld nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. So müssen über 50 % der Studenten mit weniger als 540 DM im Monat auskommen. Jeder sechste Student hat 400 DM und weniger, um die Kosten für Lebensunterhalt und Studium zu bezahlen.

Diese Verhältnisse zwingen zum Widerstand, und dieser Widerstand entwickelt sich schwungvoll. Es kommt zu Aktionen gegen die BAFöG-Ämter, die die Zahlung verschleppen oder sich weigern, Übergangsgelder zu bezahlen, und mit Boykott und Aktionen wird geantwortet auf eine Reihe von Maßnahmen, mit denen die herrschende Klasse beabsichtigt, einen weiteren Teil der Ausbildungskosten auf die Studentenmassen und ihre Eltern abzuwälzen. So haben z.B. an der kleinen Fachhochschule in Furtwangen, Baden-Württemberg, in der vergangenen Woche rund 400 Studenten mit überwältigender Mehrheit den Boykott der Ersatzgelder und eine Urabstimmung für Streik Ende November beschlossen. Nach der Demonstration von 3 000 Studenten in Tübingen gegen die Ersatzgelder und die Koppelung ihrer Bezahlung an die Rückmeldung haben jetzt die Reaktionäre beschlossen, daß die Koppelung aufrechterhalten wird und die boykottierenden Studenten auch im November kein BAFöG bekommen sollen. In den Fächern Mathematik, Chemie und Wirtschaftswissenschaften haben die Studenten schon beschlossen, die Vorlesungen zu Semesterbeginn lahmzulegen und gegen Reaktionäre, die diese Politik betreiben, vorzugehen. Schon die Erstsemester sind in die Auseinandersetzung mit einbezogen. Circa 30 Erstsemester im Fach Medizin haben auf einer von der Fachschaft Heidelberg einberufenen Versammlung gegen die Einführung von 12 DM Ersatzgeld im Biologie-Praktikum beschlossen: „Die Vorlesung und der Kurs beginnen nicht, ohne daß die Ersatzgelder zurückgenommen sind." Dazu haben die Erstsemesterstudenten ein Flugblatt verfaßt, um die Diskussion am kommenden Dienstag bei Vorlesungsbeginn vorzubereiten.

Gegen die Ausplünderung durch die von den Studenten finanzierten und von der Bourgeoisie verwalteten Sozialeinrichtungen wird der Kampf fortgesetzt: An der Braunschweiger Universität z.B. wollte der Vorstand des Studentenwerkes am Dienstag dieser Woche nach mehrmaligen gescheiterten Versuchen jetzt schließlich eine Mensapreiserhöhung von 1,40 auf 1,80 beschließen. Dazu hatte sich der Vorstand als Tagungsort das polizeigeschützte Gebäude des niedersächsischen Verwaltungspräsidenten ausersehen. Am Tag davor enthüllten die Studenten an der Mensa diese Absichten und riefen zur Sprengung der Sitzung auf. Da traute sich der Vorstand nicht mehr und vertagte die Sitzung.

Die Kämpfe der Studenten sind zersplittert, aber schon sehr kraftvoll. Immer häufiger sehen die Studentenmassen, daß es dummes Gerede ist, wenn gesagt wird: „Die Studenten können nichts machen."

Wenn man sich zusammenschließt, so kann man „etwas machen". In Westberlin konnte ein Historiker-Seminarleiter gezwungen werden, einen klaren Plan für sein Seminar mit konkreten Themenstellungen für die Referate vorzulegen, nachdem er zuvor eine Literaturliste vorgelegt hatte, die 123 Titel umfaßte. In einem anderen Seminar konnte ein übergeschnappter Soziologe auf weniger als 300 Seiten Stoff heruntergezwungen werden.

In diesen vielen schwungvollen, aber eben zersplitterten Kämpfen sammelt die Studentenbewegung nicht nur wertvolle Erfahrungen, sondern auch Kraft.

Aktionen und Beschlüsse gegen das Ausbildungsförderungsgesetz

Osnabrück. Auf einer Stundenplanbesprechung der Sportstudenten der Universität Osnabrück, auf der mit etwa 180 Teilnehmern alle Sportstudenten vertreten waren, wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen: 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger und Erhöhung der Elternfreibeträge auf 1 500 DM rückwirkend ab 1. Oktober durch vertragliche Regelung sowie eine außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung, um über die Forderung und Streik zur Durchsetzung zu beschließen. Der AStA der Universität wurde aufgefordert, entsprechend diesem Beschluß im Zentralrat der VDS tätig zu werden.

Hildesheim. An der Fachhochschule, Fachbereich Pädagogik, haben bei der Rückmeldung für den Semesterbeginn von zirka 200 Studenten 100 Studenten die folgenden Forderungen unterschrieben:
Mitgliederversammlung der VDS vor dem 24.12. Aktionen an allen Hochschulen. 100 DM mehr BAFöG. 1 500 DM Elternfreibetrag.

Das wurde als Telegramm an den Zentralrat der VDS geschickt.

Heidelberg. Die Zahlung von 2 100 DM Überbrückungsgeld für 6 Studenten erzwangen am letzten Freitag über 50 Studenten mit ihren Fachschafts- und einem AStA-Vertreter von der Leiterin des BAFöG-Amtes, als sie in ihr Zimmer eindrangen.

Gegenüber den Regierungsbeamten auf dem BAFöG-Amt erhoben die anwesenden Studenten einmütig die Forderung nach 100 DM mehr, 1 500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1. Oktober. Unter großem Beifall wurde diese auch für die Regierungsbeamten immer sichtbar an einer Wand im BAFöG-Amt angebracht.

Am Donnerstag dieser Woche wird eine Vollversammlung aller Institutsgruppen über diese Forderungen und unbefristeten Streik zu ihrer Durchsetzung beraten, um darüber zu beschließen.

Hannover. Am Samstag, dem 16. September, fand eine Ratssitzung der niedersächsischen Fachhochschulstudentenschaften (VIS) statt. Auf der Sitzung wurde von den VIS-Ratsmitgliedern Kritik geübt an der Arbeit des VDS-Vorstandes, der bis jetzt sich noch nicht zu den VIS-Resolutionen „Aktionen im Wintersemester" und zum „BAFöG" geäußert hat. Der VIS-Vorstand wurde beauftragt, zu der Einladung der Landesastenkonferenz Nordrhein-Westfalen zu einer Bundes-Astenkonferenz der Fachhochschulasten am 28./29.?10.1976 einen Brief zu schreiben. Das „Bundesastentreffen" soll nach der Einladung beraten über einen Streik an der Fachhochschule gegen das Hochschulrahmengesetz und gegen die Kultusministerkonferenzbeschlüsse vom April zur Einschränkung des Übergangs von Fachhochschulabsolventen an die Universitäten.

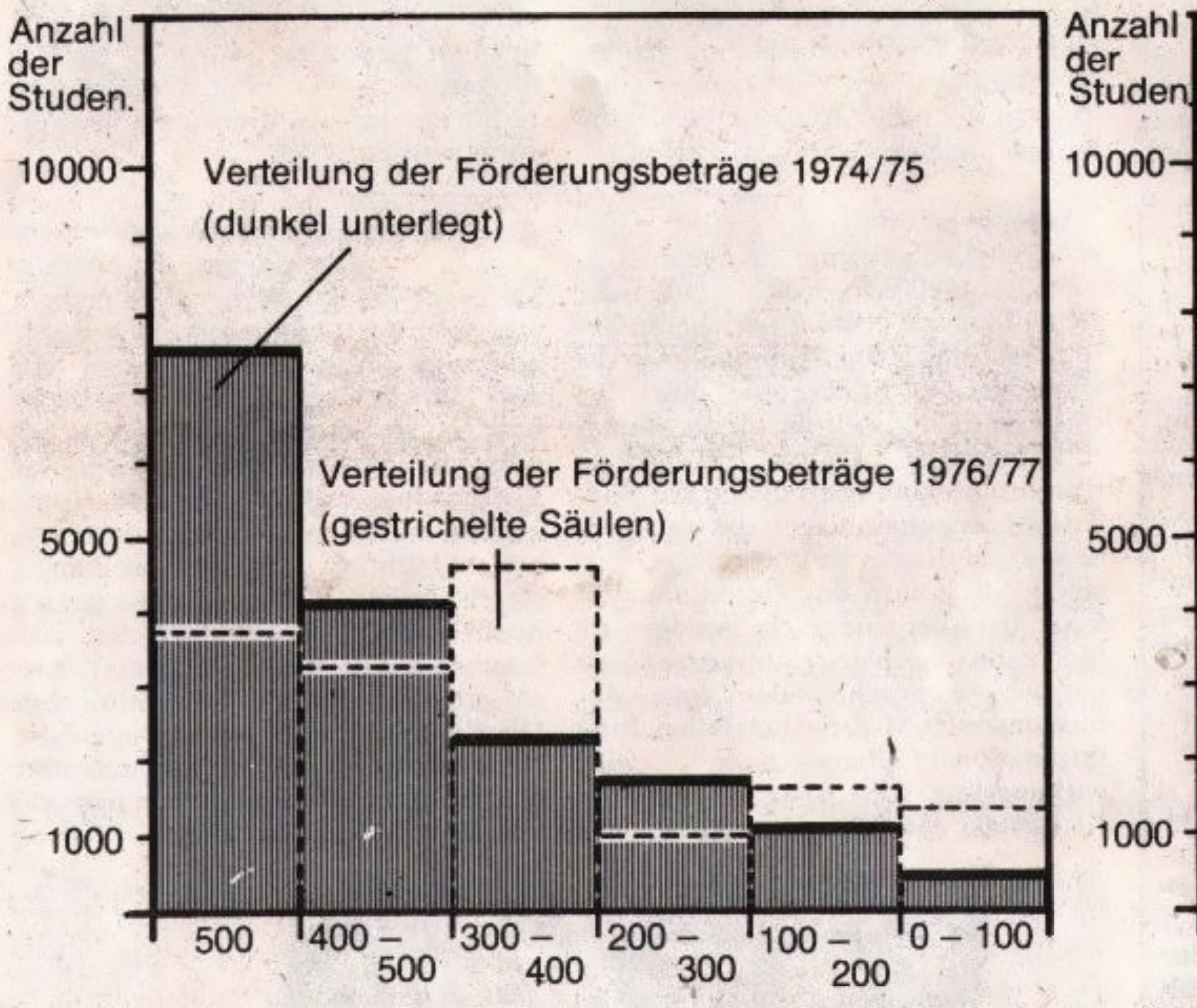
Der Inhalt des Briefes wurde festgelegt: Keine Einberufung einer Bundesastenkonferenz, sondern einer VDS-Mitgliederversammlung, die zum Thema die BAFöG-Forderungen und im Zusammenhang das Hochschulrahmengesetz hat.

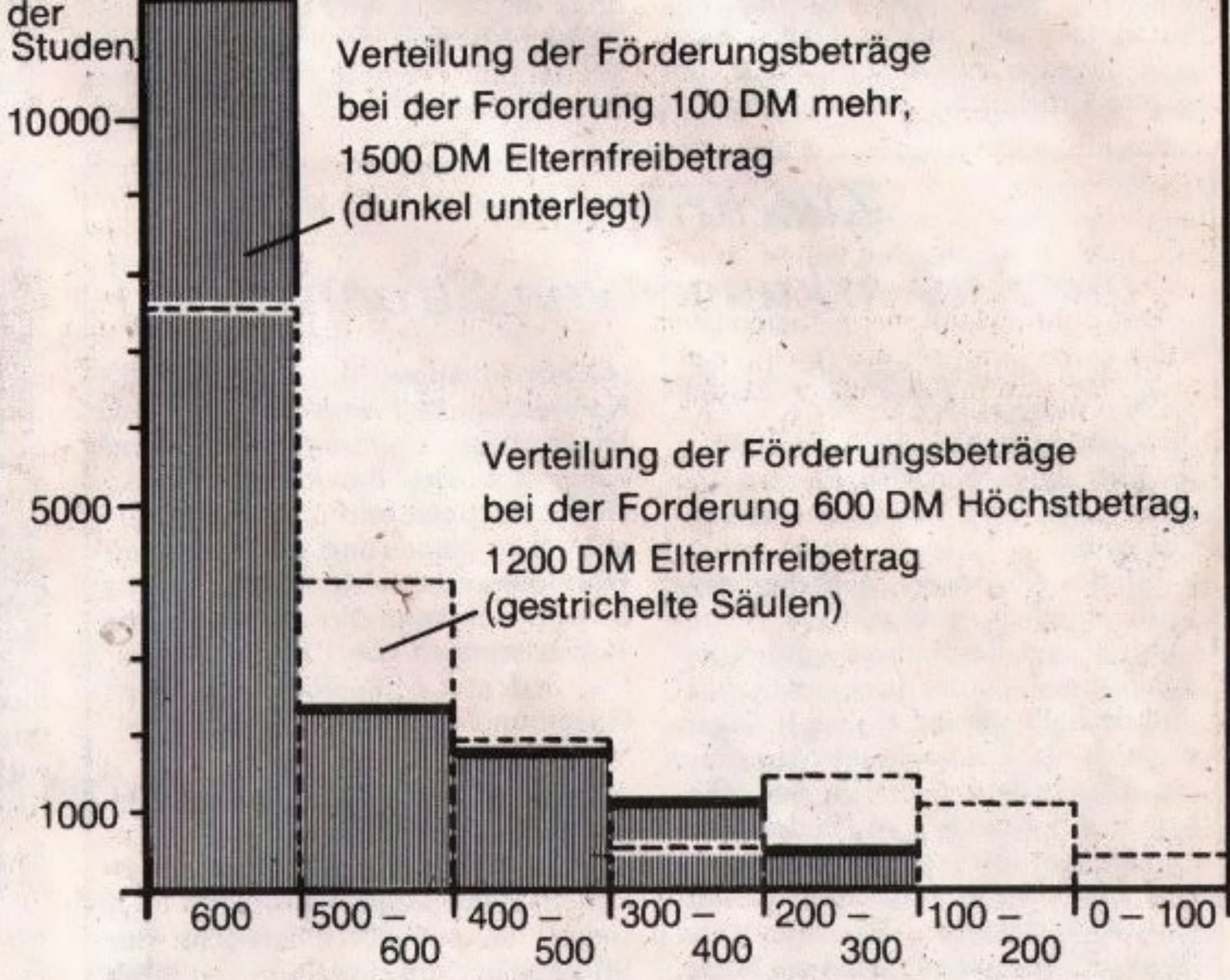
Der Antrag, die BAFöG-Resolution dahingehend zu ändern, daß der Elternfreibetrag nicht auf 1200, sondern auf 1 500 DM erhöht werden soll, fand große Zustimmung. Bedenken wurden geäußert, ob die Forderung nach 100 DM mehr BAFöG hoch genug ist. Das soll bis zur nächsten Ratssitzung untersucht werden.

Der AStA der Universität Osnabrück hat die Forderungen, wie sie von den Sportstudenten beschlossen wurden, ebenfalls unterstützt mit drei Stimmen gegen die Stimmen der beiden bei der AStA-Sitzung anwesenden sozialdemokratischen AStA-Mitglieder. Beschlüsse, die die Resolution des VIS Niedersachsen an den VDS-Zentralrat unterstützen, sind der Redaktion weiter bekannt vom Fachschaftsrat Geschichte der Technischen Universität Braunschweig, vom Studentenrat der Hochschule für Künste und Kunstpädagogen in Westberlin, von der Vollversammlung der Fachhochschule Nienburg, an der sich 120 Studenten von 300 eingeschriebenen beteiligten.

Osnabrück. An der Fachhochschule Osnabrück sollte eine neue Belegungsordnung eingeführt werden, die das Sitzenbleiben faktisch wieder einführt. Äußerung eines Dozenten dazu: „Schließlich ist es auch für einen Studenten besser, wenn er schon im ersten Semester merkt, daß er für das Studium nicht geeignet ist, als daß er bis zum vierten Semester weiter studiert." Die Einführung der Belegungsordnung wurde jedoch durch einen Streik und durch die massive Anwesenheit der Studenten bei einer öffentlichen Senatssitzung zurückgeschlagen.

Darmstadt. Gegen die Versuche der Jusos im AStA, eine Mensapreiserhöhung durchzusetzen, hat die Vollversammlung der Technischen Hochschule am 19.10. den aktiven sofortigen Boykott der Mensa beschlossen, bis die Ausgabe eines zweiten, teureren Essens zurückgenommen wird und es wieder ein einheitliches Essen zu 1,70 DM gibt. Die Jusos wollten den Studenten weismachen, Studenten und Studentenwerk müßten an einem Strang ziehen und sie verfolgten die gleichen Interessen. Dazu hatten sie den Geschäftsführer des Studentenwerkes aufgeboten, der mit Engelszungen davon redete, daß sich das Studentenwerk schon immer für die Interessen der Studenten eingesetzt habe. Die Studenten kennen aber das Studentenwerk als Kläger vor Gericht, um die erhöhten Wohnheimmieten einzutreiben, sie kennen diese Tricks der allmählichen Essenspreiserhöhung aus den Erfahrungen von vor zwei Jahren und wollen die Rücknahme der Preiserhöhungen keineswegs mit Bittgesuchen des Studentenwerks und „hessenweiten" Kampagnen (Juso/AStA-Vorschlag) auf die lange Bank schieben. Die Studenten kennen das Studentenwerk als verlängerten Arm des Staates, der sie in materieller Abhängigkeit und politischer Unterdrückung halten will. Obwohl der Antrag der KHG, eine außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS zur Vorbereitung eines bundesweiten Streiks für 100 DM mehr pro Monat für alle BAFöG-Empfänger und eine Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1 500 DM rückwirkend ab 1.10.76 auf dieser Vollversammlung noch keine Mehrheit fand, konnte die versöhnlerische Linie der Jusos an einem entscheidenden Punkt – nämlich Kampfmaßnahmen gegen die Plünderpolitik des Studentenwerkes oder nicht – bereits geschlagen werden.





Die herrschende Klasse hütet die ungeheure Datenmasse, die sie den Studenten über die BAFöG-Ämter abverlangt, wie ein Staatsgeheimnis. Sie weiß warum. Wir haben in den Schaubildern anhand einer Verteilung, die das Westberliner Amt für Ausbildungsförderung für den Zeitraum 1974/75 über die Höhe der Förderungsbeträge von 17 103 Studenten gegeben hat, die Wirkung der Förderungspolitik der herrschenden Klasse untersucht:

Im linken Schaubild stellen die dunkel unterlegten Säulen die Anzahl der mit dem jeweiligen Betrag 1974/75 geförderten Studenten nach den Angaben des Westberliner Amtes dar. Die gestrichelten Säulenmarkierungen in diesem Schaubild geben eine Schätzung darüber, wie sich diese Verteilung jetzt, wo für die meisten geförderten Studenten der Förderungszeitraum 1976/77 beginnt, darstellt: Die größte Anzahl von Studenten liegt jetzt zwischen 300 und 400 DM; fast 10 Prozent der 74/75 geförderten Studenten bekommen jetzt gar nichts mehr, und der Anteil der Studenten, die weniger als 400 DM Förderung erhalten, macht mehr als die Hälfte aus. Selbst unberücksichtigt gelassen der Anstieg der Kosten in diesem Zeitraum, haben es die Kapitalisten fertig gebracht, runde 20 Prozent der Ausbildungskosten gegenüber 74/75 abzuwälzen auf die Studentenmassen und ihre Eltern.

Das ist die segensreiche Wirkung ihres Förderungssystems, das mit seinem Gestrüpp von Freibetragsregelungen erstens zwangsläufig dazu führt, daß die Eltern bei steigendem Nominaleinkommen mehr Lohn abzweigen sollen für den Lebensunterhalt ihrer Kinder und zweitens all dies auch noch „individuell" regelt, was sich im Ergebnis in einer beträchtlichen Spreizung der Verteilung in Richtung der unteren Förderungsbeträge niederschlägt.

Das rechte Schaubild zeigt in den dunkel unterlegten Säulen, daß diese Politik auf der Grundlage der Forderung nach Erhöhung des Elternfreibetrags auf 1 500 DM und einheitlich 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger bekämpft werden kann. Mit Hilfe dieser Forderung kann die herrschende Klasse gezwungen werden, für über zwei Drittel der 74/75 geförderten Studenten den notwendigen Betrag von 600 DM zu zahlen. Das sind 25 bis 30 Prozent aller Studenten. Keiner der bisher Geförderten würde unter 200 DM bleiben, und gleichzeitig wird durch diese Forderung die herrschende Klasse gezwungen, für eine größere Anzahl von Studenten überhaupt etwas zu bezahlen.

Diese Forderung ist keine, über die man sich mit der herrschenden Klasse einigen kann: Man kann sie nur erkämpfen, und man kann dafür kämpfen, weil sie den Spaltungs- und Betrugsmanövern der herrschenden Klasse einen Riegel vorschiebt und einheitlich festhält, was herauskommen muß. Das hat die Jusos und Revisionisten aufgeschreckt: Sie haben die Forderung von 600 DM Höchstbetrag und 1 200 DM Freibetrag wieder hervorgeholt und preisen sie damit an, daß sie dem BAFöG-System entspreche. Diese Entsprechung kann man gut studieren (siehe gestrichelt markierte Säulen im rechten Schaubild). Es ist eine Entsprechung in Richtung Verteilung auf die unteren Förderungsbeträge. Die Durchführung lassen sie gleich der Regierung. Auf der Zentralratssitzung der VDS am 19.10. haben sie erklärt, daß es jetzt „nicht um die Organisierung eines Kampfes gehe", sondern daß „die Regierung gezwungen werden müsse, die BAFöG-Sätze im April 1977 zu überprüfen".

Ein Soldat aus dem Pionierbataillon 7 (Höxter) berichtet über die ersten zwei Wochen

„Diese Zustände sind nicht zu verteidigen, sie gehören abgeschafft“

Am Montag, dem 3. Oktober, begann für uns 200 Arbeiter, Angestellte und Schüler eine Ausbildung, zu der die meisten zwangsverpflichtet worden sind: die Ausbildung zum Soldaten in der 4. Kompanie/Pionierbataillon 7 in Höxter. Die Bourgeoisie ist zahlenmäßig viel zu schwach, um ihre Herrschaft zu erhalten. Sie muß deshalb die Jugend des Volkes in die Armee pressen. Sie versucht mit verschiedenen Methoden, die zum Volk gehörigen Soldaten zu zwingen, ihre imperialistischen Interessen zu verfolgen.

Die wichtigste Maßnahme bei diesem Vorhaben ist die Trennung der Soldaten vom Volk. Wir werden in Kasernen gesperrt, weit weg von unseren Heimatorten, um jegliche Verbindung zu unseren Kollegen und Freunden zu verlieren. Bei der Verfolgung ihrer Interessen geht die Bourgeoisie über Leichen. Allein in der ersten Oktoberwoche sind in der BRD 11 Soldaten auf der Heimfahrt ums Leben gekommen.

Die Bourgeoisie weiß, daß ihre Interessen den Interessen der Soldaten direkt entgegengesetzt sind. Deshalb sperrt sie uns in Kasernen, damit die Kontrolle lückenlos ist und um uns zu willenlosen Befehlsempfängern hinzubiegen. Wir werden in der Kaserne einer entwürdigenden Behandlung unterworfen: Schikane und Unterdrükkung vom ersten Tag an; um 10 Uhr haben wir in den Betten zu liegen, drei Monate lang werden wir wie die Hampelmänner zum Essen geführt; in der Stube darf kein Staubkorn zu finden sein; die Hemden müssen auf DIN A4 gefaltet werden; das gesamte Leben ist von oben bis unten reglementiert. Ständig wird mit Zusatzdienst und Wochenendstreichung gedroht. Das soll die Kameraden einschüchtern und spalten, denn keiner will auch nur eine Sekunde länger in der Kaserne bleiben als eben nötig.

Gleichzeitig wurden wir schon in der ersten Woche belehrt, nichts, aber auch gar nichts über unser soldatisches Leben in der Öffentlichkeit zu erzählen, da wir schließlich alle Geheimnisträger seien und man schließlich nie wüßte, wer ein feindlicher Agent sei. Es zeugt von realistischer Einschätzung durch die Bourgeoisie, wenn sie das gesamte Volk der BRD als ihren möglichen Feind betrachtet. Denn erstens werden sich die Soldaten nicht vom Volk trennen lassen, und sie werden über die Zustände in der Bundeswehr berichten, und zweitens werden die Arbeiterklasse und das Volk dafür sorgen, daß dieses Pack so schnell wie möglich verschwindet.

Obwohl die Bourgeoisie die Armee braucht, sind die Soldaten für sie leicht ersetzbares Material. Die Gesundheit der Soldaten wird systematisch ruiniert. Von den Offizieren hört man des öfteren: „Wann Sie nicht mehr können, das bestimme ich.“ Die Kompanieführung macht für das Zusammenbrechen der Kameraden ihren „inneren Schweinehund“ verantwortlich, den es gilt zu überwinden. Dabei weiß jeder Soldat, daß sein „innerer Schweinehund“ in Form der Offiziere über ihm thront, und den gilt es wahrhaftig zu überwinden.

Die Erfahrungen mit dem Sanitätsbereich in den ersten zwei Wochen sind entsprechend: Kameraden mit Lungenentzündung und ausgekugeltem Arm wurden dienstfähig geschrieben, Teile der Kompanie wurden falsch gespritzt, einige Kameraden bluteten nach einer Tetanus-Spritze wie die Schweine. Die Kameraden beginnen zu merken: Die Bourgeoisie braucht Kanonenfutter für ihre imperialistischen Kriege, und dazu sollen sie verwandt werden. Dagegen entwickelt sich Widerstand. Der Sanitätsunterricht wurde umfunktioniert, und die Kameraden gaben dem Sanitätsoffizier Unterricht über diese Zustände. Dem Offizier fiel zur Verteidigung bald nichts mehr ein, da diese Zustände nicht zu verteidigen sind – sie gehören abgeschafft.

Die ideologische Einstimmung wird vom Kompaniechef, Hauptmann Klingrad, persönlich im Unterricht „innere Führung und Recht“ vorgenommen. Sein wichtigstes Anliegen ist es, den Soldaten die Kameradschaftsideologie unterzujubeln. Damit meint er, daß das Offizierspack und die Mannschaften zusammenstehen müßten für ihre gemeinsamen Interessen: Recht und Freiheit. Tagtäglich merken die Kameraden, daß da wohl etwas nicht stimmen kann. Ihr Recht und ihre Freiheit ist im Zivilleben das Recht auf Lohnarbeit, das Recht, sich ausbeuten zu lassen, und bei der Armee das Recht, bedingungslos zu gehorchen und sich dafür mit 165 DM im Monat abspeisen zu lassen. Der Hauptmann meint das Recht und die Freiheit der Kapitalistenklasse auf Ausbeutung der Lohnarbeit und Privateigentum. Ein Soldat meinte dazu: „Wir sollen unsere Knochen für diesen Staat hinhalten und kriegen nichts dafür, wenn wir dabei draufgehen, bekommen unsere Angehörigen ebenfalls nichts. Das ist eine große Schweinerei.“ Dafür bekam er den meisten Beifall. Hauptmann Klingrad: „Was wir hier machen, basiert alles auf gesetzlichen Vorschriften.“ Die Antwort eines Soldaten: „Das zeigt nur, daß die Gesetze schlecht sind, also müssen sie weg.“

Auf den imperialistischen Charakter der BRD angesprochen, weigerte sich der Hauptmann, das vor der ganzen Kompanie zu diskutieren, und brach den Unterricht ab.

Der Charakter der BRD stand einige Tage später wieder zur Diskussion. Da der Oberleutnant in Schwierigkeiten kam, griff der Hauptmann erneut ein. „Es ist müßig, über Dinge zu sprechen, die vom Staat festgelegt worden sind.“ Das fanden die Kameraden absolut nicht. Hauptmann Klingrad: „Die Bundeswehr ist überparteilich.“ Da grinsten die Kameraden, und als dann einer aufstand und zu beweisen begann, daß die Bundeswehr eine imperialistische Armee ist, befahl der Hauptmann ihm zu schweigen und schrie: „Hier herrscht immer noch das System von Befehl und Gehorsam.“

Die Kameraden haben verstanden. Nichts haben sie mit der höheren Offiziersclique gemeinsam. Deshalb gehen sie jetzt daran, Mannschaftsversammlungen zu fordern, auf denen sie ihre Interessen diskutieren können und auf welchem Programm dann ihr Vertrauensmann gewählt werden soll, der ihr konsequenter Interessenvertreter gegenüber der Kompanieführung zu sein hat und nicht deren Helfer, wie es das Gesetz vorschreibt. – (h., Höxter / Red.)

seien und man schließlich nie wüßte, ideologie unterzujubeln. Damit meint lungen zu fordern, auf denen sie ihre

Sontra (Hessen). Den Panzerschützen Arendt aus dem 1. Panzeraufklärungsbataillon 65 haben die Offiziere 21 Tage in Arrest gesperrt. Der Anlaß ist eine Presseerklärung, in der er eine andere Disziplinarstrafe gegen sich wegen Teilnahme an einer 1. Mai-Demonstration enthüllt und angreift. (Siehe KVZ Nr. 36) Wegen seines Disziplinarverfahrens wurde die Kandidatur zu den Vertrauensmann-Wahlen verboten. So wollten die Offiziere einen Schlag gegen den Zusammenschluß der Soldaten auf Forderungen wie Dienstausgleich für den Wochenenddienst, Verlängerung des Nachtausgangs und anderen zu verhindern. Sie haben sich geschnitten. Ein anderer Soldat wurde zum Vertrauensmann gewählt. Er hat erklärt, er unterstütze diese Forderungen.

Im Arrest wollen die Offiziere einen Kernpunkt des „Übels“ beseitigen: die revolutionäre Weltanschauung. Sämtliche marxistisch-leninistischen Bücher und Zeitungen wurden Arendt entzogen. Zur Begründung heißt es, daß er während der Verbüßung seiner Disziplinarstrafe Distanz zu seiner bisherigen Gedankenwelt bekommen solle, die ihn zu seiner Pflichtverletzung getrieben habe. Die Disziplinarstrafe solle erzieherisch wirken. Das marxistisch-leninistische Schulungsmaterial sei nicht geeignet, diesen Prozeß zu fördern, da der Arrestant vor dem gleichen Hintergrund die Presseerklärung geschrieben habe.

In „Wehrausbildung“, der „Zeitschrift für den Unteroffizier“, herausgegeben „in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verteidigung“ wird eine siebenteilige Serie über „Erzieherische Maßnahmen“ durch eine „Abschließende Erfolgskontrolle“ beendet. Erfolgreich war derjenige, der Fragen richtig beantworten kann wie „Wer darf eine Stunde lang einen Aufsatz mit dem Thema ‚Befehl und Gehorsam‘ schreiben lassen?“ oder „Wie erreichen Sie, daß ein Soldat ihrer Gruppe keinen Wochenendurlaub bekommt?“. Die Bundeswehrführung will die Unteroffiziere ausbilden und ausrichten für den sich verschärfenden Klassenkampf in der Armee.

Vom 21.10. bis zum 19.11. findet die Übung „Spearpoint 76“ der britischen Imperialisten im Raum Hildesheim statt. 18 000 Soldaten sollen mit 850 Schützenpanzerwagen die Verminung großer Flächen üben. Bereits bei den letzten Übungen wurden große Schäden in der Landwirtschaft angerichtet, u.a. Landmaschinen durch die Minenattrappen berschädigt, frische Saaten, Wege, Gräben und Drainagen zerstört, Fischteiche beschädigt; die Leuchtspurmunition verursachte Brände in der Heide. Die Beseitigung der Schäden kostet viel Mühe, auf das Geld – wenn der Schaden überhaupt ersetzt wird – müssen die Bauern oft jahrelang warten. Ein Bauer sagt: „Mit diesen Verwüstungen will man uns nur daran gewöhnen, daß wir im Krieg keine Schwierigkeiten machen.“ Die Bauern sind gegen das Manöver und protestieren. Der Kreisvorsitzende des Landvolks, Blume, Großbauer und Landwirtschaftspräsident, unter Hitler Stabsoffizier, „bittet“ in einem Schreiben an Minister Leber um „räumliche und zeitliche Verlegung“. Das nützt den Bauern gar nichts. Einige Bauern in der Heide haben sich den Panzern in den Weg gestellt und so die Verwüstung ihres Bodens verhindert. – (Red., nach Bezirksbeilage Hannover)

Wie die „Österreichische Militärische Zeitschrift“ jetzt meldet, führten sowjetische Truppen im Juni an der finnischen Grenze nördlich von Leningrad das Manöver „Norden (Sever)“ durch. 25 000 Soldaten waren an der Übung beteiligt, in der unter anderem Panzertruppen, Artillerie, Luftwaffe und Luftlandeeinheiten beteiligt waren. Die „Gruppe Süd“, so wurde geübt, stieß nach Norden in Richtung Finnische Grenze vor und ging über den Fluß Vuoksi. Die Übungen der westlichen Imperialisten und der sozialimperialistischen Supermacht im Norden Europas dienen der Vorbereitung des Krieges um Europa.

General a.D. Steinhoff sprach im In-

„General a.D. Steinhoff sprach im Industrie-Club Hannover“, unter dieser Überschrift wußte die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ am 4. Oktober zu berichten: „So sieht Steinhoff auch eher die Gefahr, daß die NATO in Krisen hineingezogen werde, die außerhalb ihrer unmittelbaren Einflußsphäre aufflammen, etwa in Südafrika oder im Nahen Osten, als daß sie in Mitteleuropa aktiv werden müßte. Er sieht sie für einen solchen Fall nicht gut gerüstet. Deshalb sein Rat, die maritime Komponente zu stärken, sich mehr um die Flanken (Türkei und Norwegen) zu kümmern, sich überhaupt daran zu gewöhnen, daß sie Dinge ‚außerhalb ihrer Grenzen‘ nicht länger ignorieren könne.“

Die NATO stellt seit neuestem Pläne auf für „die Einbeziehung der zivilen Luftfahrt und der Handelsmarine in Europa zur Verbesserung und Beschleunigung des Truppentransports im Kriegsfall“. (Neue Zürcher Zeitung, 15.10.) Das hat der NATO-Oberbefehlshaber Haig am 13. Oktober in Washington bekanntgegeben.

Zu **„Konzeption und Einsatz der Heimatschutztruppe“** äußert sich eine „Bearbeitergruppe im Führungsstab des Heeres“ in der Oktoberausgabe von „Europäische Wehrkunde“. Zum Charakter der Heimatschutztruppe heißt es: „Mechanisierte Heeres-Verfügungstruppen zum Kampf gegen luftgelandeten, angelandeten oder durchgebrochenen Feind“ und „Sicherungstruppe für Raum- und Objektschutz“. Als Beispiel für die operative Verwendung wird unter anderem angegeben: „Zusammenfassen mehrerer Sicherheitsregimenter zum Abriegeln und Freikämpfen eines Raumes, in dem die Operationsfreiheit durch zunehmende Aktionen subversiver Kräfte bedroht ist …“ An anderer Stelle heißt es: „Dieser Auftrag erfordert, die entscheidenden rückwärtigen Gebiete gegen jeglichen Feind zu schützen, der die Operationsfreiheit bedroht.“ Die imperialistische Bourgeoisie muß fürchten, ihre „Operationsfreiheit“ in den „rückwärtigen Gebieten“ durch den bewaffneten Aufstand der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse zu verlieren. Dagegen stellt sie Truppen wie die „Heimatschutztruppen“ auf.

In der chinesischen Volksbefreiungsarmee

„Brüderliche Beziehung zwischen Offizieren und Soldaten“

Die Volksbefreiungsarmee der Volksrepublik China ist im Klassenkampf und im Kampf gegen die bürgerliche Linie gestählt. Sie ist ein Stützpfeiler der Diktatur des Proletariats. Sie unterscheidet sich vollständig von allen bürgerlichen Armeen.

Es schneite stark bei heftigem Westwind, und die Temperatur fiel auf 20 Grad unter Null, als eine der Pekinger Einheiten der Volksbefreiungsarmee auf einem Übungsmarsch über einen unebenen Bergweg war. Ein neuer Rekrut hatte Schwierigkeiten, sich aufrecht zu halten. Ein älterer Mann an seiner Seite sah dies und nahm das Gewehr und den Rucksack des Rekruten.

Der ältere Mann war Offizier, auch wenn seine Uniform dies nicht zeigte. Seit 1965 sind in der Volksbefreiungsarmee die militärischen Ränge abgeschafft, und die Offiziere tragen keine Schulterstücke und anderen Rangabzeichen.

Alle Kämpfer ruhten aus, als sie zum Bestimmungsort kamen. Aber die Offiziere der 8. Kompanie gingen von Sanitätern begleitet von Mann zu Mann, um die Soldaten zu behandeln, die Blasen an den Füßen hatten. Nachdem die Soldaten eingeschlafen waren, machten die Offiziere die Runde, um zu sehen, ob sie gut mit Wolldecken zugedeckt und vor der Kälte geschützt waren.

Die Beziehung zwischen Offizieren und Mannschaften in der Volksbefreiungsarmee ist brüderlich.

Die Einheit zwischen Offizieren und Soldaten ist eine große Tradition der Volksbefreiungsarmee. Schon 1929 machte Vorsitzender Mao, als er die chinesische Revolution im Djinggang-Gebirge leitete, „die Einheit zwischen Offizieren und Mannschaften“ zu einem der Grundsätze der chinesischen roten Arbeiter- und Bauernarmee, und schlechten Lebensbedingungen und ständigen Angriffen zum Trotz errang die Rote Armee Sieg auf Sieg.

Die Demokratie in der Armee war einer der Hauptgründe für die Erfolge. Weder schlugen die Offiziere die Soldaten noch beschimpften sie sie. Den Soldaten war erlaubt, Versammlungen abzuhalten und frei heraus zu sprechen. Auf unbedeutende Formalitäten wurde kein Wert gelegt. Offiziere und Soldaten wurden gleich behandelt. Alle teilten die selben Entbehrungen. Vom Armeekommandeur bis zum Koch bekamen alle die selben Weizenrationen und das tägliche Essensgeld von 5 cents. Die Bücher waren für alle zur Kontrolle offen.

Als auf dem weltberühmten Langen Marsch von 12 500 Kilometern die Versorgung außerordentlich schwierig war, lebten Offiziere und Mannschaften gleichermaßen von Pflanzen und Wurzeln. Schließlich wurden sogar die wenigen Reitpferde einiger höchster Kommandanten geschlachtet. Die Offiziere stellten sich oft freiwillig zur Verfügung, um auf Bahren die Männer zu transportieren, die unterwegs krank wurden. Andererseits verehrten und liebten die Soldaten die Offiziere. Ein Geist kämpferischer Einheit gegen den gemeinsamen Feind und revolutionärer Optimismus herrschten in der Roten Armee.

Während eines heftigen Kampfes im Befreiungskrieg schützte am 18. Juni 1947 Li Wen-tsai, ein Zugführer einer VBA-Einheit, seine Männer mit seinem eigenen Körper vor dem Feuer des Feindes und opferte später sein Leben bei dem Versuch, eine feindliche Blokkade zu durchbrechen, um Wasser für eine Mahlzeit für seine Kompanie zu bekommen. Die Kompanie wurde später vom Oberkommando „Li Wen-Tsai-Vorbildkompanie der Einheit“ genannt und erhielt ein Banner mit der Inschrift: „So teuer und nah wie Brüder“.

Im Gegensatz zu den revolutionären Eigenschaften der Volksbefreiungsarmee war die Beziehung zwischen Offizieren und Mannschaften in der reaktionären Kuomintang-Armee eine Beziehung zwischen Unterdrücker und Unterdrückten. Willkürlich schlugen und beleidigten die Offiziere ihre Soldaten. In den Schlachten trieben die Kuomintang-Offiziere, die Pistole in der Hand, ihre Leute vorwärts, während sie selbst in Sicherheit zurückblieben. Aber weil der von der Kuomintang vom Zaun gebrochene Krieg ein konterrevolutionärer Krieg gegen das Volk war, wurden ihre acht Millionen, mit ausgefeilten Waffen ausgerüsteten Soldaten von der Volksbefreiungsarmee „mit Hirse und Gewehr“ besiegt.

Seit der Befreiung ist die großartige Tradition „Einheit zwischen Offizieren und Mannschaften“ von der Volksbefreiungsarmee beibehalten worden. Offiziere und Soldaten sind politisch gleichberechtigt. Die Kommandeure erforschen die Meinung der Kämpfer, bevor sie Entscheidungen treffen. Die Kämpfer ihrerseits sagen frei heraus, was sie über die Offiziere denken.



Grenztruppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee an der Grenze zur Sowjetunion.

Unter allen Umständen sind die Kommandanten um die Kämpfer besorgt und kümmern sich um sie. Im Januar 1976 schlossen sich zwei neue Rekruten der Yi-Nationalität, einer nationalen Minderheit in Südwestchina, der 8. Kompanie an. Der Zugführer brachte den Neuankömmlingen Bücher und half ihnen, die Han-Sprache zu erlernen, so daß sie dem politischen Unterricht in der Kompanie folgen konnten.

In der Massenerziehungsbewegung der Volksbefreiungsarmee ist die Richtlinie „Offiziere lehren die Soldaten, Soldaten lehren die Offiziere und Soldaten lehren einander“. Das hat nicht nur die militärischen Fähigkeiten verbessert, sondern auch die Einheit zwischen Offizieren und Mannschaften gefestigt. Li Tsung-chi, ein neuer Rekrut in der 5. Kompanie einer VBA-Einheit, verfehlte mehrfach die benötigte Punktzahl beim Zielschießen. Er fand Zielschießen zu schwer und war entmutigt. Der Zugführer kam zu ihm und sie sprachen offen und ehrlich miteinander. Während Schießübungen gab er dem jungen Kämpfer persönlich Anweisungen und Hinweise. Nach einer Zeit sorgfältiger Übung erreichte der junge Li ausgezeichnete Punktzahlen.

Einmal beobachtete Ting Kuei-chieh, der Kommandeur einer Maschinengewehrkompanie einer VBA-Einheit, die ganze Kompanie bei einer Übung im Granatwerfen mit scharfer Munition. Ein unerfahrener junger Kämpfer stolperte und warf die Granate nur auf eine Distanz von drei Metern. Der Kommandant der Kompanie lief zu dem jungen Mann, warf ihn zu Boden, hob die Granate auf und warf sie weit weg, ehe sie explodierte. Der Soldat wurde so vor ernsthaften Verletzungen bewahrt. Die anderen Kämpfer bemerkten: „Das Band zwischen uns und unserem Kompanieführer ist aus Fleisch und Blut geschmiedet.“

Jährlich verbringen die VBA-Führer verschiedener Ebenen, von Armee, Division, Regiment bis Bataillon, Zeit mit den Soldaten in den Kompanien, teilen ihr Essen, ihre Unterkunft, Arbeit, Übung und Erholung. An Sonntagen und Feiertagen, wenn Soldaten frei haben, ist dies für Offiziere nur eine arbeitsreichere Zeit. Einige arbeiten als Köche in der Küche, andere flicken Schuhe, wieder andere waschen für die Soldaten. Manchmal stehen die Offiziere nachts anstelle der Soldaten Wache. – (Aus: China Features; eigene Übersetzung aus dem Englischen)

In den USA kämpfen heuer über 4,5 Millionen Arbeiter um die Festsetzung des Tariflohns. Die Arbeiter führen den Lohnkampf entschlossen. Während der ersten Jahreshälfte gab es, allein nach Angaben der Regierung, 2 716 Streiks. An ihnen beteiligten sich mehr als 1,5 Millionen Arbeiter. 16 560 000 Arbeitstage fielen aus.

Am 21. April begannen an die 70 000 Kautschukarbeiter den größten Streik, den es in der kautschukverarbeitenden Industrie in den USA bisher gegeben hat. Er dauerte über vier Monate und fand große Unterstützung in der amerikanischen und internationalen Arbeiterklasse. In Kalifornien streikten über 70 000 Konservenarbeiter. Die schon immer sehr kämpferischen Bergarbeiter streikten zwei Monate lang, von Mitte Juni bis Mitte August. Am Höhepunkt des Streiks waren 105 000 Kumpel, mehr als 60 Prozent der Bergarbeiter des Landes, im Ausstand. Am 7. Juli begann ein Streik der Angestellten in den Städtischen Krankenhäusern New Yorks. Er breitete sich schnell aus und wurde zum größten Krankenhaus-Streik in der Geschichte der USA. Am 4. August befanden sich um die 18 000 Beschäftigte in den 16 öffentlichen Krankenanstalten New Yorks im Streik. Im September streikten 12 000 Beschäftigte der Trans-World-Airlines Luftfahrtgesellschaft und 170 000 Ford-Arbeiter im ganzen Land. Die Arbeitskämpfe zeichnen sich durch lange Dauer aus. Die Metzgereiarbeiter in Milwaukee streikten zum Beispiel 15 Monate lang. Die Streiks werden entschlossen geführt und bedeuten eine Absage an die Gewerkschaftsführer, die zum größten Teil mit den Kapitalisten direkt zusammenarbeiten und gewöhnliche Gangster sind. Die Arbeiter erheben politische Forderungen, so: „Gleiche Rechte für Frauen und Minderheiten!“, „Nieder mit dem Imperialismus!“, „Kampf den Kriegsvorbereitungen der Supermächte!“ und „Unterstützung für die Kämpfe der Völker der Dritten Welt!“ (Nach Hsinhua, 12.10.)

Italien:

Massenstreiks gegen Raubzug des Finanzkapitals

Die italienische Finanzbourgeoisie und die westeuropäischen Imperialisten hatten gehofft, die revisionistische PCI würde die italienischen Arbeiter zur Hinnahme des von der Regierung Andreotti beschlossenen Raubzugs zwingen können. Daraus ist nichts geworden. Am Dienstag, den 12.10., vier Tage nach den Beschlüssen der Regierung, haben die Arbeiter von einigen der größten Fabriken des Landes die Arbeit niedergelegt: Unter anderem wurde bei Alfa Romeo in Mailand und bei FIAT und Lancia in Turin gegen das Plünderungsprogramm gestreikt. In beiden Städten blockierten streikende Arbeiter Autobahnen.

Am gleichen Tag beriet in Ariccia bei Rom der Generalrat des größten Gewerkschaftsbundes CGIL über das Regierungsprogramm. Der revisionistische Generalsekretär Lama versuchte, die Gewerkschaft zur Durchsetzung des Raubzugs der Finanzbourgeoisie einzuspannen. Die Tiefe der wirtschaftlichen Krise würde noch allzuoft unterschätzt, hat er gesagt. Die „Sparpolitik“ der Regierung sei notwendig und unvermeidlich, die Gewerkschaften sollten sie daher nicht von vornherein ablehnen. „Es wäre ein sehr schwerer Fehler, wenn unsere Tätigkeit zur Modifizierung der Sparmaßnahmen rundweg als Ablehnung interpretiert würde. Die Gewerkschaften verurteilen scharf diejenigen, die Feuerwerke abschießen, wohl wissend, daß andere die Verantwortung haben werden, sie wieder auszulöschen.“ (Le Monde, 13. Oktober) Mit den unverantwortlichen Brandstiftern meinte Lama die streikenden Arbeiter, die Gewerkschaftsorganisation will er der Finanzbourgeoisie als Feuerwehr präsentieren.

Während Lama noch seinen Plan zur Erstickung der Streikbewegung vortrug, hatten in Turin die örtlichen revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer dem Druck der Arbeiter bereits nachgeben müssen. Für den nächsten Tag wurde ein vierstündiger Generalstreik gegen das Plünderungsprogramm der Regierung für die Provinz Turin ausgerufen. Corrado Ferro, Provinzsekretär der Vereinigten Metallergewerkschaft: „Wenn wir den Streik nicht ausgerufen hätten, hätten ihn die Arbeiter trotzdem gemacht.“ Der revisionistische Bürgermeister von Turin und 30 weitere Funktionäre der PCI sahen sich veranlaßt, „vor den Toren der großen Betriebe mit den Arbeitern der Frühschicht über die grundsätzliche Notwendigkeit von Sparmaßnahmen zu diskutieren.“ (Die Welt, 14. Oktober)

Die Arbeiterklasse und auch viele Mitglieder der PCI sind gegen die Unterwerfung unter die imperialistische Bourgeoisie. Sie überwinden die Spaltung durch Reformismus und Revisionismus. Schon vor der gegenwärtigen Streikwelle hat das die Entwicklung der Mitgliederzahlen der PCI gezeigt. Während die bürgerliche Intelligenz in Scharen in die revisionistische Partei eintritt, ist die Mitgliederzahl seit dem letzten Jahr um 90 000 gesunken. Ausgetreten sein müssen vor allem Arbeiter.

Die italienische Gewerkschaftsbewegung ist in drei Richtungsgewerkschaften gespalten, die alle unter bürgerlicher Führung stehen. Die größte Gewerkschaft ist mit fast 3 Millionen Mitgliedern die CGIL, in deren Führung die Revisionisten den Ton angeben, in der aber auch Teile der reformistischen PSI vertreten sind. In der Führung der früher katholischen CISL (ca. 1,5 Millionen Mitglieder) sitzen vor allem christdemokratische Politiker. In der kleinsten Gewerkschaft UIL (ca. 0,8 Millionen Mitglieder) haben die Reformisten der PSI kürzlich den Vorsitz übernommen; außer ihnen sind dort auch die Sozialdemokraten und die „linksliberale“ PRI vertreten.

Die Spaltung der Gewerkschaften in Richtungsgewerkschaften ist schädlich und erleichtert bürgerlichen Politikern in den Gewerkschaften allerlei Manöver gegen die Arbeiterklasse. Seit Jahren kämpfen die italienischen Arbeiter daher für die Wiedervereinigung der bald nach dem Zweiten imperialistischen Weltkrieg gespaltenen Gewerkschaftsbewegung und haben in vielen Fragen die Aktionseinheit der Arbeiter der verschiedenen Gewerkschaftsbünde bereits erreicht; einige Einzelgewerkschaften wie die Metaller und die Chemiearbeiter sind bereits organisatorisch vereinigt.

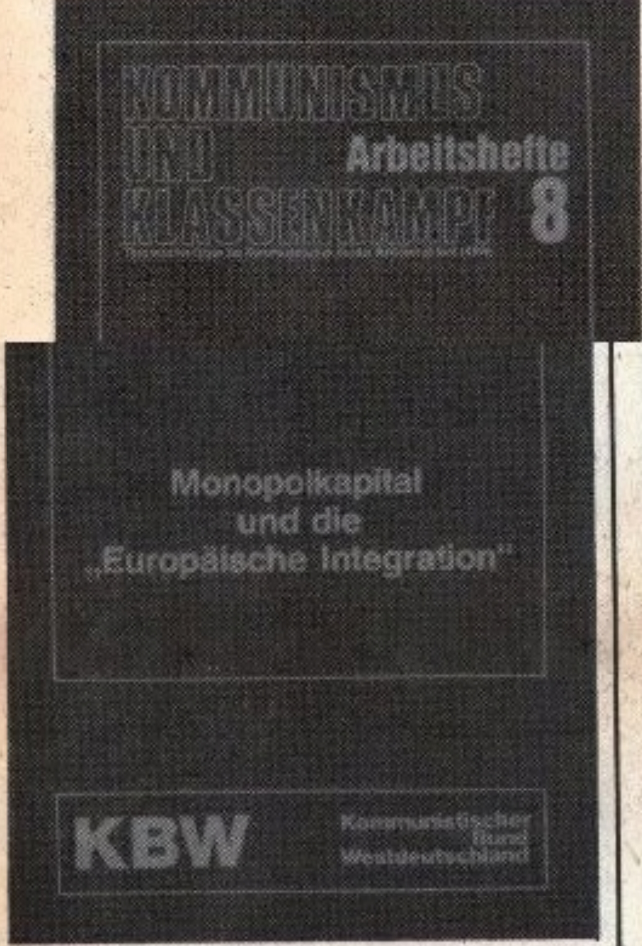
Auf welcher Grundlage die Gewerkschaften vereinigt werden sollen, darüber gibt es seit Jahren scharfen Kampf: Soll die vereinigte Gewerkschaft dem „historischen Kompromiß“ mit der Bourgeoisie unterworfen werden oder soll sie auf dem Boden des Klassenkampfs aufgebaut werden?

Am Donnerstag letzter Woche hat das Sekretariat der Föderation der Gewerkschaftsbünde getagt. Die Vereinigte Metallergewerkschaft hatte einen einheitlichen Generalstreik im ganzen Land gefordert. Dies wurde abgelehnt. Stattdessen wurde beschlossen, bis zum 20. November einen regional zersplitterten „Generalstreik“ durchzuführen. Die Streiks wenigstens regional einheitlich mit Demonstrationen in Mailand, Rom und Neapel durchzuführen, wurde ebenfalls abgelehnt. Dazu schreibt das Blatt der italienischen Finanzbourgeoisie, der „Corriere della Sera“ am 15. Oktober: „... von seiten vieler wird befürchtet, daß drei große Manifestationen mit Demonstrationen und Kundgebungen eine Stoßrichtung auch gegen die Regierung annehmen könnten, die über die gegenwärtigen Absichten der Gewerkschaftsspitzen hinausgehen könnte.“

Vor allem die Revisionisten in der Gewerkschaftsführung, die sich dem Drang der Arbeiter nach Aktionen nicht vollständig widersetzen können, versuchen jetzt, die geplanten Streiks auf klassenversöhnlerische Bahnen zu lenken – statt gegen den Raubzug soll nur für „Modifikationen“ gestreikt werden; der Angriff auf die „gleitende Lohnskala“ wird von Lama akzeptiert. Mit „Schönheitskorrekturen“ bei der Benzinpreiserhöhung soll das Regierungsprogramm gegen die Arbeiter durchgesetzt werden.

Im September hat die Inflation gegenüber August 1,8 Prozent, gegenüber dem Vorjahr 17,4 Prozent betragen. Die geplanten Erhöhungen der staatlich regulierten Preise würden die Ausplünderung der Lohnabhängigen durch den Staat und auf dem Warenmarkt weiter verschärfen. Der Vorsitzende des Kapitalistenverbandes Confindustria, der frühere Notenbankpräsident Carli, fordert lautstark „Senkung der Lohnkosten auf das Niveau der Auslandskonkurrenz.“ (Neue Zürcher Zeitung, 14. Oktober)

Besorgt schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ am 14. Oktober: „Was aber, wenn die Probe aufs Exempel mißlingt, wenn sich erhebliche Teile der Arbeiterschaft nicht von der KPI manipulieren lassen?“ Die italienische Arbeiterklasse und das Volk setzen mit Streiks im ganzen Land den Kampf gegen die Herabdrückung ihrer Lebensbedingungen fort. Die Hoffnung der Imperialisten, mit Hilfe der PCI die Kampfkraft der Arbeiter brechen zu können, hat getrogen. Zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie gibt es keinen „historischen Kompromiß“. – (ug)



Wenige Minuten nach der Ratifizierung des neuen Repressionsgesetzes der Republik Irland explodierte in Mountmellik, Grafschaft Leix, eine Bombe. Das neue Gesetz firmiert als „Anti-Terroristen-Gesetz“. Es ist möglich geworden auf Grund des seit 1. September von der Regierung Cosgrave ausgerufenen Notstands. Die Sondergesetzgebung erlaubt der Polizei unter anderem, Personen unter dem Verdacht des „Terrorismus“ oder der IRA-Mitgliedschaft ohne richterlichen Befehl festzuhalten.

Bei der Bombenexplosion wurde ein Polizist getötet, fünf weitere schwer verletzt. Die Polizei ist das ausführende Organ der staatlichen Unterdrückung. Die Aktion der IRA hat den Polizeischergen gezeigt, daß der verschärften Unterdrükkung verstärkter Kampf antworten wird. – (Nach Süddeutsche Zeitung 18.10.)

In ihrer Rivalität um die Weltherrschaft vergrößern die beiden imperialistischen Supermächte fortwährend ihre Flotten. Während der letzten 20 Jahre haben die USA durchschnittlich 19 Kriegsschiffe pro Jahr gebaut. Die Kriegflotte der USA umfaßt jetzt etwa 480Kriegsschiffemit hoher Tonnage. Bis 1980 soll sie mit weiteren 120 Kriegsschiffen ausgerüstet werden. Kürzlich verlangte die Ford-Regierung die Zustimmung für die Ausgabe von 4,4 Milliarden Dollar, um die Pläne zum Bau von Kriegsschiffen weiterzutreiben.

In gleicher Weise vergrößern auch die sowjetischen Sozialimperialisten mit großer Eile ihre offensive Flotte, die mit Flugzeugträgern, nuklearen Raketen usw. ausgestattet ist. So hat die Zahl der sowjetischen Atom-U-Boote während der letzten vier Jahre um das Fünfeinhalbfache zugenommen. In der Sowjetunion wurden von 1969 bis 1976 jährlich im Durchschnitt 18 Kriegsschiffe gebaut. Heute umfaßt die aggressive Flotte der Moskauer Sozialimperialisten 750 verschiedene Kriegsschiffe. Gegenwärtig halten sich vier von fünf US-Schiffen weit von den Küsten der USA auf, während über 220 sowjetische Kriegsschiffe vor den Küsten von mehr als 60 Ländern der Welt mit dem Säbel rasseln. Allein im Mittelmeer, einer Zone scharfer Rivalität, befinden sich über 150 Kriegsschiffe der zwei imperialistischen Supermächte. – (Nach Albanische Nachrichtenagentur, 6.10.76)

„Englische Krankheit“: Verfaulung des britischen Imperialismus

In den letzten Wochen ist die britische Währung, das Pfund Sterling, gegenüber der DM auf 4,30 gefallen. Vor neun Monaten mußten die westdeutschen Kapitalisten noch 5,45 DM für ein Pfund Sterling geben, vor zehn Jahren noch 11,50 DM. Der Pfundsturz ist Zeichen des besonderen Verfalls und der Fäulnis des britischen Imperialismus und der herrschenden Finanzbourgeoisie.Er bedeutet, daß ein immer größeres Quantum Arbeit aus der Ausbeutung der englischen Arbeiterklasse hergegeben wird für ein immer kleineres Quantum Arbeit aus der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse, weil die Produktivkraft der Arbeit in England zurückgeblieben ist gegenüber der BRD.

TROTZ NOCH ANHALTENDER UNRUHEN KOSTET ES HEUTE IN NORDIRLAND £8, DIESEN FLACHRADIATOR HERZUSTELLEN.

Die nordirische Regierung lädt die Imperialisten ein, zur Ausbeutung ins Land zu kommen. Diese Regierung ist ein Statthalterorgan der britischen Kolonialmacht. Ihre Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ legt unabsichtlich die Ursache der „anhaltenden Unruhen“ bloß. Die Ursache ist die Ausplünderung des Landes, Ausbeutung seiner Arbeiterklasse und Unterdrückung seines Volkes durch den Imperialismus, vor allem den britischen Imperialismus. Die nordirische Kolonialregierung rühmt sich niedriger Lohnstückkosten, sie verspricht den Imperialisten Zuschüsse und Beihilfen. Sie schließt für die Imperialisten Versicherungen gegen die Folgen des Kampfes für die Befreiung Irlands ab. Das aus den Taschen der Massen gezogene Geld soll den Ausbeutern die Ausbeutung so risikolos wie möglich machen. Das „Risiko“ des Klassenkampfes kann das Kolonialregime jedoch nicht ausschalten. Die Imperialisten werden zum Teufel gejagt werden.

Unter der Herrschaft der Finanzbourgeoisie stockt die Produktion und wird die Entwicklung der Produktivkräfte gelähmt, diese allgemeine Gesetzmäßigkeit des Imperialismus tritt hier besonders krass zutage: seit 1970 stagniert die britische Industrieproduktion in den wichtigsten Industriezweigen. Die Finanzbourgeoisie hat die Investitionen in der Industrie von ca. 2 Milliarden Pfund 1970 auf 1,7 Milliarden Pfund 1976 zurückgeschraubt; die Produktionsanlagen veralten und verfallen immer mehr; dafür hat sie im letzten Jahr 1,9 Milliarden Pfund in Grundstücksspekulationen und Fabriken überall in der Welt und besonders in Frankreich und Westdeutschland profitabel angelegt. 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte sind als arbeitslos registriert; ihre produktiven Fähigkeiten liegen brach. Soweit hat die Finanzbourgeoisie die Industrie und Landwirtschaft zugrundegerichtet, daß immer mehr Waren eingeführt werden, die Einfuhr seit vielen Jahren die Ausfuhr übersteigt und die britischen Auslandsschulden inzwischen 44 Milliarden DM ausmachen. Die britische Arbeiterklasse muß die Last dieser parasitären Klasse mit steigender Ausbeutung und wachsender Verelendung zahlen; 1975 wurden die Löhne gerade um 10 % erhöht, bei einer Preissteigerung zwischen 15 und 25 Prozent und wachsenden Steuern und Sozialabgaben.

England war die Wiege der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise, der großen Industrie. Durch die enorme Ausbeutung der Arbeiterklasse in den Fabriken erreichte die englische Kapitalistenklasse früh die Vormachtstellung in der Welt. Bald ging sie dazu über, auf der ganzen Welt nach Kapitalanlagesphären zu suchen, weil im Innern Englands die gewaltigen Kapitalmassen sich nicht mehr profitabel verwerten konnten. Sie errichtete ein riesiges Völkergefängnis, das britische Kolonialreich. Lenin schreibt in seiner Schrift „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, daß schon 1899 die britische Bourgeoisie fünfmal mehr Profit aus dem Kapitalexport zog als aus dem Warenexport. Sie hatte sich in eine parasitäre Rentnerklasse verwandelt, die sich in der Hauptsache durch die Ausplünderung fremder Völker bereicherte und die Produktivkräfte in England zunehmend verrotten ließ.

Unter den Schlägen des Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt ist aber das britische „Empire“ in den vergangenen fünfzig Jahren Stück um Stück zusammengebrochen. Daher sind die Möglichkeiten der parasitären Bereicherung der britischen Finanzbourgeoisie immer mehr eingeschränkt worden. Ihre Vormachtstellung in der Welt zerbrach. Damit auch die Stellung der britischen Währung.

Nach wie vor ist sie aber imperialistische Bourgeoisie, die sich als Parasit und Wucherer bereichert. Noch heute ist Irland ihrer kolonialen und neokolonialen Ausbeutung und Ausplünderung unterworfen. Am Raub der Reichtümer der Völker des südlichen Afrika ist sie beteiligt. Zwischen 30 und 50 Prozent der britischen Ausfuhr sind „unsichtbare Exporte“, aus denen die britischen Banken, Handels- und Industriekonzerne riesige Gewinne ziehen, weil sie Rohstoffquellen und Absatzmärkte kontrollieren; kein Stück dieser „unsichtbaren Exporte“ wird in Großbritannien produziert oder weiterverarbeitet. Den Londoner Großbanken ist es gelungen, einen Großteil der Einnahmen der ölexportierenden Staaten des Nahen Ostens auf ihre Konten zu lenken und als billiges Kapital zu verwenden. Und die Gefährlichkeit des britischen Imperialismus zeigt sich an der führenden Beteiligung bei der Vorbereitung der Intervention gegen die Völker des südlichen Afrika.

Gegenwärtig versucht die britische Finanzbourgeoisie, gegenüber ihren Konkurrenten im Ringen um Profite aufzuholen und im eigenen Land die Basis der imperialistischen Expansion zu stärken. Die Methode: Rabiate Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Im 1. Vierteljahr 1976 hat sie die Ausbeutung um 2,5 % erhöht; sie will die um 20 % höhere Ausbeutungsrate ihrer Konkurrenten, der westdeutschen und französischen Finanzbourgeoisie, erreichen. Den Gewerkschaften hat sie einen „Sozialvertrag“ aufgezwungen, der scharfen Lohnabbau bedeutet: Ab 1.8.76 sollen die Löhne nur noch um ca. 4,5 % steigen bei Preissteigerungen bis zu 15 %. Die Steuern für den Verbrauch der Massen wurden drastisch angehoben.

Die Einkommenssteuerlast wurde 1975 um 44 % angehoben und die Beiträge für die Sozialversicherung um 36 %. Die Finanzbourgeoisie dagegen hat sich Steuerbefreiung und direkte Geschenke aus den Staatskassen durch die sozialdemokratische Labour-Regierung sichern lassen. Deren Leitlinie: daß „auf Jahre hinaus ein größerer Teil der volkswirtschaftlichen Ressourcen dem privaten und öffentlichen Verbrauch entzogen und dem Export sowie den produktiven Investitionen zugeführt wird“. (Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Sept. 1976) Die Labour-Fraktion in den Gewerkschaften soll dafür sorgen, daß die britische Arbeiterklasse dabei stillhält: Der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsverbandes TUC, Murray, erklärte: „Die Crux ist, daß wir versäumt haben, unsere Produktivität zu verbessern. Wenn wir an der Lohnfront Zurückhaltung üben, dann nur, um die Produktivität zu erhöhen. (...) Wir müssen dafür sorgen, daß unser Arbeitspotential besser ausgenutzt wird. Wir haben deshalb sogar einer Lockerung der Preis- und Gewinnbeschränkungen zugestimmt, damit sich die Industrie freier bewegen kann. Wir haben Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten akzeptiert, damit die hier freiwerdenden Gelder der Industrie zugute kommen, die sie hoffentlich für Investitionen verwendet und so wieder mehr Arbeitsplätze schafft.“ (Wirtschaftswoche, 15.10.)

Er hat damit auch der westdeutschen Monopolbourgeoisie ganz aus dem Herzen gesprochen, die als einer der Hauptgläubiger des britischen Imperialismus seine „Krankheit“ nutzt, um an der Ausbeutung der englischen Arbeiterklasse teilzuhaben und die eigene Vorherrschaft in der EG zu festigen. Der Fall des Pfundes hat die englischen Fabriken zur leichten Beute gemacht. Der Unternehmer und CDU-Bundestagsabgeordnete Blumenfeldt aus Hamburg erklärte: „Die EG und die Bundesrepublik haben wirtschaftlich wie politisch ein hohes Interesse an der Stabilisierung der britischen Krisensituation. (....) Daher wird die EG und somit besonders die Bundesrepublik langfristiges Kapital bereitsstellen müssen, um ein höheres beschäftigungspolitisches Wachstum vorzubereiten. Das unterbewertete Pfund kann dabei hilfreich sein.“ (Wirtschaftswoche, 15.10.) Als Bedingung für einen neuen 4 Milliarden-Dollar-Kredit an Großbritannien verlangt die westdeutsche Finanzbourgeoisie, daß der Angriff gegen die britische Arbeiterklasse weiter verschärft wird.

Mit dem „Sozialvertrag“ haben die Imperialisten die englische Arbeiterklasse nicht fesseln können. Nur mit offener Unterdrückung konnten die reformistischen Gewerkschaftsführer gerade noch einen Seeleutestreik verhindern. Die Automobilarbeiter von Ford und Leyland führen dagegen trotz „Sozialpakt“ den Streik für ihre Forderungen.

Die „englische Krankheit“, das ist die tiefgreifende Fäulnis des Imperialismus, die in diesem ersten kapitalistischen Land besonders krass zutage tritt. Die Arbeiterklasse muß dieser untergehenden Gesellschaftsordnung den bewußten Todesstoß versetzen, in England genauso wie in Westdeutschland. – (mr)

Sowjetunion:

Die neue Bourgeoisie beutet die Arbeiter und Bauern aus und ruiniert das Land

Am 6. Oktober hat die Sowjetunion weitere 878 000 Tonnen Getreide bei der anderen Supermacht, dem USA-Imperialismus, bestellt. Bereits am 30. September hatte sie 400 000 Tonnen Weizen gekauft. Insgesamt wird die sozialimperialistische Supermacht dieses Jahr 6 Millionen Tonnen Getreide bei der Supermacht USA kaufen müssen. Durch den Ruin der Landwirtschaft ist die Sowjetunion auf Getreideimporte von der anderen Supermacht angewiesen.

Im Jahr 1975 stieg ihr gesamter Import aus den USA gegenüber 1974 um 215 Prozent, ihr Export nahm im Vergleich zu 1974 um 27,7 Prozent ab. Für diese Importe zahlt sie 2,502 Milliarden Dollar. Doch muß die Sowjetunion nicht nur Getreide importieren: Anfang Juli kaufte sie vom USA-Imperialismus 1,5 Millionen Tonnen Sojabohnen.

Diese Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt, direkt vom Rivalen im Kampf um die Weltherrschaft, dem USA-Imperialismus, ist die Folge der allseitigen Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion. Die Machtergreifung des Revisionismus in der KPdSU hat die Machteroberung der Bourgeoisie in Partei und Staat bedeutet. Der Arbeiterklasse wurde die Herrschaft entrissen. Das sozialistische Staatseigentum degenerierte unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie in eine staatsmonopolistische kapitalistische Wirtschaft, in der die sowjetischen Arbeiter ausgebeutet werden und Lohnsklaven sind. Im Gefolge dieser Restauration wurden alle Errungenschaften der Arbeiterklasse und der Bauernmassen im Aufbau der sozialistischen Landwirtschaft zerstört. Landproletariat, in den Sowchosen zusammengeschlossen, und Bauern, in den Kolchosen zusammengeschlossen, werden der Ausbeutung, Plünderung und Unterdrükkung unterworfen.

Nach dem Sturz Chruschtschows fand im März 1965 eine Tagung des ZK der KPdSU statt, die als „Wendepunkt" der sowjetischen Landwirtschaft bezeichnet wurde. Ein „neues Stadium" sei eingeleitet worden. Breschnew habe „einen bedeutenden persönlichen Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft geleistet". So schrieb die revisionistische Presse zum 10. Jahrestag der Tagung. Auf dieser Plenartagung wurde beschlossen, daß „das Niveau der Rentabilität zur Basis für die objektive Beurteilung der Betriebsführung der Kolchose und ihrer Staatsgüter werden soll". Die Bourgeoisie, die die Macht in Partei und Staat erobert hatte, besiegelte auch per Beschluß ausdrücklich, daß das Profitprinzip gilt, und erließ entsprechende Maßregeln für die Sowchosen und Kolchosen. Die neue bürokratische Monopolbourgeoisie hat diese in kapitalistische Wirtschaftsbetriebe verwandelt. In einem „Musterstatut der Kolchose" und „Leitsätzen für die innere Ordnung der Kolchosen" wird festgelegt, daß die „Vorsitzenden der Kolchose berechtigt (sind), über Reichtum und Geldmittel der Kolchose zu verfügen, Produktionspläne auszuarbeiten, frei mit landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Produktionsmitteln zu handeln und Agrar- und Viehprodukte ohne Beschränkung zu verkaufen. Ferner haben sie das Recht, den Boden der Kolchose zu vermieten und an andere abzutreten, die Arbeitslöhne und Prämien der Kolchosmitglieder festzulegen und diese mit administrativen und wirtschaftlichen Mitteln zu bestrafen." (Zitiert nach: Peking Rundschau, Nr. 36/1975) Entsprechend haften diese Agenten der neuen Bourgeoisie mit ihrem Kopf: „Die Leiter verschiedener Produktionsabschnitte werden durch den Befehl des Direktors ernannt und entlassen", schreibt die „Freundschaft", „Tageszeitung der sowjetdeutschen Bevölkerung Kasachstans", am 6. Juli 1976. Hämisch kommentiert das Blatt der westdeutschen Finanzbourgeoisie, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Sehr begehrt sind die Posten der Kolchosleiter selbst unter den Parteimitgliedern wegen der zahlreichen Schwierigkeiten nicht, denn irgendwann ist fast jeder von ihnen zum Scheitern verurteilt." (17. März 1976) Die Restauration des Kapitalismus hat notwendig Chaos und verschärfte Antreiberei der Werktätigen zur Folge. Am 30. September muß Radio Kiew berichten, daß die „Sonnenblumenernte nur sehr langsame Fortschritte macht. (. . .) Der Hauptgrund dafür liegt in mangelhafter Arbeitsorganisation." Die schon zitierte „Freundschaft" kommt am 28. September mit der Schlagzeile heraus: „Mit Stoßarbeit zum Finish! Rund um die Uhr!"

Verelendung der sowjetischen Werktätigen

Die Sowchosen und Kolchosen sind in kapitalistische Wirtschaftsbetriebe umgewandelt worden, wobei es darauf ankommt, daß die neuen Ausbeuter und ihre Funktionäre „die komplizierte Kunst des Geldmachens" erlernen, wie es Breschnew auf der Plenartagung des ZK der revisionistischen KPdSU im Dezember 1973 ausdrückte. Herrscht das Prinzip des Profits, so ist die Verelendung der Arbeiterklasse, der breiten Massen der sowjetischen Werktätigen die unweigerliche Folge. Verschweigen können dies selbst die neuen Bourgeois nicht mehr. Die Zeitung „Sozialistische Arbeit" benutzt den Begriff „Familien mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten" und definiert diese als solche, deren Pro-Kopf-Einkommen unter dem für die „Sicherung eines minimalen Lebensstandards" notwendigen Niveau liegt. November 1974 mußte TASS zugestehen, daß dazu „25 Millionen Menschen gehören". Das ist noch zurechtgestutzt. „Veröffentlichungen der sowjetrevisionistischen Publikationen zufolge liegt das durchschnittliche Monatseinkommen der Bauern in den ‚Kolchosen' (bar und natural), die Zugtiere einsetzen und körperlich arbeiten, weit unter der Norm, die die Sowjetrevisionisten selbst als die zur ‚Sicherung eines minimalen Lebensstandards' notwendig bezeichnen. Über 50 Prozent aller Kolchosmitglieder leben unter dieser Norm." (Peking Rundschau, Nr. 20/1975) Über die Nahrungsmittelpreise plündert die bürokratische Monopolbourgeoisie die Massen aus. Allein aus den beschönigenden Zahlen der „Statistischen Jahrbücher der sowjetischen Volkswirtschaft" geht hervor, „daß die staatlichen Einzelhandelspreise für Fleisch und Geflügel im Zeitraum 1960/73 um 29 Prozent, für tierische Fette um 28 Prozent und für Gemüse um 23 Prozent gestiegen sind". (Peking Rundschau, Nr. 20/1975)

In der Zeitung „Sowjetunion heute", die auf deutsch erscheint und Mittel der sozialimperialistischen Propaganda ist, heißt es demgegenüber in der Nummer vom September 1976: „Im vorigen Winter zahlten die Käufer in den sowjetischen staatlichen Läden für Brot, Milch, Fleisch und Gemüse die gleichen Preise wie vor zehn Jahren."

Die Errungenschaften der sozialistischen UdSSR

In einem Interview mit dem französischen Fernsehen am 5. Oktober versucht Breschnew die Krise in der Landwirtschaft durch die „klimatischen Verhältnisse" (Freundschaft, 5. Oktober) zu rechtfertigen. Das ist Plunder. Die Frage ist, welche Klasse herrscht. Unter Führung der marxistisch-leninistischen KPdSU haben die Arbeiter und Bauern der sozialistischen UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg großartige Leistungen in der Heilung der Kriegsschäden, verursacht vom faschistischen Deutschen Reich, und im Kampf gegen die große Dürrekatastrophe 1946 vollbracht. Auf dem XIX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1952 erläuterte Malenkow im Rechenschaftsbericht des ZK: „ . . . *wurde in kurzer Frist der Vorkriegsstand der landwirtschaftlichen Erzeugung wieder erreicht und überschritten. In der Nachkriegszeit wurden rasch die Anbauflächen auf den Vorkriegsstand gebracht, die Hektarbeträge erhöht und die Gesamtproduktion an Getreide, an technischen Nutzpflanzen, an Futterpflanzen, an Gemüse sowie anderen landwirtschaftlichen Kulturen vergrößert. Die Anbauflächen sämtlicher landwirtschaftlicher Kulturen übersteigen im Jahre 1952 den Vorkriegsstand um 5 300 000 Hektar. Die Getreideproduktion erreicht im dritten Nachkriegsjahr wieder den früheren Stand und wurde in den folgenden Jahren bei gleichzeitiger starker Zunahme der Marktgetreidebestände erhöht. Im laufenden Jahr, 1952, betrug die gesamte Getreideernte 8 Milliarden Pud, wobei der Gesamtertrag der ernährungswichtigsten Kultur, des Weizens, gegenüber 1940 um 48 Prozent gestiegen ist. (. . .) Im Zeitabschnitt von Juli 1945 bis Juli 1952 ist der Bestand an Rindern in der UdSSR um 13,4 Millionen, an Schafen um 41,8 Millionen, an Schweinen um 21,2 Millionen und an Pferden um 5,6 Millionen Stück gewachsen. In bezug auf den Rinderbestand wurde das Niveau des Vorkriegsjahres 1940, alle Wirtschaftskategorien zusammengenommen, im Jahre 1948 erreicht, bei der Stückzahl der Schafe im Jahre 1950, bei der der Schweine im laufenden Jahr.*"

8 Milliarden Pud, das sind etwa 131 Millionen Tonnen. 1968 erbrachte die Ernte der neuen Bourgeoisie grad 168 Tonnen, 1975 grad 137 Millionen Tonnen – was kann dies besser zeigen, als daß die neuen Bourgeois immer noch von den Errungenschaften des Aufbaus des Sozialismus durch die Arbeiter und Bauern zehren, die unter ihrer Herrschaft alle zerstört werden!

Zerstörung der Fruchtbarkeit des Bodens

Gilt das Profitprinzip, so wird rücksichtslos gerafft, wird der Arbeiter in der Landwirtschaft ausgebeutet und der Boden beraubt. In der Sowjetunion sind alle Übel der kapitalistischen Produktionsweise eingetreten: Verminderung der Fläche des Ackerlandes, Bodenerosion, Sandstürme. Wird die Wald- und Forstwirtschaft nicht kultiviert, sondern rücksichtslos abgeholzt, sind Sandstürme und Bodenerosionen unvermeidbar. Die Zeitschrift" „Agrikulturwissenschaft" mußte eingestehen (Nr. 12/1975), daß „hauptsächlich durch den Mangel an allgemein- und ackerschützenden Wäldern und durch den unbefriedigenden Zustand und die schlechte Verteilung der vorhandenen Schutzwälder" Sandstürme verursacht werden. „Moskwa" schreibt: „Sandstürme überziehen jedes Jahr alles urbar gemachte Land in Kasachstan." In Aserbeidschan sind „48 Millionen Tonnen fruchtbaren Erdbodens jährlich weggespült worden. (. . .) 3,3 Millionen Hektar Land erodiert. Es ist nicht schwer zu begreifen, wieviel Verluste die Erosion der Volkswirtschaft Aserbeidschans gebracht hat." Das Land wird ausgelaugt: „Infolge falscher Bewirtschaftung unterliegt das fruchtbare Land einiger Gebiete einem Prozeß der Alkalisierung, Versumpfung oder Erosion, das Land wird schließlich mager und kann nicht wieder als anbaufähiges Land benutzt werden." (Agrikulturwissenschaft, Nr. 8/1975) 1973 gab es in „Georgien, Aserbeidschan und Armenien 9,6 Millionen Hektar sumpfiges, alkalisches, brachliegendes und erodierendes Land und Buschland, die 52 Prozent der gesamten Bodenfläche ausmachten." Unweigerlich führt all dies zur Verringerung der Fläche des Ackerlandes selber: „Gegenüber 1950 verringerte sich das Nutzland in Georgien, Aserbeidschan und Armenien 1973 um 961 900 Hektar, d.h. um 9,8 Prozent, und das bebaute Land verringerte sich um 676 400 Hektar, das sind 23 Prozent. (Agrikulturwissenschaft, Nr. 9/1975)

Man kann darauf warten, bis die reaktionären revisionistischen Ideologen auch für die UdSSR das „Naturgesetz des abnehmenden Bodenertrags" übernehmen werden, jene Theorie der bürgerlichen Apologeten des Kapitalismus, mit der sie die kapitalistische Mißwirtschaft zu vertuschen versuchen.

„Kanonen statt Butter"

Die sozialimperialistische Macht strebt nach Weltherrschaft. Deshalb militarisiert sie die Volkswirtschaft. In die Rüstungs- und Schwerindustrie wird das Kapital investiert, nicht in die Landwirtschaft, nicht in die Produktion der für die Landwirtschaft benötigten Maschinen. Für die kapitalistische Wirtschaft charakteristisch ist die Vertiefung, Verschärfung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land. „Während des achten Fünfjahresplans wurden die Pläne für die Lieferung wichtiger Maschinen wie Traktoren, Lastkraftwagen und Mähdrescher nicht erfüllt. In den ersten vier Jahren des neunten Fünfjahresplans konnte die geplante Lieferung von Traktoren für die Landwirtschaft in keinem Jahr verwirklicht werden und von Mähdreschern nur im Jahr 1971. Den offiziellen sowjetischen Statistiken zufolge konnte der Bedarf der Landwirtschaft an Maschinen nur zu einem Drittel, an Kraftmaschinen nur zu einem Fünftel bzw. Sechstel, an Elektrizität nur zu einem Drittel und an chemischen Düngemitteln nur zu 25 bis 29 Prozent gedeckt werden." (Peking Rundschau, Nr. 14/1975) Das, was produziert wird, wird von der bürokratischen Monopolbourgeoisie zu hohen Preisen verkauft: „Zum Beispiel wurden in manchen Gebieten die Preise für Benzin und Dieselöl um 30 bzw. 124 Prozent angehoben. Kunstdüngemittel um 25 Prozent, Futtermittel um 60 Prozent, Traktorenanhänger um 80 Prozent und Bestand- und Ersatzteile der Traktoren sogar um 550 Prozent. Allein die Kolchosen in der Russischen Föderation müssen infolge der Preiserhöhung der Industriegüter jedes Jahr 800 Millionen Rubel mehr an Produktionskosten ausgeben." (Peking Rundschau, Nr. 21/1976) Der revisionistische Autor Gruseckij gibt das unverhohlen zu: „ 'Im Grunde diktiert die Industrie die Abgabepreise für Schlepper, Landmaschinen und andere Industriewaren für die Landwirtschaft'; dabei handelt es sich, wie der zitierte sowjetische Autor deutlich macht, hauptsächlich darum, daß die Industrie neue Typen von Maschinen liefert, die bei gleicher oder nicht dem Preis entsprechend größerer Leistung bedeutetnd mehr kosten." (Wäkkerlin, Investitionen, Kapitalausstattung und Technisierung der sowjetischen Landwirtschaft in den siebziger Jahren) Zur Plünderung auf dem Warenmarkt kommt der Raubzug durch das Steuersystem hinzu, denn laut Statistischem Jahrbuch der sowjetischen Volkswirtschaft betrugen die Gesamtschulden der Kolchosen 1974 17,1 Milliarden Rubel, pro Kopf eines Kolchosmitgliedes 1 091 Rubel. Diese kann ein Kolchosmitglied auch mit seinem ganzen Jahreseinkommen nicht zurückzahlen. Hinzu kommt, daß die Breschnew-Clique die Staatsanleihe beim sowjetischen Volk aus dem Jahr 1958, deren Rückzahlung fällig war, verschoben hat und angekündigt hat, sie erst bis 1990 vollständig zurückzuzahlen.



Bauernpartisanen gegen Weißgardisten (1918)



Versammlung von Bauern nach dem Sieg der Sowjetmacht in Kasachstan. Unter Führung des Industrieproletariats haben die Landarbeiter und Bauern die alten Zaren niedergeschlagen, den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Weltgeschichte errichtet. Sie werden auch die Herrschaft der neuen Zaren stürzen.

Große Getreideimporte und Plünderung anderer Länder

Die herrschende bürokratische Monopolbourgeoisie in der Sowjetunion hat die Landwirtschaft kapitalisiert, beutet die Kolchosmitglieder aus. Darüber hat sie die Landwirtschaft ruiniert. Inzwischen ist die sozialimperialistische Supermacht der größte Getreideimporteur der Welt. Aufgrund des Fünfjahresvertrags über Getreidelieferungen mit der anderen Supermacht bezahlt sie dafür jährlich etwa 1 Milliarde DM, die dem sowjetischen Volk abgepreßt worden sind. Gleichzeitig verstärkt die Sowjetunion die Ausplünderung anderer Länder und unternimmt Raubzüge. Betroffen ist davon z.B. die Mongolische Volksrepublik, deren Wirtschaftsgrundlage die Viehzucht ist. Allerdings, in den letzten zwanzig Jahren hat es in der Mongolei kaum einen Zuwachs im Gesamtviehbestand gegeben. Nicht nur, daß die Mongolei laut Handelsvertrag von 1971 bis 1975 jährlich die Hälfte des Viehankaufs der mongolischen Regierung an die Sowjetunion verkaufen muß. „Gleichzeitig hat die Mongolei sowjetische Truppen, ‚Experten' und ihre Familien in der Mongolei mit Fleisch zu versorgen, dessen Menge etwa ein Viertel des auf dem inländischen Markt der Mongolei gelieferten Fleisches ausmacht." (Peking Rundschau, Nr. 51/1974) Oder nehmen wir Bulgarien, das 1974 Devisen-Reserven benutzen mußte, um Zwiebeln, Kartoffeln und Kohl aufzukaufen und einzuführen, so daß eine Zeitung in Sofia feststellen mußte: „Bulgarien, ein Land der Gemüsegärten seit allen Zeiten, muß Gemüse einführen." (Peking Rundschau Nr. 45/1974) 58 Prozent des gesamten Gemüseexports Bulgariens gehen in die Sowjetunion. Diese Ausplünderung nennen die Sozialimperialisten „internationale Arbeitsteilung". In deren Namen haben sie die Mongolische Volksrepublik in ihre Viehfarm und Bulgarien in ihren Gemüsegarten verwandelt. Der „internationalen Arbeitsteilung" entspricht die „regionale Arbeitsteilung" innerhalb der Sowjetunion, in deren Namen die Fesselung der Produktivkräfte betrieben wird. Zum Beispiel steht Moldawien in der industriellen Entwicklung an letzter Stelle in der Sowjetunion, es ist im wesentlichen Lieferant von Wein, Gemüse und Tabak.

Dies alles verkauft Breschnew als „entwickelten Sozialismus". Das ist ein löcheriger Tarnmantel für die allseitige Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion. Breschnews großsprecherischen Ankündigungen vom März 1965 haben sich als leere Phrasen entlarvt. Die Landwirtschaftsminister, die in diesem Zeitraum abgelöst worden sind, lassen sich an einer Hand nicht mehr abzählen. Ein vergeblicher Versuch, die Verantwortung der neuen Bourgeoisie zu vertuschen! Die Machtergreifung des Revisionismus in der Sowjetunion, der Machtantritt der neuen bürokratischen Monopolbourgeoisie ist für die Arbeiter und Bauern aller Nationalitäten der UdSSR eine Niederlage im Klassenkampf und ein schwerer Rückschlag im Kampf für den Sozialismus und Kommunismus. Sie haben jedoch die Oktoberrevolution erfolgreich durchgeführt, als erste Abteilung des internationalen Proletariats mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen. So wie sie die Fähigkeit hatten, die alten Zaren zu stürzen, werden sie sich erneut zum Ansturm auf die Herrschaft und zum Sturz der neuen Zaren erheben! – (hjh)

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe veranstaltete der **Bezirksverband Südbaden des KBW** am Sonntag, 17. Oktober, in **Freiburg** ein Solidaritäts-Kulturfest. Mit zahlreichen Ständen und Basaren gestalteten die Betriebs- und Stadtteilzellen das Vorprogramm. So wurde an einem Stand ein ZANU-Lastwagen gebaut, an einem anderen Stand ein Puzzle zum Befreiungskampf in Zimbabwe angefertigt. An einem weiteren Stand wurden chinesische Bilder verkauft, es gab Wurfbuden usw. Mit selbst geschriebenen und einstudierten Liedern und Theaterstücken trugen die Zellen zum Hauptprogramm bei. Daß sich der große Kampf des Volkes von Zimbabwe auf breite proletarische Solidarität und Unterstützung der Volksmassen stützen kann, zeigten zwei Liedbeiträge von Schülern aus Offenburg und Freiburg. Die Schüler der Klasse 8 c aus der Offenburger Sonderschule, die gegenwärtig einen Kampf gegen die Zuchthausverhältnisse an ihrer Schule führen und dabei viel Unterstützung finden, brachten in ihrem Lied zum Ausdruck, daß sie an diesem Kampf festhalten und ihre Unterstützung für das Volk von Zimbabwe verstärken werden. Schüler aus dem Stadtteil Haslach in Freiburg legten in ihren zwei Liedern die Verfaultheit des Imperialismus bloß. Der Gesamterlös für die Unterstützung der ZANU betrug 4 800 DM.

In **Kiel** wurden bei verschiedenen Solidaritätsaktionen 1 100 DM für den Befreiungskampf des zimbabwischen Volkes gesammelt. Die 60 bis 70 Teilnehmer eines Festes am 2. Oktober spendeten 400 DM.

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe



Kontostand am 19.10.: 588 233,72 DM

Die Nachbarinnen von Mitgliedern des KBW in einem Mietshaus in **Bensberg bei Köln** wurden auf die Sammlung des KBW für die ZANU aufmerksam. Nachdem sie die Zimbabwe-Broschüren gelesen hatten, brachten sie Spenden für einen Solidaritätsbasar. Eine Frau spendete Schmuck, den sie verkaufen hatte wollen, und ein Spiel ihrer Kinder. Eine zweite brachte Handtaschen und Kleidung, eine dritte ein Kinderstühlchen, Spielzeug und anderes.

Am 3.10. führte die Stadtteilzelle Bant des KBW in **Wilhelmshaven** eine Solidaritätsaktion mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe durch. Mit einem PKW-Anhänger zog sie durch die Straßen, hielt Ansprachen, verkaufte Broschüren und die Kommunistische Volkszeitung. Gegen Spenden wurden selbstgebackene Kuchen verkauft. Die Genossen sammelten 34 DM.

Am 16. Oktober fand in der **Unnaer** Innenstadt ein Solidaritätsfest für den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe statt. Bei 25 Teilnehmern wurden 300 DM gesammelt. Unter anderem kam eine Wandzeitung mit dem Text des Liedes „Du wirst dem Gewehr ins Auge sehen" zur Versteigerung. Sie wurde von Mitgliedern einer Initiative für ein Jugendzentrum ersteigert, die diese Wandzeitung in dem Jugendzentrum aufhängen wollen.

Ein **Heidelberger** Arbeiter hat durch mehrere Spenden den Kampf des Volkes von Zimbabwe unterstützt. Er sagte den Heidelberger Genossen, warum er seine Armbanduhr gespendet hat. „Ihr habt mich auf Eure Kampagne ,1000 Uhren für Zimbabwe' aufmerksam gemacht. Auf einer Veranstaltung im Zieglerbräu konnte man sehen, daß die schwarzen Arbeiter zu Hungerlöhnen arbeiten müssen und keinerlei politische Rechte haben. Da der Kampf des Volkes von Zimbabwe eine gerechte Sache ist, deshalb habe ich meine Armbanduhr gespendet. Ich brauche sie nicht, denn bei mir im Betrieb hängen genug Uhren herum, aber nur zu dem Zweck, daß wir die Pausen pünktlich einhalten sollen. In Zimbabwe brauchen die Kämpfer des Volkes die Uhren, um ihre militärischen Einsätze durchzuführen."

ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim Kto.Nr. 106 83 26

Kleider- und Gerätespenden für die ZANU:
an das Büro der KBW-Bezirksorganisation Bremen/Unterweser
Gröperlinger Heerstr. 261
2800 Bremen
Tel. 0421 / 61 61 604

Chile

Die „neue Demokratie" der Junta wird durch die neudemokratische Revolution der Massen beseitigt werden

Drei Jahre nach dem Putsch vom 11. September hat die chilenische Militärjunta vier Verfassungsakte verkünden lassen. Sieben Jahre nach der Gründung des Andenpakts hat sich Chile aus dieser Organisation zurückgezogen.

Der Andenpakt ist zwischen Bolivien, Chile, Ekuador, Kolumbien, Peru und Venezuela geschlossen worden, um die Wirtschaft in diesen Ländern gemeinsam zu entwickeln. Das ist eine Waffe gegen den Imperialismus, vor allem den US-Imperialismus. Die Junta hatte in diesem Pakt hartnäckig die Politik ihrer US-Hintermänner zu machen versucht. So wandte sie sich gegen die Bestimmung im Andenpakt, daß ausländische Firmen höchstens einen Gewinn von 14 Prozent des im Lande investierten Kapitals ins Ausland schaffen dürfen und daß inländische Firmen nach spätestens 15 Jahren einen Mehrheitsanteil haben müssen. Dies hielt der chilenische Wirtschaftsminister für „derart hart und anachronistisch, daß es den vernünftigen Zufluß ausländischen Kapitals in unsere Länder verhindert". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August) Außerdem forderte die Junta eine Senkung der Schutzzölle von derzeit 60 bis 70 Prozent auf wenigstens 10 bis 20 Prozent. Die übrigen Staaten gaben nach, aber nicht genug. Chile schließt sich jetzt näher an die Staaten Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an. In diesen Staaten herrschen sämtlich von den US-Imperialisten an die Macht geholte Militärregimes. Das nordamerikanische Finanzkapital diktiert.

Chile ist von der Junta drei Jahre lang dem „vernünftigen Zufluß ausländischen Kapitals" geöffnet gewesen. Was kam heraus? Der Ruin der chilenischen Wirtschaft kam dabei heraus. Ruiniert haben sie die US-Imperialisten. Und zwar unter dem Namen „Schocktherapie". Diese haben der soeben mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Chicagoer Ökonom Milton Friedman und seine Schüler, die sogenannten „Chicago-Boys" ersonnen. Die Doktrin dieser Chicagoer Gangsterbande lautet: Öffne dem imperialistischen Kapital alle Schleusen, nimm den Staat durch höchste Verschuldung in die Zange, lasse die Preise steigen, aber drücke die Löhne – kurz: lasse die Profite in die Höhe schnellen und drücke die Arbeiterklasse ins Elend. Resultat dieser „Schocktherapie" ist: eine internationale Verschuldung Chiles, die im August 1976 5,228 Milliarden US-Dollar betrug, zwei Milliarden mehr als die Rekordverschuldung vom vorigen Jahr. Ein Rückgang des Produktionsindex vom Januar bis März 1976 um 12,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der niedrigste Stand der industriellen Bruttoerzeugung seit sieben Jahren. Eine Arbeitslosenrate von offiziell schon 19,8 Prozent.

Die Kupferproduktion, Hauptstütze der chilenischen Wirtschaft, ging 1975 um 15 Prozent zurück. Zusammen mit den sinkenden Kupferpreisen führte das zu einer Verminderung der Exporteinnahmen um 47 Prozent bzw. 750 Millionen Dollar gegenüber dem Vorjahr.

Der „Tages-Anzeiger" vom 26.7.76 schreibt, daß „die Krise der Landwirtschaft (deren Produktionsziffern neuerdings überhaupt nicht mehr mitgeteilt werden) wohl am deutlichsten in der *Demission* des zuständigen Ministers und der Direktoren verschiedener staatlicher Organisationen (. . .) zum Ausdruck kam." Die Junta hatte etwa 30 Prozent des unter Allende enteigneten Landes an die Großgrundbesitzer zurückgegeben, weil die Enteignung illegal erfolgt sei(nach Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament"). Das Land, das an Kleinbauern übereignet wurde, geht schnell wieder in die Hände der Großgrundbesitzer zurück, weil die Verschuldung und geringe Produktivität die neuentstandenen Kleinbauern zum Verkauf zwingt.

Die Inflationsrate betrug 1975 370 Prozent, für 1976 wird mit einer Höhe von mindestens 200 bis 215 Prozent gerechnet. Das Pro-Kopf-Einkommen sank auf den Stand von 1971. Den Schaden haben die Massen: So stiegen die Preise für Milch um 400 Prozent, für Brot um 367 Prozent, für Kartoffeln um 840 Prozent und für Karotten sogar um 1 589 Prozent.

Den Nutzen haben die Imperialisten. 458 Millionen Dollar erhielten allein die Konzerne Anaconda, Cerro, Kennecott und ITT als „Entschädigung" für Verstaatlichungen unter der Allende-Regierung. Über die Kredite hat das Finanzkapital Zugriff auf die Rohstoffe und Arbeitskräfte Chiles, die Militärdiktatur soll dieser Zugriff sichern und die Arbeiterklasse niederhalten. Die „Bundesstelle für Außenhandelsinformation" kann entsprechend vermelden: „Langsam scheint auch das Interesse des Auslandes an Investitionen in Chile zu steigen." (Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Nr. 193

Jedoch diese Ausplünderung des Landes ruft den Widerstand hervor. Teile der die Junta anfangs unterstützenden Kleinbourgeoisie wenden sich von ihr ab. Erneut nimmt die Arbeiterklasse den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion auf. Im Sommer haben 6 000 Arbeiter der Kupfermine Chuquicamata zwölf Stunden lang gestreikt. Sie forderten, daß die unter der Regierung Allende abgeschlossenen Tarifverträge anerkannt werden.

Gegen die wachsende Opposition will sich die Junta mit den jüngst erlassenen Verfassungsdekreten zur Wehr setzen. Sie will der blutigen Unterdrückung den Schein von Legalität verleihen. Die Dekrete zeigen, wen die Junta, wen die Imperialisten am meisten fürchten.

Die **Verfassungsakte I** zementiert die Macht der Junta und baut Pinochets Stellung gegenüber den anderen Generälen aus. Die **Verfassungsakte II** verkündet unter dem Namen „Neue Demokratie" ein faschistisches System. Die Gesellschaft soll weder Klassen noch Klassenkampf kennen. Daß es natürlich Klassenkampf gibt und daß der Staat der Kompradorenbourgeoisie, den Großgrundbesitzern und den Imperialisten dient, beweist die **Verfassungsakte III**. Sie hebt nicht nur die Freiheit auf, politischen Überzeugungen anzuhängen, die zur Anerkennung des Privateigentums in Widerspruch stehen. Sie schützt das Privateigentum durch Aufhebung aller wenn auch nur formalen Einschränkungen, die ihm in früheren Verfassungen auferlegt waren. Ergänzt wird das durch die Beseitigung des Streikrechts. Die Regelung von Lohnfragen erfolgt durch staatliche Zwangsschlichtung. **Verfassungsakt IV** führt zusätzlich zum bestehenden Belagerungszustand eine Reihe weiterer Ausnahmezustände ein, einschließlich der Vollmacht für den Präsidenten, die Verfassung ganz aufzuheben.

Weder das Zusammengehen mit anderen Militärregimes noch die Ausarbeitung eines juristischen Deckmantels für ihre Terrorherrschaft werden die Junta retten. Unter der Führung der Arbeiterklasse werden die chilenischen Volksmassen die Farce der „neuen Demokratie" faschistischer Prägung zerschlagen, das Joch des Imperialismus abschütteln, die neudemokratische Revolution durchführen und weiterschreiten zum Sozialismus. – (jw)



Im langandauernden Volkskrieg hat sich das angolanische Volk von der portugiesischen Kolonialherrschaft befreit. Das Bild aus dem Jahr 1968 zeigt Frauen der angolanischen Volksmiliz bei der Ausbildung.

„Freundschaftsvertrag" Angola – Sowjetunion

Die Sozialimperialisten zwingen Angola unter die Knute

Agostinho Neto, Vorsitzender der MPLA und Präsident der Volksrepublik Angola, hat die Sowjetunion besucht. Dabei wurde ein Vertrag abgeschlossen. Der Vertrag krönt die bisherige Politik der Sowjetunion in Angola und sichert ihre Fortsetzung. Diese Politik bestand darin, die Einheit der angolanischen Befreiungsbewegung zu spalten, eine dieser Bewegungen durch Waffenlieferungen und den Einsatz kubanischer Söldner von sich abhängig zu machen, diese Bewegung als Führung des Landes zu etablieren, selbst als Besatzer in das Land einzudringen, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse Angolas und die Plünderung seiner Reichtümer zu betreiben.

Der „Freundschaftsvertrag" dient dem Streben der sozialimperialistischen Supermacht nach Weltherrschaft. Er soll Angola unterwerfen. Offen schreibt man das nicht in Verträge hinein, man tarnt sich.

Die Sowjetrevisionisten haben drei Methoden der Tarnung angewandt. Sie sind aber zu durchschauen.

Erstens: **Sprich von Frieden, wenn du den Krieg vorbereitest.** In Artikel 3 des Vertrages hat sich die Sowjetunion bestätigen lassen, daß ihre Außenpolitik friedlich und fortschrittlich ist. Neto mußte unterschreiben: „Die Volksrepublik Angola achtet die friedliebende Außenpolitik, wie sie von der Sowjetunion als sozialistischem Staat durchgeführt wird" (eigene Übersetzung nach Prawda). Und in Artikel 4 erklären sich die vertragschließenden Parteien für den „Frieden in der ganzen Welt", für die „Vertiefung der internationalen Entspannung" usw. Kann das vergessen machen, daß die Sowjetunion beständig aufrüstet? Das können diese Worte ebensowenig vergessen machen wie die Aggression und Intervention der sozialimperialistischen Macht gegen das angolanische Volk.

Die Friedenstaube auf dem Dach nützt der Sowjetunion wenig. Daher das zweite Täuschungsmanöver. **Sprich von Zusammenarbeit, wenn du deinen Einfluß ausweiten willst.** So heißt es in Artikel 8: „Die Parteien werden den Handel und den Schiffsverkehr untereinander ausdehnen auf Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens." Was die Sozialimperialisten unter gegenseitigem Nutzen verstehen, lehrt die Ausplünderung der Länder des Warschauer Pakts unter dem Namen „internationale Arbeitsteilung". Übrigens hat das angolanische Volk selber diese Erfahrung schon gemacht: Den Kaffee, den die MPLA-Regierung den Bauern für 20 % des Weltmarktpreises abkauft, bezahlt die Sowjetunion der MPLA-Regierung mit 38 % des Weltmarktpreises.

Artikel 10 des Vertrages besagt: Angola und die Sowjetunion werden „fortfahren, die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet weiterzuentwickeln." Das soll im Interesse der „Verteidigungsfähigkeit" beider Seiten liegen. Wie das aussieht, kann man von Ägypten lernen, wo die Sozialimperialisten hinausgeworfen wurden, nachdem sie für teures Geld ihre alten Waffen verramschten, das Land in Schulden stürzten, unnachgiebig auf Rückzahlung drängten, sich als Herren aufführten und sich unverhohlen in die inneren Angelegenheiten einmischten. Nichts anderes haben sie in Angola vor. Teilweise tun sie es schon.

Das dritte von der Sowjetunion bei diesem Vertrag befolgte Motto: **Sprich von Freundschaft, wenn du deinen Vertragspartner an die Kandare nimmst.** Ausführlich legt der Vertrag „Konsultationen" fest. Zum Beispiel ist Angola gezwungen, sich mit der Sowjetunion abzustimmen über „internationale Fragen einschließlich der Situationen, in denen Spannungen in verschiedenen Gebieten der Welt hervorgerufen werden, mit dem Ziel der Lösung dieser Spannungen". (Artikel 6) Wenn also den Sozialimperialisten eine „Spannung", z.B. ein Volkskrieg in einem Teil der Welt, nicht ins Konzept paßt, wird Angola dagegen auftreten müssen.

Der Artikel 6 legt ebenfalls fest, daß „Fragen, die verschiedene Verhandlungen betreffen", in Konsultationen zu besprechen sind, „darunter solche in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen". Das ist einfach Fraktionszwang. Es soll nicht angehen, daß Angola in der UNO von der Linie der sozialimperialistischen Politik abweicht.

Die Sowjetunion ist schnell dabei, die Erfüllung der von ihr erzwungenen Verpflichtungen zu verlangen. Bereits in seiner Festrede aus Anlaß des Vertragsabschlusses mußte Neto die Volksrepublik China angreifen, die stets den Befreiungskampf des angolanischen Volkes unterstützt hat und konsequent die Einmischung und Aggression der beiden Supermächte gegen Angola enthüllt und angegriffen hat. „Bis auf den heutigen Tag", behauptete Neto, „besteht das Verhalten Chinas in Afrika in nichts anderem als in unnatürlichem Antisowjetismus und in völlig offensichtlichen ständigen Aktionen gegen die Interessen der Völker." (Freundschaft, Tageszeitung der sowjetdeutschen Bevölkerung Kasachstans, 9.10.76)

Die Unterwerfung unter den Sozialimperialismus soll allseitig abgesichert und dauerhaft zementiert werden. „Jede der unterzeichneten Parteien bekräftigt, daß sie kein Bündnis eingehen wird oder an irgendwelchen Staatenbündnissen teilnehmen wird und ebenso keine Maßnahmen und Aktivitäten ergreifen wird, die gegen die andere unterzeichnende Partei gerichtet sind." (Artikel 11) Artikel 12 legt fest, daß kein Abkommen geschlossen werden darf, das dem Vertrag widerspricht.

Im Vertrauen auf die eigene Kraft hat sich das Volk von Angola in einem zwölfjährigen Volkskrieg seine Unabhängigkeit gegen den portugiesischen Kolonialismus erkämpft. Der Vertrag, der Angola in einen Satelliten der sozialimperialistischen Supermacht und in einen Stützpunkt gegen das Unabhängigkeitsstreben der anderen Völker und Länder verwandeln soll, hat eine Laufzeit von zwanzig Jahren. Bereits heute gibt es Widerstand und Kampf gegen die neuen Besatzer. Der Vertrag wird mit Sicherheit keine zwanzig Jahre in Kraft sein. – (jw)

„Tiefe Tunnels graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten!" (Mao Tsetung)

Das revolutionäre China ist nicht zu besiegen

Daliän. Ausländische Besucher in China sind oft begeistert nach der Besichtigung unterirdischer Verteidigungsanlagen, sei es in Großstädten, auf dem Land oder in den weiten Grenzgebieten. Plötzlich stößt man unter der Erde auf eine andere Welt, von der man nichts ahnt, auf ein Netz von zementierten und sauber geweißten Tunnels in verschiedener Höhe und Breite, manchmal auf ganze Straßenzüge mit Kreuzungen, wo große Lastkraftwagen sich problemlos überholen können, Armeen über lange Strecken transportiert werden und unvermittelt im Rücken des überraschten eingefallenen Feindes an der Erdoberfläche auftauchen können, auf Einrichtungen, die Schulbetrieb, industrielle Produktion ganzer Fabriken, riesige Lagerhaltung, umfangreiche Krankenbehandlung usw. in Kriegs- oder Katastrophenfällen erlauben.

Angreifer sehen sich in China „vor fast unlösbare Probleme" gestellt, mußte der Korrespondent der „Welt" gestehen. Ein Kollege von ihm beim gleichen Blatt sprach gar vom „perfektesten Abschreckungssystem der Welt", das China geschaffen habe. Man erkennt, die Bourgeoisie kann ihre Wut über die Kraft des revolutionären chinesischen Volkes nicht verbergen.

In der Hafenstadt Daliän am Gelben Meer habe ich unterirdische Anlagen gesehen, die in Erstaunen und Bewunderung versetzen über die Leistungen der Bevölkerung bei der Verwirklichung der Weisungen des Vorsitzenden Mao Tsetung: „Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk!" und „Tiefe Tunnels graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten!".

Durch Knopfdruck öffnet sich eine Tür im Erdgeschoß des Daliän-Hotels im Stadtzentrum. Wir steigen unter Leitung eines Offiziers der Volksbefreiungsarmee eine Treppe hinab. Der Tunnelabschnitt, durch den ich gehe, ist 1 000 m lang. Es gibt zahllose Abzweigungen. Die schmalste Stelle ist 1,30 m, die weiteste 8 m breit. Die Tunnelanlagen liegen zwischen 10 m und 20 m tief unter der Erde. Der Tunnel und die anliegenden Räume sind hell erleuchtet und äußerst sauber – wie die Keller eines neuen Gebäudes. Im Vorbeigehen sehe ich eingerichtete Räumlichkeiten, darunter ein Geschäft, eine Kantine, einen Club, eine Schule, einen Kindergarten, eine Klinik mit Apotheke, eine Post, einen Friseursalon, Toiletten. Der Abschnitt hat über 100 Zugänge von über 170 Geschäften, Schulen, Betrieben usw.

In dem Raum, der für den Kommandostab gedacht ist, setzen wir uns nieder, und der Offizier erklärt, daß Lautsprecheranlagen, Ventilationsanlagen und Anlagen gegen Gaseinfuhr und zur Abwehr bei chemischer und atomarer Kriegsführung vorhanden sind. „Dieser Tunnel ist hauptsächlich zur Verteidigung gegen Luftangriffe gedacht, ist aber auch bei Straßenkämpfen nützlich. So erfolgt eine Koordinierung der Verteidigung auf der Erde und unter der Erde."

Der Bau wurde im Oktober 1970 begonnen und Ende Februar 1971 fertiggestellt. Zwischen 1972 und 1974 wurden weitere Tunnels gebaut. Im Stadtzentrum gibt es bis jetzt 20 km Tunnelbauten unter der Erde, in denen 60000 Menschen untergebracht werden können. Durch die Verbindung zu anderen Tunnels können die Stadtbewohner von hier nach draußen aufs Land gelangen. Im Tunnelbereich ist Raum geschaffen für die Produktion militärischer Ausrüstung und für Lebensmittellagerung.

An dem Bau haben sich Arbeiter, Schüler, Verkäufer, Angestellte, Kader beteiligt, eben alle diejenigen, die in dem Bezirk wohnen oder arbeiten und den Tunnel in einem Notfall benutzen werden. Nach der Fertigstellung des Tunnels haben die Massen Manöver gegen Luftangriffe durchgeführt, haben Erste Hilfe und Reparaturarbeiten geübt. In der Zeit während des Grabens und beim Manöver waren die Umstände sehr gut für das politische Studium der Massen. Sie machten einen außerordentlichen politischen Erziehungs- und Bewußtseinsprozeß durch bei der Erfüllung der Aufgabe, sich auf den Kriegs- oder Katastrophenfall vorzubereiten.

„Selbstverständlich", betont der Genosse, „gibt es noch Unzulänglichkeiten bei unserer Arbeit. Beispielsweise dringt in manchem Teil noch Feuchtigkeit durch. Aber wir werden uns anstrengen, diese Schwächen zu überwinden."

In Peking konnte ich verfolgen, wie die Bevölkerung der Stadt die Tunnels baut. Dies geschieht unter Anleitung von Armeeangehörigen oder Milizionären, wobei die Miliz die hauptsächlichen organisatorischen Aufgaben übernimmt. Ein Teil der Arbeiter, Schüler, lokalen Bewohner usw. meldet sich für eine bestimmte Zeit für die Teilnahme an den Ausgrabungs- und Zementierungsarbeiten. Die Fabriken, Schulen usw. stellen den Zement für ihre Tunnels selbst her und brauchen für den Bau nicht oder nur wenig die Hilfe und finanzielle Unterstützung des Staates in Anspruch zu nehmen. In einer großen Pekinger Fabrik für Kran- und Ausschachtungsanlagen wurde gesagt, daß die gesamte Belegschaft innerhalb von 3 bis 5 Minuten durch über 30 bis 40 Eingänge in den Tunnels sein kann.

„Wie wirkt es sich auf die Tunnels aus, wenn über dem Stadtzentrum, also unmittelbar über dem Tunnelgebiet, eine Atombombe explodiert?" frage ich. „Wenn die Atombombe in der Luft explodiert, dann sind die Tunnels sicher und es passiert in ihnen nichts. Explodiert sie auf der Erdoberfläche, dann hat das zwar große Auswirkungen über der Erde, aber von den Tunnels unter der Erde wird nur ein geringer Teil in Mitleidenschaft gezogen, nur der Teil, der sich in der Nähe der Explosionsstelle befindet."

Über breite Stufen gelangen wir wieder nach oben – ohne Tür mitten ins „Sonnenaufgang"-Warenhaus, dem größten Kaufhaus von Daliän. Die vielen Kunden an den Warentischen sind nicht erstaunt über unser Auftauchen aus der Tiefe, sie kennen alle den Zugang.

Daliän ist eine hübsche, an Berghängen gelegene Stadt. Bei einer Fahrt durch diese Berge fielen mir die vielen mächtigen Zementtore auf, die außerhalb der Stadt die Berge öffneten. Nun auf einmal fahre ich mit dem Bus durch solch ein Tor und steige im Berg aus, denn hier befindet sich ein Lager und weiterer Teil des „Sonnenaufgang"-Warenhauses.

Ein riesiger, kreisförmiger Tunnel ist hier gebaut worden, an beiden Seiten des Gangs über und über mit Waren bedeckte Ladentische und Regale, Schuhe, Kleidung, Fahrräder, Arznei, Süßigkeiten, Lampen, Geräte aller Art ... alles, was man in einem großen Warenhaus findet, und eben noch einiges mehr. Die Temperatur ist angenehm, wärmer als draußen. Hinter den Tischen Verkäuferinnen. Wie lang ist der Tunnel? Ich habe nicht gefragt, aber von Anfang bis Ende nimmt der Weg bei gemütlichem Schlendern etwa eine halbe Stunde in Anspruch. Dann werde ich durch einen roten Vorhang ins Innere des Tunnelkreises geführt, und dort – hell erleuchtet von vielen Lampen – ein großer Saal, groß wie eine Turnhalle. Reihen gepolsterter Stühle und verzierter Tische. Am Ende eine Bühne.

Die Vizeleiterin des unterirdischen Warenhauses klärt auf: Was wir gesehen haben, ist nur ein Teil des ganzen Warenlagers. Es wurde von den Kaufhausangestellten des „Sonnenaufgang"-Kaufhauses mit Unterstützung der Stadt Daliän und anderer Einheiten gebaut. Das Lager hat 110 ständige Angestellte, 70 Prozent davon sind Frauen. Es wurde zwischen Oktober 1970 und Januar 1971 innerhalb von 93 Tagen und Nächten gebaut. Der Saal wurde später fertiggestellt. Zu dem Lager gehören Kantinen und andere Einrichtungen. Die Genossin sagt: „Wenn ein Krieg kommt, sind wir hier mit Waren versorgt. Warum haben wir dies alles gebaut? Die Faktoren für einen Krieg nehmen immer mehr zu. Ein neuer großer Krieg kann ausbrechen. Die beiden Supermächte und besonders die Sozialimperialisten ringen überall in der Welt um die Macht. Dagegen müssen wir Vorbereitungen treffen. Tunnels zu bauen ist eine gute Maßnahme zur Vorbereitung auf einen Krieg, und deshalb haben wir dieses Lager angelegt." Der Saal hat einen Umfang von 400 m, er kann als Versammlungsort, für kulturelle Veranstaltungen u.a. verwendet werden.

Das ganze chinesische Volk ist ideologisch und praktisch gut auf jeglichen Angriff äußerer Feinde vorbereitet. Das revolutionäre China ist nicht zu besiegen, stellt der Vorsitzende Mao Tsetung fest, denn China verfügt über eine „eherne Festung".

„Was ist denn eine wahrhaft eherne Festung? Die Volksmassen, die Millionenmassen, die ehrlich und aufrichtig die Revolution unterstützen. Das ist eine wirklich eherne Festung, die keine Kraft zerstören kann, die absolut nicht zu zerstören ist. Die Konterrevolution kann uns nicht zerbrechen, sondern wir werden sie zerbrechen." Die Volksbefreiungsarmee, die Feldarmeen sind das „Fundament". Denn: „Gibt es keine Volksarmee, dann gibt es nichts für das Volk." Und: „Die Imperialisten terrorisieren uns dermaßen, daß wir dem ernsthaft begegnen müssen. Wir brauchen nicht nur eine starke reguläre Armee, sondern müssen auch überall Einheiten der Volksmiliz aufstellen. Das wird es den Imperialisten, wenn sie uns überfallen sollten, schwer machen, sich in unserem Land auch nur einen Zoll weit von der Stelle zu bewegen."

„Wir sind alle Milizionäre", antwortete einmal ein Kader auf dem Land auf meine Frage, wer Mitglied in der Volksmiliz sei. – (Uwe Kräuter/z.Zt. Daliän)



Die chinesische Miliz ist eine mächtige Kraft im Aufbau des Sozialismus, bei der Stärkung der nationalen Verteidigung und der Festigung der Diktatur des Proletariats. Das Foto zeigt Arbeitermilizionärinnen der Daliäner Farbwerke bei der Flugabwehr, immer bereit, eindringende Feinde zu vernichten.



Arbeitermiliz am Pekinger Hauptbahnhof



Volksmiliz auf dem Übungsplatz

Das Volk der Demokratischen Arabischen Republik Sahara:

„Kein Frieden und keine Stabilität ohne die vollständige Unabhängigkeit!"



Große Versammlung im Flüchtlingslager bei der Ausrufung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara

„Der 3. allgemeine Volkskongreß der F.POLISARIO, der Kongreß des Märtyrers und Helden El-Quali Mustapha Sayed, findet statt in einer besonders entscheidenden Situation für die Sache des saharauischen Volkes, das sich gegenübersieht einer blutigen reaktionären Verschwörung, angezettelt von den örtlichen Verbündeten des Imperialismus, den zwei Regimes von Marokko und Mauretanien, denen der Imperialismus seine politische und militärische Unterstützung gibt. Es handelt sich um eine barbarische und niederträchtige Verschwörung, die bis zum wirklichen Versuch der physischen Vernichtung unseres Volkes geht, um sein Vaterland und seine Reichtümer zu teilen. Deshalb hält es der Kongreß im Bewußtsein der Schwere dieser Etappe und unter Bezugnahme auf das Nationale Programm, ausgearbeitet vom 2. Volkskongreß, für unaufschiebbar, ein neues nationales Aktionsprogramm auszuarbeiten, das den Bedürfnissen der gegenwärtigen Etappe entspricht, das fähig ist zur Antwort auf die reaktionäre expansionistische Herausforderung und das das Verlangen unseres Volkes nach Unabhängigkeit und Würde konkretisiert ...

1) Grundlegende Prinzipien:
Kennzeichen des saharauischen Volkes: sein arabischer, afrikanischer und islamischer Ursprung, seine Zugehörigkeit zur Familie der Dritten Welt und seine Gegnerschaft gegen Imperialismus, Kolonialismus und Ausbeutung.
2) Kultur:
Kennzeichen der Kultur des saharauischen Volkes: Sie entspringen seiner langen ruhmreichen Geschichte, seiner gegenwärtigen Situation und der Zukunft, nach der es strebt. Sie bestimmen sich durch seine feste Zugehörigkeit als Teil der arabischen, afrikanischen und islamischen Völker, durch den Kampf gegen die Kräfte der Ausbeutung und für den nationalen Aufbau und die Verwirklichung des Sozialismus. Die arabische Sprache ist wesentliches und natürliches Werkzeug unserer nationalen Kultur.
3) Innenpolitik:
Schaffung eines republikanischen demokratischen Systems mit einheitlicher Verfassung.
Mobilisierung der Massen und Entfaltung der Initiative der Massen, damit sie vollständig ihre geschichtliche Rolle spielen.
Der nationale Aufbau:
Verteilung der nationalen Reichtümer und Beseitigung der Ungleichheiten zwischen Stadt und Land.
Unterdrückung jeder Ausbeutung.
Dem ganzen Volk ein würdiges Leben garantieren.
Dem ganzen Volk das Recht auf Wohnung garantieren.
(...)
Die Krankheiten bekämpfen, kostenlose Krankenhäuser und ärztliche Behandlung schaffen.
Die Krankheiten bekämpfen, kostenlose Krankenhäuser und ärztliche Behandlung schaffen.
Die fundamentalen Freiheiten allen Bürgern garantieren.
4) Wirtschaft:
Eine ausgeglichene nationale Wirtschaft schaffen.
Die nationalen Reichtümer kontrollieren.
Großes Gewicht legen auf die Entwicklung der Landwirtschaft.
Eine Politik der Industrialisierung verfolgen ...
Die Vorräte des Meeres schützen ..."
(Aus dem Nationalen Aktionsprogramm der F.POLISARIO, Übersetzung durch Red.)

„... Die Volksbefreiungsarmee dient dem Volk, sichert die Verteidigung des Vaterlandes und seine Integrität und nimmt aktiv am Aufbau des Landes teil. Die Volksbefreiungsarmee ist der bewaffnete Arm der politischen Organisation und ist zugleich die Volksarmee der Demokratischen Arabischen Republik Sahara und trägt die Verantwortung der Befreiung des Vaterlandes, seiner Vereinigung und der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit.

Die Volksbefreiungsarmee ist der Garant der Unabhängigkeit und der Errungenschaften der Revolution.

Die Aufgaben der Volksbefreiungsarmee ändern sich entsprechend den Etappen, jede dieser Aufgaben wird zur vorrangigen in einer bestimmten Etappe. Damit sie ihre gewaltigen Aufgaben gegenwärtig vollbringen kann, wo das imperialistisch-reaktionäre Komplott große Ausmaße annimmt, haben die Hebung des kulturellen Niveaus, die politische Erziehung innerhalb der Armee, die Verbesserung der technischen Kapazitäten und der Ausbildung und die beständige Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten große Bedeutung."



Die Panzer sind besiegbar





Wir brauchen alle Kräfte für den Sieg



Die Wüstenschule

„... Realisierung der politischen und sozialen Rechte der Frau, ihren Zugang zu allen Gebieten erleichtern, damit sie ihre Aufgaben wahrnimmt beim nationalen Aufbau ..."

„... auf dem Gebiet der Erziehung:
Für alle geeigneten Mittel sorgen, damit die nationale Schule die gewünschten Ziele verwirklichen kann. Ausreichende Vorbereitung politisch und pädagogisch fähiger Lehrer.
Regelmäßige Alphabetisierungskampagnen und Programme im Volk.
(...)
Wiederherstellung der Volkskultur, um die vollständige nationale Persönlichkeit zu schaffen.
Stärkung der Verbindung zwischen der bewaffneten Revolution und der kulturellen Revolution ...
Langfristig:
Allgemeinen, obligatorischen und kostenlosen Unterricht für alle Stufen und Schichten.
Einen arabischen Unterricht auf allen Stufen."